

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

141.

SITZUNG

21 - 4 - 1972

Presidente : V. FIORESCHY

Vicepresidente : BERTORELLE

VI. LEGISLATURA - VI. LEGISLATURPERIODE

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 162:

**Bilancio di previsione della Regione
Trentino - Alto Adige per l'esercizio
finanziario 1972.**

pag.

Gesetzentwurf Nr. 162:

**Haushaltsvoranschlag der Region
Trentino - Südtirol für das Finanz-
jahr 1972.**

Seite

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.15

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 20-4-1972.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Riprendiamo l'esame del *disegno di legge n. 162: « Bilancio di previsione della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1972 »*.

È aperta la discussione. Chi chiede la parola? La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich werde mich aufgrund der Vereinbarung, die zwischen den

Gruppenführern getroffen worden ist, kurz fassen. Ich hoffe, daß sich auch andere an diese Regel halten.

Wer die Erklärungen des Präsidenten des Regionalausschusses von gestern angehört oder durchgelesen hat, wird sich eigentlich mit Erstaunen bewußt, wieviel die Region, trotz der wesentlichen Aushöhlung aufgrund des Verfassungsgesetzes vom November vorigen Jahres, gesetzgeberisch noch tun kann und eben auch sich anschickt jetzt zu tun. Es geht um eine Neufassung des Grundbuchgesetzes, des Feuerwehrgesetzes, um die Handelskammerordnung, um ein Gesetz hinsichtlich Grundsätze für die Gemeindepersonalordnung — zu diesen gehören auch die Grundsätze hinsichtlich der Behandlung des Gemeindegemeindefürsorgekörperschaften, der ja ein Gemeindebeamter geworden ist —, und schließlich geht es um ein Gesetz über die Neufassung der Ordnung der sogenannten Fürsorgekörperschaften. Ich könnte sogar diese Liste verlängern, das heißt ich möchte sie in dem Sinne verlängern, daß der Präsident des Regionalausschusses etwas, was meiner Ansicht von unmittelbar praktischer Wichtigkeit ist, ausgelassen hat, dies umsomehr als die Region sich jetzt auf diese der Zahlen nach eingeschränkten Sachgebiete mehr konzentrieren kann: Die Region hat nämlich die Befugnis, die sogenannte Aufent-

haltssteuer neu zu regeln, verfügt hierzu über eine eigene Gesetzgebungskompetenz. Durch die Steuerreform wird wohl der sogenannte Sonderkurbeitrag, nicht hingegen die Aufenthaltssteuer abgeschafft. Wir wissen, was an dieser Aufenthaltssteuer hängt, das heißt, man könnte in Anlehnung an das, was zum Beispiel Nordtirol im Wege eines Landesgesetzes auch getan hat, die Aufenthaltssteuer so regeln, daß damit eine Steuerquelle im Verhältnis zur tatsächlichen Ausnützung, sagen wir, der Betten und etwa nicht so sehr in bezug auf die Nächtigungen erschlossen wird, die aber dann zur Gänze dem Fremdenverkehr, den Fremdenverkehrseinrichtungen, der Infrastruktur in erster Linie zugutekommt. Also wir haben hier eine Aufgabe, die anscheinend noch gar nicht gesehen wurde, jedoch von unmittelbarer praktischer Bedeutung ist.

Es obliegt mir noch die Pflicht zu sagen, daß ich nicht mit allen diesen Vorhaben, wenigstens so wie sie der Präsident des Regionalausschusses hier kurz gezeichnet hat, einverstanden sein kann, nämlich insofern als damit gesetzgeberische Zuständigkeiten, Sachgebiete der autonomen Provinzen verletzt werden und wo ich sagen muß, und zwar klipp und klar, daß meiner Ansicht damit eben die neuen Zuständigkeiten der Provinzen verletzt würden. Ich beziehe mich in erster Linie auf die Sanitätsreform.

Es geht hier insgesamt um die Frage: Was ist im Begriff Ordnung, Gesetzgebung über Ordnung, Ordnung der Handelskammern, Ordnung der Gesundheitspflegekörperschaften, Ordnung der Fürsorgekörperschaften enthalten? Und ich habe jetzt nicht die Absicht, darüber irgendeinen Standpunkt vorzutragen. Ich würde damit die mir zu Verfügung stehende Zeit bei weitem überschreiten. Jedoch möchte ich nur sagen, daß es diesbezüglich einerseits

eine Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes gibt, andererseits schon aus dem Autonomiestatut hervorgeht, daß in der Ordnung ganz allgemein zwar irgendwie die Organisation dieser Körperschaften enthalten sein kann, nicht jedoch zum Beispiel die Errichtung von solchen Körperschaften. Wenn also die Rede ist, daß ein Regionalgesetz gemacht werden soll zwecks Errichtung der Krankenhauskörperschaft «Nervenheilanstalt von Pergine», so bin ich der Ansicht, daß das nicht mehr in die Zuständigkeit der Region fällt. Hinsichtlich der Sanitätsreform, der sogenannten gesamtstaatlichen Sanitätsreform, die ja schon einmal vom Ministerrat beschlossen worden ist, und die höchstwahrscheinlich nach den Wahlen vom kommenden Parlament sehr bald wiederum beschlossen werden wird, — denn die Reform kann nicht sozusagen auf halbem Weg stehen bleiben —, so möchte ich hier sagen, daß eben schon die Ordnung der sanitären Körperschaften der Region obliegt, wo sie sogar primäre Gesetzgebung hat, jedoch alles was mit Sanitätspolitik zu tun hat, Sache der Provinzen ist, und alles, was Hygiene und Gesundheitswesen inhaltlich ausmacht, eben Sache der Provinzen bleiben muß. Ich bin mir sehr bewußt, daß es gut ist, daß die Region doch hier eine primäre Zuständigkeit für die Ordnung der sanitären Körperschaften behalten hat. Das dürfte sich hinsichtlich der Frage, wie weit wir Grundsätze der gesamtstaatlichen sanitären Reform übernehmen müssen, was die Ordnung betrifft, vorteilhaft auswirken. Ich möchte diesbezüglich erinnern, daß wir, die Gruppe der Südtiroler Volkspartei, auch in der Zeit, wo wir nicht im Regionalausschuß waren, trotz Opposition, immer den Standpunkt vertreten haben — ich persönlich habe auch immer diesen Standpunkt vertreten —, daß gegenüber dem Staat hier die Region, die Pro-

vinzen zusammen, eine Front in der Verteidigung der Autonomie bilden sollen. Und so sollte es in Zukunft bleiben, in erster Linie auch bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen, also bei der Vertretung des autonomen Standpunktes in der paritätischen Kommission für die Durchführungsbestimmungen. Jedoch gerade deswegen bin ich der Ansicht, daß es höchstwahrscheinlich nicht gut ist, wenn wir etwa verlangen würden, in den Durchführungsbestimmungen eine Begriffsbestimmung und eine Abgrenzung der Begriffe einzuführen: einerseits was die Ordnung betrifft, was also Zuständigkeit der Region ist, andererseits was die Zuständigkeit der Provinzen auf dem Sachgebiet Hygiene und Sanität sowie auf dem Sachgebiet Fürsorge- und Wohltätigkeitswesen usw. angeht, denn ich glaube, es ist besser, wir behalten uns diesbezüglich unter uns eine Elastizität vor, ganz besonders im Hinblick darauf, daß zum Beispiel hinsichtlich der Sanitätsreform die Region primäre Zuständigkeit über die Ordnung bewahrt hat; die Provinz hat das Sachgebiet als solches; hinsichtlich der Fürsorge, « assistenza e beneficenza », haben wir eine primäre Zuständigkeit für das Sachgebiet als solches, was den Inhalt anbelangt, die Region hingegen nur sekundäre Zuständigkeit hinsichtlich Ordnung der Körperschaften und ähnliches mehr. Es ist selbstverständlich ein Unterschied — das möchte ich auch betonen —, solange die Region wie beim Kreditwesen nur die Ordnung der örtlichen Kreditanstalten hat und alles andere beim Staate bleibt, nicht wahr, während jetzt zwischen den autonomen Körperschaften eine Arbeitsteilung erfolgt ist, so daß die Provinzen, die primäre oder sekundäre Zuständigkeit auf dem gesamten Sachgebiet in seiner breitesten Auffassung haben, die Region eben auch wieder nur die Ordnung, das Sachgebiet

bewahrt hat, wobei es klar ist, daß wenn zum Beispiel heute im Autonomiestatut stünde: « Hygiene und Sanität », nur diese zwei Worte, oder: « Fürsorge und Wohlfahrt », « assistenza e beneficenza », nur diese zwei Worte und nichts weiteres, die Provinzen automatisch alles haben würden; sie würden die Ordnung und die Körperschaften haben usw. Also in dieser Definition: « Hygiene und Sanität » wäre alles einbegriffen und ist nur ein Teil, ein Fragment, herausgeschält worden, um es der Region vorzubehalten. Ich bin deswegen auch der Ansicht, daß zum Beispiel die Errichtung der Wohlfahrts- und Fürsorgekörperschaften nicht in die Verwaltungszuständigkeit der Region fällt, sondern in die Verwaltungszuständigkeit der Provinzen.

In diesem Zusammenhang noch kurz — bevor ich auf das ENEL übergehe — eine philosophische Erwägung über die Zuständigkeit des Feuerwehrwesens, über die Sache, die derzeit noch umstritten ist, nämlich die Zuewendung der Mittel. Ich habe öfters Gelegenheit gehabt, unseren Feuerwehren zu sagen — bitte, leider ist es nicht gelungen, das Feuerwehrwesen in die Zuständigkeit der autonomen Provinz überzuführen, jedoch oft passiert es, daß neben dem Schaden auch ein Nutzen da ist; der Nutzen würde dar in bestehen, daß die Region an Sachgebieten, für die sie Geld ausgeben kann, nur mehr sehr wenige bewahrt hat und zwar eben die Entwicklung des Genossenschaftswesens, die Sozialversicherung und soziale Vorsorge, (« assicurazione e previdenza sociale »), und das Feuerwehrwesen. Also, habe ich gesagt, wird sich die Region mehr als bisher des Feuerwehrwesens annehmen, weil es eines der ganz wenigen Gebiete ist, für die sie ihre Zuständigkeit bewahrt hat. Ich möchte jedoch wirklich nicht, daß dies so aufgefaßt würde, als wünschte ich, daß diese Phi-

losophie, daß dieser Schluß auch seine Richtigkeit bewahrt, denn es würde sonst den Anschein erwecken, als ob die Region tatsächlich das Feuerwehrwesen behalten hat, vom Staat her behalten hat, weil man die Entwicklung des Feuerwehrwesens, zumindest in Südtirol, eher entmutigen als ermutigen will.

Und ich muß noch etwas, was die Zuständigkeit betrifft, sagen: Ich bin nicht der Ansicht, daß die Fürsorge für die Zivilblinden in der Zuständigkeit der Region, also etwa der diesbezügliche Haushaltsposten im Regionalhaushalt, verbleiben kann, denn es geht da um eine ganz offensichtliche Fürsorgetätigkeit, « assistenza », wie sie im ersten Absatz des Artikels 38 der Verfassung beschrieben ist und nicht etwa im zweiten Absatz des Artikels 38, also um eine Fürsorgetätigkeit, die unter die primäre Zuständigkeit der Provinzen fällt.

Dasselbe gilt — und damit bin ich am Ende dieses ersten Teiles — auch für die vom Präsidenten des Regionalausschusses angekündigte Aktion bezüglich des Schutzes der Gesundheitsbedingungen an den Arbeitsstätten! Das ist ganz einwandfreie Sache der Provinzen aufgrund der Zuständigkeit für Hygiene. Wenn es eines Beweises bedürfte, so wäre er schon damit gegeben, daß die Normalregionen aufgrund ihrer Zuständigkeit für Gesundheitsbetreuung und Krankenhauspflege ausgesprochen und ganz klar unter der Bezeichnung « tutela sanitaria nei luoghi di lavoro », also Gesundheitsschutz an den Arbeitsstätten, diese Zuständigkeit zugewiesen erhalten haben.

Der Präsident des Regionalausschusses berührt dann die Frage des Guthabens aufgrund des alten Artikels 10, und zwar hinsichtlich des Zeitraumes 1961 bis Anfang 1972, also im Zeitraum von elf Jahren, nicht nur dem ENEL gegenüber, sondern auch den anderen Energieerzeugern. Und er sagte: Die diesbe-

zügliche Verhandlung müßte eigentlich sobald als möglich abgeschlossen werden, denn der Ablauf, das Vergehen der Zeit trägt nicht dazu bei, den Kaufwert der Summe, die herauschauen soll, zu erhalten. Jetzt möchte ich hier auch — und ich glaube, ich habe dieselben Unterlagen wie Präsident Grigolli, vom selben Funktionär ausgearbeitet — die Versuche, die der Regionalrat in der Vergangenheit gemacht hat, um den alten Artikel 10 sozusagen umzugestalten, einerseits um die Stromlieferung praktisch zu ermöglichen, andererseits um die Abfindung in Geld auch gesetzlich zu ermöglichen, kurz erwähnen. Es ist die de facto Abfindung bis einschließlich 1960, um 105 Lire pro Kilowatt Nennleistung, erfolgt. Es wurde ein Votumsgesetz des Regionalrates im Dezember 1963 verabschiedet, wo man unsere Forderung nicht aufgrund eines Wunschdenkens, sondern sachlich begründet, nicht auf 105 Lire, sondern auf 2.040 Lire beziffert hat. Es haben dann einmal sogenannte Konsulenten — Gott bewahre uns vor solchen Konsulenten in Zukunft, möchte ich sagen — den Wert des Artikels 10 im Jahre 1965 auf 670 Lire beziffert; in der Folge wurde dann das Votumsgesetz des Regionalrates vom 15. Januar 1970, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Artikels 10 im Neuner-Komitee — dort wurden 1.000 Lire verlangt — und schließlich das neue Autonomiestatut, Artikel 11, verabschiedet, wo erreicht worden ist, daß für den Kilowatt Nennleistung 1.364 Lire herauschauen, also weniger als das, was der Regionalrat im Dezember 1963 verlangt hat, jedoch wesentlich mehr als die Abfindung vom Jahr 1960 betragen hat bzw. die sogenannten Berater als äußerstes angegeben haben, denn, wie diese damals behaupteten, « könne man, dürfe man nicht mehr verlangen, es würde nicht mehr herauschauen ». Ich möchte hier

zum Betrag 1.364 Lire, der jetzt erreicht wurde, nur folgendes sagen: Das ist der Betrag, den wir für das Kilowatt Nennleistung bekommen, wobei ich davon nichts abzuziehen habe — darauf möchte ich besonders hinweisen —, auch nicht die 10-Centésimi-Steuer, die ja aufgehoben worden ist; also diese 1.364 Lire/Kilowatt Nennleistung sind der Geldwert für den Artikel 10, was mit der 10-Centésimi-Steuer nichts zu tun hat, weil diese durch das Wiederaufleben der Anrainerabgabe aufgehoben wurde. Nun kurz: Ich verweise auf den Vorlagebericht der Regierung zum Verfassungsgesetz. Dort steht, daß der neue Artikel 11 nichts anderes bezweckt als — wie gemäß Paket vorgesehen — die Rechte der Region auf die Provinzen überzuführen, weiter gar nichts.

Wir haben eben dann versucht zu erreichen und auch erreicht, daß der Text des Artikels so umgestaltet wurde, daß praktisch eben die Energie lieferbar bzw. abholbar und gleichzeitig selbstverständlich die Umwandlung, wenn nötig, in Geld möglich ist.

Es geht aus dem Vorlagebericht, der immerhin die Absicht des Gesetzgebers darlegen soll, hervor, daß Zweck der Neufassung des Artikels 11 nicht derjenige war, etwa den Provinzen, anstelle der Region, mehr zuzuschancen als im alten Artikel 10 die verfassungsgebende Versammlung der Region geben wollte, sondern in erster Linie die Abfindung in Geld zu regeln, wobei derselbe Inhalt beibehalten wurde. Und dieser Standpunkt, daß inhaltlich das, was die verfassungsgebende Versammlung seinerzeit geben wollte, inhaltlich dasselbe geblieben, also keine Verbesserung und damit keine größere Belastung der Energieerzeuger herausgekommen ist, dieser Standpunkt ist von der Regierung bei der gesamten Behandlung im Parlament immer wieder vertreten worden.

Ich sage das im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen. Auch ich bin dafür, daß sofort in Verhandlungen eingetreten werden soll, daß jedoch nicht so verhandelt werde, daß man auf gewisse Ratgeber hört und sagt « mehr schaut nicht heraus, also können wir auch nicht mehr verlangen », denn, wie gesagt, wenn wir diesen Ratgebern gefolgt wären, dann hätten wir im Jahre 1965 eben 670 Lire erreicht, nicht wahr, gegenüber den heutigen 1.364 Lire, also so ungefähr die Hälfte. Ich bin nun der Ansicht — und ich möchte damit abschließen —, wenn wir von dem ausgehen, was der heutige Wert, was die Abfindung in Geld gemäß Artikel 11 des neuen Verfassungsgesetzes ist — also von 1.364 Lire — einerseits und von dem, was der Regionalrat im Votumsgesetz vom 15. Januar 1970 als Übergangsbestimmung verlangt hat, wo er sagt: Für die Zeit zwischen 1961 und dem Inkrafttreten des neuen Verfassungsgesetzes verlangt die Region 1.000 Lire pro Kilowatt Nennleistung — also auf der einen Seite 1.364, auf der anderen Seite 1.000 Lire —, so ergeben einerseits die 1.364 Lire auf elf Jahre und rund 1.250.000 Kilowatt bezogen entweder rund 19 Milliarden als obere Grenze oder rund 14 Milliarden als untere Grenze andererseits. Wenn schon sind das die Grenzen, innerhalb denen sich eine Verhandlung bewegen kann, ansonsten eben die Gerichtsbarkeit angerufen werden muß, denn ich bin nicht und war nie so pessimistisch und habe immer darauf bestanden, daß wir eben die günstigste Gelegenheit, die sich dann durch das neue Verfassungsgesetz ergeben hat, abwarten und dies hat sich auch gelohnt. Ich bin auch heute nicht der Ansicht, daß wir hier einfach nur das annehmen, was eben das ENEL bietet, denn wir haben gute Gründe, gute Argumente, um innerhalb dieser — ich möchte sagen — Schere unseren Stand-

punkt durchzusetzen. Ich bin allerdings der Ansicht, daß dieses Guthaben, das aufgrund des Artikels 10 verlangt wird, die Förderung der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung zur Zweckbestimmung hat. Sie wissen ja, der Bozner Landtag hat ein Gesetz verabschiedet, dessen Termin übrigens am 8. Mai verfällt, wo er sozusagen die Mittel vorwiegend für die Elektrifizierung auf dem Lande in den entlegeneren Gegenden, die entweder überhaupt nicht oder sehr schlecht versorgt sind, bestimmt. Es betrifft fast ein Viertel der Bevölkerung der Provinz. Also das war ja das Unmittelbarste, was hätte auch sonst Dringlicheres damit finanziert werden sollen. Ich bin also der Ansicht, daß diese Mittel dann der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung zugutekommen sollen und daher in die Zuständigkeit der Provinzen fallen müssen. Deswegen bin ich auch der Ansicht, daß die Verhandlungen gemeinsam durch Vertreter der Region und Vertreter der beiden Provinzen, also durch eine Abordnung, wie es im Votumsgesetz vom 15. Januar 1970 in der Übergangsbestimmung steht, abgeführt und die Verwendung dieser Summen dann im Einvernehmen zwischen der Region und den beiden Provinzen erfolgen soll.

Wie zynisch andererseits der Verhandlungspartner ist — und da meine ich nicht nur das ENEL, sondern eben diese sogenannten großen Selbstverbraucher, « autoproduttori » —, beweist der Umstand, daß vorgestern Vertreter des Industriellenverbandes von Bozen bei mir waren und unter anderem angekündigt haben, daß das Landesgesetz rückverwiesen wird: Ihr habt unsere Forderung, daß den Selbstverbrauchern (« autoproduttori »), etwa nicht nur den intensiven, so wie wir es für die Magnesio vorgesehen hatten, sondern allgemein den Selbstverbrauchern, also auch Montecatini Edison, gegenüber ein Tarifnachlaß

erfolgen soll, nicht berücksichtigt; das Gesetz wird sowieso rückverwiesen, also — simpli-citer — wir werden dafür sorgen, daß es rückverwiesen werde; dann werdet ihr mit uns verhandeln müssen, ihr hättet doch auch der Montedison einen Tarifnachlaß gewähren sollen, damit sie mit diesem Geldgeschenk die Schäden, die der Landwirtschaft durch die Rauchplage entstanden sind, vergüten kann. Montecatini braucht Geld aus diesem Elektrifizierungsfonds, damit sie die Bauern, die zugebenermaßen geschädigt worden sind, vergüten kann. Ich meine, da ist wohl der Gipfel des Zynismus!

(Come convenuto dai capigruppo il mio intervento sarà breve e spero che anche gli altri consiglieri si attengano a questa regola.

Chi ha ascoltato e letto le dichiarazioni fatte ieri dal Presidente della Giunta regionale, si renderà conto con meraviglia, quanto la Regione può ancora operare e quanto intende intraprendere sul piano legislativo, nonostante lo svuotamento delle competenze regionali in seguito all'entrata in vigore della legge costituzionale del novembre dello scorso anno. Nel caso specifico trattasi di una rielaborazione della legge sul libro fondiario, del provvedimento legislativo concernente il servizio antincendi, dell'ordinamento delle camere di commercio, nonché di una legge concernente massime sull'ordinamento del personale dei Comuni — tali massime comprendono pure principi concernenti il trattamento economico dei segretari comunali, divenuti ora funzionari dipendenti dei rispettivi Comuni — ed infine di una legge concernente il riordinamento dei cosiddetti enti assistenziali.

Potrei aggiungervi addirittura qualche cosa a questo elenco, vale a dire che desidero farvi un'aggiunta, poiché il Presidente della

Giunta regionale ha omissis qualche cosa che a mio avviso è di immediata pratica importanza, considerato che l'amministrazione regionale potrà d'ora in poi concentrarsi maggiormente su determinati problemi, vale a dire su queste materie numericamente ridotte.

La Regione infatti ha la facoltà di disciplinare ex novo la cosiddetta imposta di soggiorno, avendo a tal proposito una propria competenza legislativa, che non verrà revocata con l'entrata in vigore dell'annunciata riforma tributaria. Tale riforma sopprime la cosiddetta sovratassa di cura, mentre l'imposta di soggiorno rimane ulteriormente in vigore. Sappiamo infatti quanto dipenda da questa imposta di soggiorno, vale a dire che potremmo accostarci ad un provvedimento introdotto, ad esempio, nel Tirolo del Nord mediante una legge della Dieta regionale, disciplinando l'imposta in parola nel modo, da creare una vera e propria entrata tributaria in rapporto alla effettiva utilizzazione, diciamo, dei letti, basandoci così sul numero dei letti, anziché sui pernottamenti. Il relativo gettito verrebbe poi speso interamente a favore del turismo, dei relativi impianti e soprattutto delle infrastrutture turistiche. Trattasi dunque di un compito di immediata pratica importanza, il quale non è stato ancora evidentemente preso in considerazione.

Mi sento in dovere fare presente che non mi posso dichiarare d'accordo con tutto ciò che si intende realizzare, almeno nel modo come lo ha esposto il signor Presidente della Giunta regionale, per quanto gli intendimenti di cui sopra ledono le competenze legislative delle due province autonome, nonché per essere chiari, per quanto, a mio avviso, potrebbero ledere le nuove funzioni provinciali. Mi riferisco principalmente alla riforma sanitaria. Nel caso specifico trattasi infatti della comples-

sa questione, cioè di ciò che si intende esprimere con il concetto di ordinamento, vale a dire con la legislazione sull'ordinamento delle Camere di commercio, degli Enti di assistenza e di beneficenza. Non intendo esporre in merito un qualsiasi punto di vista, poiché il tempo concessomi per questo intervento non sarebbe sufficiente. Desidero tuttavia dire a tal proposito che sussiste già una sentenza pronunciata dalla Corte costituzionale ed inoltre dallo statuto di autonomia emerge chiaramente che per ordinamento può essere intesa soltanto l'organizzazione ecc. di questi enti, ma non comunque una nuova istituzione. Se ci si propone quindi di elaborare una legge regionale per creare l'ente ospedaliero od « istituto neurologico di Pergine », sono convinto che si esula dalla competenza della Regione. Per quanto riguarda la riforma sanitaria, la cosiddetta riforma ospedaliera nazionale, approvata già una volta dal Consiglio dei Ministri e che molto probabilmente verrà approvata dopo le elezioni dal neo eletto Parlamento, — la riforma infatti non può fermarsi, se è lecito dire, a metà strada, — desidero fare presente che l'ordinamento degli enti sanitari spetta sì alla Regione, che vanta a tal proposito addirittura una competenza legislativa primaria, mentre la politica sanitaria, l'igiene e la sanità fanno e dovranno fare anche in seguito parte della sfera delle competenze provinciali. Mi rendo conto che è un bene che la Regione abbia mantenuta la competenza primaria per l'ordinamento degli Enti provinciali, la qualcosa si dimostrerà molto vantaggiosa visto che, per quanto riguarda l'ordinamento, dovremo assumere le massime della riforma sanitaria nazionale. Desidero ricordare che anche nel periodo, in cui non facevamo parte della coalizione di Giunta, come gruppo consiliare della S.V.P. ed io personalmente abbiamo sostenuto, nonostante la

opposizione, il punto di vista che la Regione e le due Province dovrebbero formare non solo ora ma anche in futuro un fronte contro lo Stato a tutela dell'autonomia e ciò soprattutto in sede di elaborazione delle norme di attuazione, in seno alla relativa commissione paritetica. Non ritengo pertanto opportuno richiedere nelle norme di attuazione una determinazione dei concetti per introdurre una delimitazione degli stessi, vale a dire, ciò che cade nella competenza della Regione e delle Province, per quanto riguarda il settore dell'igiene, sanità, assistenza, beneficenza ecc., poiché ritengo sia meglio riservarci nel nostro ambito una certa elasticità ed in particolare in relazione al fatto che riguardo la riforma sanitaria, la Regione ha mantenuto le competenze primarie circa l'ordinamento; nel settore dell'assistenza e della beneficenza come tale, le Province vantano una competenza primaria, mentre alla Regione è riservata in tal senso la competenza secondaria e primaria, per quanto concerne l'ordinamento degli enti. Sussiste naturalmente una differenza, lo desidero rilevare, come nel caso del credito, in cui la Regione dispone soltanto delle competenze sull'ordinamento dei relativi istituti, mentre tutto il resto è posto nel potere dello Stato; ora si è giunti ad una suddivisione delle facoltà legislative fra enti autonomi, dimodoché le Province dispongono di una competenza primaria e secondaria nel senso più ampio della parola in tutto il settore, e la Regione continua a vigilare sul relativo ordinamento. È dunque evidente che, qualora nello statuto di autonomia si leggesse: igiene e sanità, assistenza e beneficenza, senza alcuna altra parola aggiuntiva, alle Province sarebbe accordato automaticamente l'intero settore, vale a dire l'ordinamento, gli enti ecc. La definizione quindi « igiene sanità » comprenderebbe tutta la ma-

teria, ma così è stato tolto un frammento di potere per riservarlo all'amministrazione regionale. Sono pertanto dell'opinione, che l'istituzione di enti di assistenza e beneficenza non compete alla Regione, ma bensì alle Province.

Prima di passare all'argomento dell'ENEL, desidero fare brevemente a tal proposito una considerazione filosofica in merito alla competenza del servizio antincendi, riguardo quella particolare questione che forma ancora oggetto di discussioni, vale a dire l'elargizione dei mezzi. Ho avuto più volte occasione di dichiarare ai nostri corpi dei vigili del fuoco, che purtroppo non siamo riusciti di trasferire la competenza sui servizi antincendi alle Province, tuttavia come spesso accade, non tutti i danni vengono per nuocere. Il vantaggio consisterebbe nel fatto che alla Regione sono rimaste poche materie, dimodoché in futuro dovrà provvedere soltanto allo sviluppo dei consorzi, all'assicurazione e previdenza sociale, ed al servizio antincendi: perciò, ho continuato, l'amministrazione regionale si occuperà maggiormente di detto settore, trattandosi appunto di una delle poche materie rimaste di sua esclusiva competenza. Non vorrei comunque che ciò venisse interpretato come mio desiderio che questa filosofia, vale a dire questa conclusione, venga mantenuta nella sua esattezza, altrimenti sembrerebbe che la Regione avesse ottenuto le competenze sul servizio antincendi, per scoraggiare anziché incoraggiare, almeno in Alto Adige, lo sviluppo di suddetto servizio.

Per quanto riguarda la competenza desidero inoltre aggiungere di non essere dell'opinione che l'assistenza ai ciechi civili cade nella competenza regionale e che quindi suddetto titolo non può rimanere nella rispettiva partita del bilancio della Regione, poiché nel caso specifico trattasi evidentemente di un tipo di as-

sistenza contemplato dal primo comma dell'art. 38 della costituzione e non di una attività assistenziale, di cui al secondo comma di predetto articolo, la cui competenza primaria spetta unicamente alle Province.

La stessa cosa dicasi pure — e con ciò sono arrivato alla fine della prima parte di questo mio intervento, — per l'azione annunciata dal Presidente della Giunta regionale riguardo la tutela sanitaria nei luoghi di lavoro! Tale problema riguarda senz'altro le Province in quanto concerne la competenza sull'igiene. Se fosse necessario fornire a tal proposito una prova, è sufficiente ricordare che alle regioni a statuto ordinario è stata attribuita, in base alla loro competenza in materia dell'assistenza sanitaria ed ospedaliera, proprio per la « tutela sanitaria nei luoghi di lavoro », questa facoltà legislativa.

Il Presidente della Giunta regionale ha sfiorato inoltre la questione dell'onere riguardante il vecchio articolo 10, riferendosi all'arco di tempo di 11 anni e cioè dal 1961 fino all'inizio dell'anno 1972, non soltanto nei confronti dell'E.N.E.L., ma anche di altri produttori. Egli ha affermato testualmente: « Vorremmo vedere ravvicinata la relativa trattativa, posto che il trascorrere del tempo non contribuisce a consolidare il valore reale della cifra che si andrà a realizzare ». Desidero pertanto menzionare brevemente — e credo di essere in possesso della stessa documentazione, di cui dispone il presidente Grigolli, documentazione che è stata elaborata dallo stesso funzionario — i tentativi fatti in passato dal Consiglio regionale, per modificare, per così dire, il vecchio articolo 10, per rendere praticamente possibile la fornitura di energia elettrica da una parte, nonché per poter raggiungere un accordo nei limiti della legge in merito all'importo di denaro. Detto accordo è stato raggiunto de

facto fino al 1960 compreso, in cui erano state fissate 105 lire per ogni kw di potenziale nominale. Nel dicembre 1963 il Consiglio regionale approvò una legge voto, in cui le nostre richieste non furono motivate in base a quanto si desiderava, ma in modo oggettivo, richiedendo anziché 105, 2.040 lire. Nell'anno 1965 cosiddetti consulenti — Dio ci liberi in futuro da simili consulenze — fissarono il valore dell'articolo 10 in 670 lire, in seguito alla qual cosa il Consiglio regionale approvò il 15 gennaio 1970 la legge voto in relazione all'elaborazione del nuovo articolo da parte del comitato dei nove, — con cui si richiedevano 1.000 lire — ed infine si giunse alla approvazione del nuovo statuto di autonomia e precisamente all'articolo 11, in cui venivano fissate 1.364 lire per ogni kw di potenza nominale, vale a dire di meno, di quanto aveva chiesto nel dicembre dell'anno 1963 il Consiglio, ma tuttavia molto di più di quanto convenuto nel 1960, nella fattispecie di quanto i cosiddetti consulenti avevano indicato quale cifra massima, affermando che di più non era possibile e non era lecito pretendere, poiché ciò costituiva l'importo massimo ricavabile. Desidero comunque soffermarmi sull'importo di 1.364 lire, che è stato ora raggiunto, per dire quanto segue: Si tratta della somma che otterremo per ogni kw di potenziale nominale, libera da ritenute, ivi compresa l'imposta dei 10 centesimi, notoriamente soppressa; queste 1.364 lire pro kw di potenziale nominale rappresentano il valore pecuniario dell'art. 10, che non ha nulla a che fare con l'imposta dei 10 centesimi, che, ripeto, è stata soppressa con la reintroduzione del contributo a favore dei Comuni rivieraschi. Mi richiamo brevemente alla relazione governativa della legge costituzionale. Ivi infatti risulta che il nuovo art. 11 non persegue nessun

altro scopo — come del resto previsto dal pacchetto — che quello di trasferire questi diritti dalla Regione alle Province. Noi abbiamo quindi cercato di far modificare il testo dell'articolo in modo tale, — e ci siamo riusciti — da rendere praticamente possibile la fornitura, nella fattispecie il ritiro dell'energia e naturalmente la conversione della dovuta quantità di corrente elettrica in denaro. Dalla relazione, che dovrebbe esporre l'intenzione del legislatore, si legge comunque che lo scopo della rielaborazione dell'art. 10 non fu quello di offrire alle Province maggiori possibilità, rispetto a quelle riservate a sua volta dall'assemblea costituente alla Regione, in base al predetto articolo, ma innanzitutto di regolare l'indennizzo in denaro, lasciando invariato il contenuto. Tale punto di vista, cioè che non si è provveduto a modificare il contenuto e che lo stesso corrisponde a quanto stabilito a suo tempo dall'assemblea costituente, e che quindi non è stato operato alcun miglioramento, dal quale derivi un maggior onere a carico dei produttori di energia elettrica, è sempre stato sostenuto dal Governo davanti al parlamento durante la discussione generale. Dico questo in considerazione delle future trattative. Anch'io infatti sono del parere di avviare subito le trattative, senza per altro prestare orecchio a certi consulenti ed affermare che di più non è possibile ricavare e che quindi non è lecito avanzare richieste di maggiore entità, poiché, come già detto, se avessimo dato retta a simili consulenze, nell'anno 1965 avremmo ottenuto 670 contro le attuali 1.364 lire, dunque circa la metà. Sono dell'opinione che, — e con ciò desidero concludere — se teniamo come base di partenza l'attuale valore dell'indennizzo, di cui all'articolo 11 del nuovo statuto di autonomia, vale a dire di 1.364 lire, e che quello che il Consiglio re-

gionale richiese con la legge voto del 15 gennaio 1970, che equivale ad una norma di transazione, dalla quale risulta che dal 1961 fino all'entrata in vigore della nuova legge costituzionale, la Regione richiede 1.000 lire per ogni kw di potenziale nominale — dunque 1.364 lire da una parte e 1.000 lire nell'altra —, risulta che per circa 1.250.000 kw, relativi a 15 anni, l'importo massimo convertito in denaro ammonta a circa 19 miliardi ed a 14 miliardi circa quello minimo. La trattativa dunque deve avvenire entro questi limiti, altrimenti saremo costretti rivolgerci alla giustizia, poiché non sono e non sono mai stato pessimista; ho sempre infatti insistito di attendere l'occasione opportuna, che si sarebbe presentata grazie alla nuova legge costituzionale e credo ne sia valsa la pena. Anche in questo caso sono dell'avviso di non accettare senz'altro quanto ci offre l'E.N.E.L., poiché abbiamo buoni motivi, buone argomentazioni per imporre, oso dire, in questa morsa, il nostro punto di vista. Ritengo comunque che l'importo, richiesto in base all'articolo 10 venga impiegato per favorire lo sviluppo economico sociale. Come noto, il Consiglio provinciale di Bolzano ha approvato una legge, il cui termine scade del resto l'8 maggio, con cui destina predetti mezzi soprattutto per l'elettrificazione delle zone periferiche, prive o comunque con insufficienti impianti elettrici, nelle quali vive circa un quarto della popolazione. Questo come provvedimento immediato, altrimenti che cosa di più urgente si sarebbe dovuto finanziare. Sono dunque dell'opinione che questi mezzi debbano favorire lo sviluppo economico sociale e che quindi vadano attribuiti alle Province, per cui sostengo che le trattative vengano svolte di comune accordo da rappresentanti della Regione e delle due Province, dunque da una delegazione, come risulta dalla

norma transitoria della legge voto del 15 gennaio 1970, e che la destinazione dei relativi mezzi venga infine concordata fra Regione e le due Province.

Quanto del resto siano cinici i nostri partner — non intendo soltanto l'E.N.E.L., ma anche i grandi autoproduttori — lo prova la circostanza che ieri l'altro sono venuti da me rappresentanti dell'unione industriali di Bolzano, annunciando fra l'altro il rinvio della legge provinciale in questo modo: voi non avete tenuto conto delle nostre richieste tendenti ad ottenere una riduzione di tariffa a favore degli autoproduttori e non soltanto per quelli intensivi, come avevamo previsto per il magnesio, ma per gli autoproduttori in generale, compresa quindi la Montecatini-Edison; la legge verrà comunque rinviata, dunque simpliciter, ci penseremo noi a fare rinviare il provvedimento legislativo ed allora dovrete trattare con noi stessi, in quanto avreste dovuto concedere una riduzione di tariffa anche alla Montedison, affinché essa possa con questo regalo indennizzare i danni causati dai fumi industriali nel settore agricolo. La Montecatini ha quindi bisogno di attingere denaro dal fondo riservato alla elettrificazione, per indennizzare i contadini, che per sua ammissione sono stati danneggiati. Credo che simile affermazione sia da considerarsi il colmo del cinismo!)

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): La Regione stessa rimane pur sempre un centro di orientamento e di direzione politica e sarebbe sbagliato, in un momento difficile per la vita della nostra regione, del nostro Paese, sottovalutare questo fatto e perdere questa occasione, offertaci dal dibattito sul bilancio regionale, per un

esame della situazione politica, il più approfondito e il più puntuale possibile. Dico subito che il filo conduttore della relazione del signor Presidente appare elusivo e grave. Vi è in esso una risposta pesantemente negativa ai problemi che stanno di fronte alla nostra regione e alle nostre popolazioni. Problemi e orientamenti che richiedono misure e indirizzi politici generali radicalmente nuovi rispetto a quelli seguiti nel passato. E questo è tanto vero, su tutto l'ordine di problemi, che sono pure in parte elencati nella relazione del Presidente della Giunta, nei loro riflessi locali, che si è aperta nel nostro Paese la più grave crisi del dopoguerra e che proprio su questi problemi si è avuto lo scioglimento anticipato delle Camere per la prima volta dalla fine della guerra. Stupisce e non è accettabile il tono predicatorio, cattedratico, anche accademico, un po' aulicamente disimpegnato, come se le cose potessero esser viste dall'alto, queste cose, questi fatti gravi che travagliano anche la nostra regione. C'è uno sforzo di inserire la problematica e la tematica locale nel contesto più generale, però è accuratamente nascosto il nodo dei problemi e la via corretta per dare ad essi una soluzione. Ma qual è questo nodo di fondo dei problemi, che riguarda direttamente noi? Il nodo è dato dal tipo di modello di sviluppo economico che ha caratterizzato il nostro Paese e direttamente la nostra regione in questi ultimi decenni. Tipo di sviluppo, modello di sviluppo che non può andare avanti. È un tipo di sviluppo che è stato caratterizzato dai bassi salari e dagli alti profitti, che ha portato alla degradazione e alla emarginazione di regioni intere del nostro Paese, e non soltanto del Mezzogiorno, ma di regioni anche del centro e del nord, di cui larga parte del Trentino è un esempio scottante e grave; ha portato la congestione nei grandi centri urbani e

alla piaga dell'emigrazione, che affligge anche la nostra regione, il Trentino in primo luogo, ma anche l'Alto Adige, dove migliaia e migliaia di lavoratori sudtirolesi, di giovani, di forza lavorativa qualificata, il più delle volte è stata costretta ad andarsene in Germania, in Svizzera o in altri Paesi europei. Si dice che siamo il settimo Paese industriale del mondo, ed è vero, ma non si dice che a questo approdo si è arrivati attraverso una spaventosa acutizzazione degli squilibri tradizionali del nostro Paese, territoriali e sociali. Quando leggo a pag. 10 della relazione, che la crisi strutturale del nostro Paese avrebbe un carattere poco oggettivo, c'è veramente da stupirsi. È una crisi strutturale questa, profonda, e le ragioni sono soprattutto ed essenzialmente oggettive. E il prezzo di questa crisi strutturale, di questa acutizzazione, è stato duramente pagato dai lavoratori della nostra regione, di lingua italiana e di lingua tedesca, nel Trentino e nell'Alto Adige. La nostra regione è stata nell'occhio del tifone di questo processo di sviluppo distorto; avevamo vent'anni fa, e abbiamo tuttora, una debole struttura industriale, limitati investimenti e comunque insufficienti per lo sviluppo della nostra terra; l'occupazione, problema tradizionale del Trentino, oggi si presenta con estrema acutezza, con acutezza cronica. E questo problema non è certamente sanato dal rigonfiamento anormale del settore terziario e dell'edilizia. Lo scontro politico quindi nel nostro Paese e nella nostra regione verte tra chi, come la D.C. e la Giunta, vuole continuare ad andare avanti su questa via, e chi, come noi, come i sindacati, i sindacati di ispirazione cattolica, come parte del movimento cattolico stesso, come larga parte delle forze di sinistra, propone una nuova politica economica e una nuova direzione politica. E non c'è da meravigliarsi che lo scontro

sia assai aspro e che presenti anche possibilità di sbocco pericoloso. Perché sono venute in gran parte meno le condizioni oggettive per una prosecuzione di questo tipo di sviluppo. Vogliamo ancora far pagare al Mezzogiorno milioni di emigrati? E dove mandiamo gli emigrati della nostra regione, visto che la crisi economica è profonda e continua e incalzante anche negli altri Paesi europei per fattori internazionali? Ma continuare ad andare avanti sulla via del passato non è possibile, nemmeno per ragioni soggettive, che sono date dalla consapevolezza di larghi strati di popolazione, di lavoratori, appartenenti a diverse formazioni politiche, che così non si può andare avanti, cioè è necessario cambiare rotta. I problemi del Trentino e della provincia di Bolzano non possono essere visti disgiuntamente da questo grande travaglio del nostro Paese. È chiaro che questa nostra regione, il Trentino in particolare, per lunghi anni ha subito un processo di emarginazione dalla dinamica di sviluppo del nostro Paese, e che da questo processo di emarginazione si può uscire soltanto ponendo al centro il problema della piena occupazione, ponendo al centro il problema della programmazione democratica, di una politica che punti all'allargamento del mercato interno e quindi all'aumento dei salari, delle retribuzioni in generale, delle pensioni, che punti a una dislocazione equilibrata degli investimenti, a uno sviluppo dell'agricoltura in forme associative. Il Presidente della Giunta dice che vi è stato nel '71 un clima di tensione, di rivendicazioni, di agitazioni, di conflittualità, che, lungi dal portare a ridistribuzioni del reddito, hanno costato caro a tutti. È una affermazione questa di estrema gravità, una affermazione che costituisce il *leit motiv* di tutto il discorso politico del Presidente, e pensiamo della Giunta. Non v'è una parola ac-

canto a queste gravi affermazioni. Se il fatto che il nostro Paese è stato il più grande esportatore di capitali clandestini, 8 mila miliardi portati all'estero, non v'è una parola sul livello dei salari nel nostro Paese e nel Trentino. Ma il signor Presidente certamente sa come nel '61 il salario medio nel nostro Paese, e quindi probabilmente nella nostra regione, era ancora più basso, era di 63-65 mila lire; che nel 1970, dopo tanti anni di cosiddetta conflittualità, di bizzosa volontà e spinta alla rissa, come si vogliono configurare gli scioperi e le lotte, si è arrivati a salari mensili di 110-115 mila lire.

Le statistiche per la nostra regione non esistono; sarebbe interessante andare a vedere però qual è il livello medio delle retribuzioni, visto che la nostra regione, come reddito pro capite, nella graduatoria delle regioni del nostro Paese perde ogni anno terreno. Il motivo fondamentale che viene richiamato dal Presidente è quello che l'origine della crisi economica attuale, indubbiamente grave e pericolosa, sarebbero state le rivendicazioni, le agitazioni, la cosiddetta conflittualità permanente. Ma io — come ho detto agli imprenditori della nostra regione l'estate scorsa, ed essi non mi hanno saputo dare risposta — io chiedo al signor Presidente della Giunta e alla Giunta, che mi dica qual è l'azienda che è entrata in crisi nella nostra regione per la cosiddetta conflittualità, per gli scioperi; qual è l'azienda che è stata chiusa per effetto delle lotte. Forse la Rovertex, la Bini, la Hurt, forse la Montedison? Io spero che il signor Presidente non abbia il coraggio di affermare questo. Vi è stata crisi economica che ha investito in pieno anche la nostra regione, anche la provincia di Bolzano, ove vi sono sintomi allarmanti di chiusura di aziende periferiche, la Bewig, in quel di Brunico, e certamente qui non sono state le lotte che hanno portato alla chiusura. Tutto

quello che l'amministrazione è riuscita a fare, è quello di mandare il sindaco a spiegare alle lavoratrici che lo sciopero era un peccato. Le ragioni della crisi economica vanno viste altrove, vanno viste in una politica economica sbagliata, in una politica di incentivazione della regione sbagliata, che ha elargito miliardi a persone molte volte non degne e addirittura non capaci professionalmente. Il discorso quindi che fa il signor Presidente sulle riforme, è un discorso veramente — e lo dico certo non con compiacenza, ma con sconforto — è un discorso privo di credibilità, un discorso che non regge. Le riforme sembra che siano un'entità metafisica, che si è aggirata in questi anni nell'arena politica del nostro Paese. Ma, colleghi della Giunta, basta vedere le vicende politiche di questi anni, per capire perché le riforme non sono state fatte e chi non le ha fatte. La D.C. aveva nel Parlamento la maggioranza, la D.C. ha, assieme alla S.V.P. nella nostra regione, una massiccia, una stragrande maggioranza. Ma chi guarda con un po' di attenzione i fatti, vede che quelle poche riforme che sono passate nel nostro Paese. Un timidissimo inizio di legge innovatrice nel settore della casa, sabotato all'interno della D.C., come è sabotata la legge universitaria, è passato proprio per la buona volontà, per la duttilità della posizione comunista. Le riforme non si fanno ora, perché si dice che la situazione economica è grave e difficile e che mancano le risorse. Ma negli anni del cosiddetto miracolo economico, quando il tasso di sviluppo dell'economia era assai elevato, perché le riforme non sono state fatte allora, se proprio la questione fondamentale è quella di poterle fare in un periodo di alto tasso di incremento dell'economia del nostro Paese? Sappiamo benissimo che le riforme, signor Presidente, non possono essere, come dice lei, un

regalo. E penso che i lavoratori lo sappiano molto bene, senza bisogno che questo debba esser loro ricordato, perché i lavoratori, per ottenere l'occupazione e le riforme, nella nostra regione hanno lottato, hanno perso ore e giornate e settimane di paga e di retribuzione, sanno certamente molto bene, senza che questo debba esser loro ricordato, che le riforme costano e devono essere pagate. Ma non è pensabile che le riforme possano avvenire nel modo e nelle forme quali sono configurate nella relazione che ci ha presentato. Le riforme vere qualcuno le deve pagare, perché le riforme puntano oggettivamente e necessariamente ad una redistribuzione del reddito e delle posizioni di potere, dei rapporti di forza fra le classi e i ceti sociali, anche nella nostra regione. Guardiamo alla nostra esperienza, signor Presidente. Noi abbiamo trattato una legge-voto sulla riforma sanitaria. Legge-voto, strumento quanto quanto mai labile, quanto mai evanescente, lo sappiamo tutti noi, strumento quanto mai scarsamente incisivo per fare alcunché nell'ambito della nostra regione, strumento il più delle volte, quasi sempre, caduto nel nulla. Ebbene, non solo la discussione in quest'aula fu accesa e accanita sul problema della riforma sanitaria, pur avendo come oggetto uno strumento così scarsamente incisivo, ma certamente anche voi ricorderete, come noi tutti ci ricordiamo, come si mossero in quei giorni categorie, ceti e strati sociali privilegiati, come notizie fantasiose, che preannunciavano nazionalizzazioni o espropri di vari diritti, apparissero repentinamente sulla stampa preannunciando chissà quali catastrofi nella nostra regione. Certo, la dinamica della lotta delle riforme, della battaglia per le riforme mette in moto questo, mette in moto resistenze, obbliga a uno scontro aspro e difficile. Le riforme devono essere pagate da qualcuno. E se noi pensiamo come

il nostro collega assessore Benedikter viene addirittura accusato in certi ambienti della nostra provincia di essere più socialista dei socialisti, più comunista dei comunisti, perché sembra che abbia intenzione di varare una legge provinciale di riforma che recepisce la modesta legge innovativa in materia della casa, noi ci accorgiamo di quanto sia arduo lo scontro sul terreno delle riforme, e di come la via che la Regione ha seguito, quella di parlare tanto di riforme, come si parla tanto di riforme nella relazione, e di non farle mai, ha l'unico risultato di spaventare gli strati sociali privilegiati, quelli che devono e che dovranno pagare qualcosa per le riforme, ha l'unico risultato di scontentare tutti, chi aspetta le riforme che non si fanno mai, e la gente che dovrà pagarle; ha il risultato di seminare il qualunquismo e questa sfiducia nelle istituzioni, perché quando voi proponete come metodo di far politica quello di parlare, di riempirsi la bocca di riforme e di rinnovamento e di non farle, è evidente che si dà un grave impulso al crescente distacco fra opinione pubblica e istituzione democratica del nostro Paese.

Riforma dei trasporti. Signor Presidente, sono anni e anni che noi discutiamo. Quando noi accusammo la politica della Giunta, perché con l'aumento dei biglietti della SASA non si risolveva nulla, avevamo purtroppo ragione, perché oggi la direzione della SASA si ripresenta con nuove richieste di aumento dei biglietti, e minaccia addirittura di chiudere la azienda. Quando noi denunciavamo le migliaia e migliaia di pendolari nel Trentino, lavoratori, studenti, operai, che pagano il prezzo di una politica dei trasporti, che non è una politica organica e seria, noi denunciavamo una cosa che esiste tuttora in tutta la sua gravità estrema. Mi stupisce che ci siano anche, nella relazione, dei toni così veramente qualunqui-

sti, perché noi non possiamo accettare un discorso del tipo di quello che viene adombrato, per cui, « Roma dovrà decidersi », « quando Roma si deciderà a fare ». Non è un discorso che ci piace, anche se i Governi che si sono succeduti e il Governo che siede a Roma è un Governo certamente che noi avversiamo con tutte le nostre forze. Ma il discorso sui romani, come gente strana, che amministrerebbe male, con lentezza e con ritardo la cosa pubblica nel nostro Paese, è un discorso che culturalmente adombra un po' di razzismo e politicamente non è serio. Sulle poltrone dei Ministeri, a Roma, non siedono romani, ma siedono democratici cristiani romani; siedono rappresentanti del vostro partito, autorevoli rappresentanti della nostra regione. Sappiamo benissimo che non è possibile battere una politica regionale in contrapposizione alle scelte politiche nazionali; sappiamo benissimo che una scelta politica di marca e di tipo separatistico non regge ed è assurda nella situazione storica attuale. Non lo facciamo là nemmeno dove abbiamo grandi maggioranze. Siamo al contrario convinti, siamo fermamente convinti che una politica di riforme può essere però portata avanti autonomamente da parte della Regione, e oggi da parte delle Province e dei comuni, purché esista una volontà politica. Esistono infatti infiniti modi di operare, di anticipare, di sollecitare, non solo l'utilizzazione di risorse finanziarie, ma anche l'inventiva, la capacità creatrice delle nostre popolazioni. Quando lei cita il segretario generale della CGIL, che avrebbe finalmente riconosciuto che esiste un'esigenza di coerenza tra lotte sindacali e obiettivi di riforma, lei cita una cosa giusta, ma vuole farla intendere in modo ingiusto, perché questa esigenza di coerenza è un'esigenza che è stata e che è presente, in larghissima parte, nella totalità del movimento

sindacale del nostro Paese e anche della nostra regione. Quando si invoca una pace sociale in modo unilaterale, si vuol battere una via sbagliata, perché i lavoratori e le organizzazioni sindacali hanno da tempo superato nel nostro Paese una visione grettamente ristretta e corporativa; sanno benissimo che c'è un'esigenza di temperamento di interessi particolari con interessi ed esigenze di sviluppo generale del nostro Paese. Ma una pace sociale unilaterale, una pace sociale che non ha per contropartita nulla, se non promesse che non sono state mantenute, evidentemente non può essere accolta. Quando voi fate la romanzina, la predica al movimento dei lavoratori, anche in questa occasione, nella nostra regione, cercando di scaricare sul movimento dei lavoratori responsabilità che essi non hanno, sul fatto che le riforme non sarebbero state fatte e così via, io vi ricordo ancora una volta, che la maggioranza che avete in Giunta e in Consiglio, è una maggioranza schiacciante; che voi potete fare nella vostra regione quello che voi volete, e che se le riforme non sono state fatte, non sono state fatte perché non avete voluto farle. Chi vi ostacola su questo terreno? Chi vi ha ostacolato nel varare un inizio di riforma sanitaria, un inizio di riforma dei trasporti e così via? Nessuno, se non strati sociali e categorie sociali che sostengono voi, che guardano a voi con interesse, come sostegno di una politica che non vuole cambiare nulla.

Ma, signor Presidente, anche se lasciamo il terreno molto impegnativo delle riforme e se andiamo a vedere il terreno più semplice degli impegni da voi formalmente assunti in questo Consiglio e che non sono stati mantenuti e che ritornano ancora in questa relazione, ebbene, ci troviamo di fronte a un quadro sconsolante. Si parla di istituzione di questa

benedetta Finanziaria. Signor Presidente, c'è un impegno formalmente assunto di fronte al Consiglio, che entro il 31 dicembre scorso avrebbe dovuto presentarsi un disegno di legge istitutivo della Finanziaria. Se andassimo a leggere, a rivedere i verbali, dove si alternano le dichiarazioni sue e di quelle del suo collega, nostro collega, assessore all'industria, sull'intervento dell'industria di Stato nel Trentino, ebbene, avremmo un florilegio variopinto di impegni solennemente rilasciati e scarsamente mantenuti, perché penso che le promesse non possono certamente considerarsi adempiute, guardando al caso della Montedison di Mezzolombardo o al caso di Scurelle. Se andiamo a vedere le questioni degli investimenti privati, preannunciati e sbandierati attraverso notizie di viaggi negli Stati Uniti d'America e in altri paesi, se andiamo a vedere il problema che dovrebbe essere alquanto più modesto dei miliardi dei residui passivi che affliggono anche l'amministrazione della nostra regione, delle nostre due Province, ebbene, mi sembra veramente che a un osservatore non di parte, ma obiettivo, si sommano, accanto ai motivi costantemente sbandierati della conflittualità permanente, altri motivi ben più reali, ben più pesanti, ben più convincenti, che attingono a una politica sbagliata, che è stata portata avanti nella nostra regione. E se per avventura il rimedio che voi proponete è quello di arrivare a una limitazione del diritto di sciopero, dovesse passare, ebbene, il prezzo per i nostri lavoratori sarebbe certamente ancora più duro, grave, soprattutto nel Trentino.

Mi ha stupito ancora la lettura di certi passi sulla cosiddetta violenza. Anche questo è un fantasma che si aggira nella relazione. Sembra che nel nostro Paese, nella nostra regione, la gente sia stata presa per così dire

da un raptus maligno, la violenza, che anima, chissà perché, delle cattive persone. Noi, penso, possiamo esigere in Consiglio regionale una analisi storicamente un po' più approfondita di questo problema. Signor Presidente, è uso comune, soprattutto delle forze di governo, quando ci si trova di fronte all'esigenza di dare dei giudizi su fatti illeciti, su fatti violenti anche, di rinviare il tutto al giudizio che ne dà la Magistratura, in via di un ossequio, di una reverenza per la inesistente oggettività e imparzialità del diritto. Ebbene, signor Presidente, io mi meraviglio come questo metodo di rinviare alla Magistratura la attendibilità delle fonti di giudizio, in questa occasione non sia stato usato. Bastava informarsi anche indirettamente sul giudizio che la Magistratura dà della nostra regione su questa cosiddetta violenza, che non è opera di cattivi, di animosi, ma che è opera e ha un colore ben preciso, e lei certamente lo sa; è una violenza che ha un nome e che ha un cognome, un nome e un cognome anche che coincide con una persona che siede sui nostri banchi. La parola « fascismo » non è stata detta nemmeno una volta nella sua relazione, signor Presidente, e in un momento politico come questo, è una cosa grave, in un momento politico di crisi profonda nella storia del nostro Paese e della nostra regione. Perché se noi sfogliamo giornali tedeschi, svizzeri, francesi o inglesi, giornali conservatori anche, signor Presidente, noi vediamo che tutti dicono che uno degli aspetti di maggiore pericolosità nella vita politica del Paese, non è una non meglio identificata violenza che aleggia, chissà perché, sotto le nuvole, ma è la violenza fascista. Perché non lo si è detto? Non è certamente una svista questa, no, è una scelta politica. Non si vuol vedere la realtà, così com'è, e non vedere la realtà così com'è non è soltanto miopia, è una scelta

politica sbagliata e può avere conseguenze assai gravi. E mi meraviglia — il discorso lo svilupperemo più approfonditamente in sede di discussione di bilancio in Consiglio provinciale — che i colleghi della S.V.P., così solleciti nel denunciare, a ragione molte volte, reminiscenze, ritorni di fascismo, così solleciti nel denunciare a ragione molte volte, reminiscenze, ritorno di fascismo, così solleciti nel ricordare le tracce infauste che il fascismo ha lasciato in provincia di Bolzano, oggi siano addormentati letteralmente su questi problemi, oggi facciano finta di non vedere niente, facciano finta di non comprendere come uno slittamento a destra nella situazione del nostro Paese sarebbe gravido di conseguenze per la provincia di Bolzano, per le condizioni della minoranza sudtirolese, per lo sviluppo della pacifica convivenza dei gruppi etnici nella nostra provincia. Una regione così come la vedete voi, colleghi della maggioranza, una regione che per ragioni oggettive si presenta e sarà scarsamente funzionale, rischia di assolvere la sola funzione di centro di strumento di freno, di spinta involutiva e conservatrice. Se voi volete dare alla Regione l'impronta che si delinea nella relazione introduttiva a questo dibattito, la Regione è destinata a perdere ancora più quota, a trasformarsi in elemento inerte, in ingombro, in un carrozzone burocratico, diciamo celosamente. L'intervento del collega Benedikter di poco fa è già diretto a incalzare, a svuotare ancora di più la Regione. E la Regione, su questo terreno della pura contestazione o difesa di competenze o di sottocompetenze, se scende su questo terreno, se si limita a fare un discorso politico su questo terreno, è una regione in futuro perdente. A meno che, ripeto, essa non punti su una carta diversa, sulla carta che spinge verso l'apertura democratica, che spinge verso una po-

litica seria di riforme, non fatta a parole, una politica anche a livello europeo, guardando all'Europa, non solo alla parte alpina di essa. Ma anche su questo punto, signor Presidente, mi consenta di dire che nella sua relazione questa benedetta Europa, su cui si fanno anche i compiti nelle scuole, adesso, appare come un mito, una parola assai confusa, un orizzonte fumoso. Ma anche su questo terreno, signor Presidente, è necessario tenere i piedi ben per terra, ben fermi; guardare all'Europa non come a qualcosa di astratto, ma per quello che essa è, con i problemi reali che agitano l'Europa. Ci sono problemi dell'economia internazionale, problemi della sicurezza europea e della distensione, problemi questi ultimi, che, lei lo sa, hanno un'attinenza immediata e diretta con la situazione politica nella nostra regione. Perché se oggi le cose vanno meglio nei rapporti fra i gruppi etnici in Alto Adige, è certamente anche perché in Europa c'è un clima diverso. Perché le forze che hanno puntato alla guerra fredda, che hanno puntato allo scontro, al ritorno a tempi passati, sono sempre più isolate, perché anche in forze politiche certamente distanti da noi, qual è la socialdemocrazia a livello europeo, stanno vincendo indirizzi politici seri, costruttivi, che vanno sostenuti e che noi sosteniamo. Questi sono i problemi europei cui guardare, non un'Europa fumosa che appare come un fantasma inconsistente. Noi abbiamo a che fare con l'Austria, a pochi chilometri da qui, da questa sede dove stiamo parlando; c'è un Paese neutrale, che svolge una sua importante funzione nel contesto europeo. Il pensare, il riflettere perché è neutrale e perché è destinato a rimanere neutrale, questo è un punto fondamentale per ricondurre il nostro discorso a una Europa quale essa è veramente, con tutti i suoi problemi. Ed è su questo terreno reale che

può andare avanti il discorso, che è un discorso interessante, importante, che deve essere fatto, sull'Europa delle regioni. Sono convinto che questo è un discorso nel quale anche noi possiamo fare molto, se non la Regione in quanto tale, le Province, in particolare l'Alto Adige, per ragioni storiche e etniche note a tutti, e già ci stiamo muovendo positivamente su questo terreno. Ma, ripeto, il muoversi positivamente su questo terreno presuppone una conoscenza realistica e reale dello stato delle cose oggi in Europa, altrimenti si fa solo della retorica, altrimenti si sbandierano delle idee vacue, altrimenti, signor Presidente, facciamo anche noi qui il nostro compito. È interessante notare che su questo ordine di problemi — ordine di problemi di politica economica sulle riforme, sull'idea stessa di Europa e sull'esigenza di una ampia collaborazione fra i popoli europei, fra tutti i popoli europei — matura una crescente consapevolezza anche nella nostra regione, tra larghi strati di popolazione, una consapevolezza che è fatta di ripensamenti, che è fatta di volontà di battere strade nuove, di volontà di fare un discorso serio di analisi, anche autocritiche. È interessante vedere come questo sforzo di studiare le cose per quelle che sono, per rivedere il passato anche recente della nostra storia, per quello che è stato nella nostra regione, è interessante vedere come su questo terreno siano impegnate, non solo le forze tradizionali della sinistra, ma anche forze importanti del mondo cattolico, forze importanti come le Acli, che resistono a pressioni, ad attacchi, a insinuazioni; forze importanti che danno un contributo di ricerca, che speriamo possa anche tradursi in un contributo positivo per una svolta politica concreta. Sono cose che succedono anche in Alto Adige, anche nel mondo di lingua tedesca, tra i giovani. È una strada difficile

da battere, ma una strada che è vincente, perché punta alla ragione, a valorizzare la volontà di guardare le cose, ripeto, per quelle che esse sono, senza mistificazioni, e questo è il presupposto migliore, più efficace anche per rivedere errori e per aprire nella nostra regione una via di reale rinnovamento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, sarebbe altrettanto facile, esaminando il bilancio, trarre conclusioni negative, che dedurre motivi di consenso. Come si fa a giudicare un documento che nasce in un momento di transizione, quando si stanno seppellendo le spoglie di un sogno che sarebbe stato valido se si avesse avuto il coraggio di difenderle, e al tempo stesso tenere a battesimo il neonato, gracile per la verità, che dovrebbe avere compiti di coordinamento ancora non molto chiari? È fatale che in queste condizioni un consigliere che voglia obiettivamente portare un contributo al dibattito, faccia ricorso a una generosa dose di credito, che trova una sua non infondata giustificazione su taluni accenti, su talune annotazioni, da cui le dichiarazioni del Presidente della Giunta risultano contrassegnate. D'altra parte è onesto riconoscere che il modo confuso e disordinato con il quale il Governo italiano ha voluto condurre e concludere le trattative per la cessione del «Pacchetto», non era certo tale da favorire una ordinata modifica delle strutture autonomistiche della nostra regione. Anche il Presidente Grigolli riconosce che la incongruenza del testo del nuovo statuto di autonomia è stato motivo di intoppo nel momento del passaggio delle nuove competenze alle Province. Se quindi ci volgiamo indietro,

non troviamo certamente occasione di consenso per la linea seguita dal Governo italiano nella elaborazione del « Pacchetto ». Insistere su questo tema può sembrare persino di cattivo gusto, ma il dovere politico per noi è di affermare tutte le nostre perplessità in relazione al nuovo ordinamento autonomistico, non certo per partito preso nè per caparbieta, ma perché non possiamo sottacere il nostro dissenso, tanto più che siamo oggetto di ricorrenti attacchi di un organo di stampa di lingua tedesca, che vuole individuare in noi una componente insensibile al riconoscimento dei giusti diritti del gruppo di lingua tedesca. È proprio questo atteggiamento che ci costringe anche in questa sede a ribadire il nostro orientamento alla più larga e liberale comprensione dei diritti dei cittadini di lingua tedesca. Questo fatto però non ci esime dal ribadire la nostra opposizione al metodo seguito, che porta alla separazione etnica, quello dell'*apartheid*, i cui frutti velenosi sono già maturati in nazioni come l'Irlanda e il Sudafrica. Il superamento delle divergenze e gli antichi rancori avrebbero dovuto avvenire in una superiore interpretazione europea, capace di per sé di dare una spinta in avanti al progresso economico e sociale della collettività, mentre la proporzionale etnica fatalmente porterà a una diminuzione delle possibilità di intesa e a una perdita di vigore di quel progresso economico, che in gran parte è già oggi compromesso, come appare dalle vistose crepe di ristagno, e che non accenna a concludersi. Ma questi sono i discorsi che vengono fatti soltanto per richiamare l'attenzione di tutti i responsabili sui pericoli di cui è cosparsa la strada che ancora resta da percorrere nella fase di elaborazione delle norme di attuazione, sempre con l'augurio che il discorso europeo a un certo momento prenda il sopravvento, rimuovendo gli osta-

coli ed eliminando quelle topiche che alcune parti politiche hanno ritenuto di accettare, anche se erano nettamente contrastanti con ogni civile ideologia di uguaglianza e di parità di diritti, anche se erano in netta antitesi con ogni più ragionevole intendimento di evitare lo scontro delle classi lavoratrici dei due gruppi sul meschino piano della contesa di ogni singolo posto di lavoro, di ogni singolo alloggio popolare. Anche su questo argomento bisogna riconoscere che il Presidente ha saputo trovare il giusto accento, quando dichiara che occorre evitare che ognuno rimanga chiuso nei suoi problemi, sfuggendo al ricatto del contrasto insanabile e rianimando culturalmente qualche deserto di isolamento e quelle situazioni di reciproca ignoranza, nelle quali taluni pastori hanno spinto in questi anni gli uni o gli altri con l'intento di salvarli. Il guaio è, signor Presidente della Giunta, che il deserto di isolamento è stato codificato in legge dello Stato, in documenti di valore costituzionale e dovremo passare attraverso molte amare esperienze prima di liberarci dalla camicia di Nesso che ci siamo volontariamente quanto incautamente imposta. Certo è che la nuova fisionomia del bilancio regionale, sia per la rigidità che per l'entità, segna, con la eloquenza delle cifre, lo svuotamento dell'ente regione, secondo le previsioni che noi avevamo fatto e che altri avevano quasi con sdegno respinto, come se si trattasse di incauti e infondati giudizi. L'importante, a nostro avviso, è che la Regione ora faccia il suo dovere, si appresti a svolgere i suoi nuovi e circoscritti compiti con più modestia ma con maggiore consapevolezza, e infatti fu proprio la paura di perdere che portò la Regione, di rinuncia in rinuncia, alle condizioni che oggi registriamo. Si ritenne astuta manovra quella di delegare le competenze sul piano amministrativo, nel tentativo

di conservare nel bilancio regionale la struttura formale, ma come sempre accade per gli organi che non hanno più una vitale funzione da svolgere, il decadimento ebbe seguito in modo ineluttabile, per cui alle deleghe amministrative fu conseguente il passaggio delle competenze legislative. C'è da augurarsi quindi che la Regione, nel tentativo di trovarsi una ragione d'essere, raggiunga una consapevolezza delle sue funzioni, che sono quelle logiche del coordinamento di due economie e di corpi sociali, che per la loro analogia, oltre che per la loro vicinanza, devono necessariamente trovare un'intesa nel cammino da compiere e nelle finalità da perseguire. Dobbiamo dar atto al Presidente della Giunta di una apprezzabile sincerità nel giudizio dei fatti economici; è un riconoscimento che già era contenuto nella dichiarazione di voto del gruppo liberale, in occasione del precedente bilancio. Tale suo giudizio, signor Presidente, è in piena coerenza con le dichiarazioni che ella va facendo anche sulla stampa, sulla nostra situazione economico-sociale. Ci è apparsa improntata a una lodevole chiarezza, la dichiarazione fatta recentemente dal Presidente in ordine alle riforme. Il dott. Grigolli ha rilevato infatti, giustamente, che le riforme sono diventate fatti mitici. Vi sono paesi che hanno, semplicemente con buona e illuminata amministrazione, fatto quello che qui è chiamato « riforme ». Sono tesi queste che affiorano qua e là, con un linguaggio ovviamente più cauto nelle dichiarazioni rese in Consiglio. Il periodo politico che abbiamo attraversato e che ci ha portato in quella secca che il Presidente definisce l'annata più sconsolante del dopoguerra e che ci ha visto diventare il parente povero dei paesi comunitari, è stato viziato da una malattia che vorremo chiamare nominarismo. Siamo vissuti in un decennio dove le parole erano tutto, una spe-

cie di dannunzianesimo della demagogia, per cui bastava trovare un felice quanto misterioso accoppiamento di un sostantivo con un aggettivo per accendere le speranze alla risoluzione dei problemi. In effetti mai le parole come nella politica italiana di questi ultimi dieci anni sono state usate per nascondere la realtà. È stato dato il nome di riforme agli espedienti diretti più a distruggere che a costruire; si è mandato avanti la legione dei programmatori nel momento in cui l'economia veniva scardinata da azioni che erano il dirompente più violento di quel coordinamento di cui la programmazione deve essere necessariamente l'espressione. Quindi il '71 può essere configurato, come ha detto giustamente il dott. Grigolli, un autentico tempo perso, in un clima, di tensione che è costato caro a tutti. Da due anni e mezzo — continua il dott. Grigolli — questo clima non ha certamente contribuito a costruire. Queste considerazioni ci fanno guardare a questo bilancio con una certa fiducia. Si tratta di prese di coscienza che non vanno sottovalutate, così come non va sottovalutata la prospettiva di perseguire con tutte le nostre forze, senza alcuna rinuncia, quella normalizzazione capace di farci risalire dalle sacche di ristagno, che con il complesso di motivi politici hanno inquinato i rapporti fra le varie categorie. Qua e là spunta nella relazione del Presidente qualche ritorno di fiamma e di orgoglio per quanto riguarda l'attività regionale; sentimento umanamente comprensibile, del resto, ma è un orgoglio che attinge a una situazione locale non certo migliore di quella nazionale. I dati che abbiamo noi sottomano contraddicono a queste illusioni. La nostra regione è fra quelle che negli ultimi anni è marciata col passo più lento, ma quello che ci preoccupa di più, non possiamo nascondere, è la presente decelerazione degli

impegni creditizi che danno testimonianze di una scarsa comprensione agli investimenti. Si tratta di una pesante cappa di piombo che grava sul nostro avvenire, e per scollarci di dosso tale indice di scadente vitalità economica, occorreranno sforzi accentuati da parte di tutti i responsabili del settore. C'è qualche demagogo che in giro va dicendo che gli imprenditori farebbero lo sciopero di investimenti per fare chissà quali strane e oscure vendette nei confronti del potere sindacale. Evidentemente non è il caso di parlare di scioperi, perché la legge del profitto non è sensibile, nè alle vendette, nè ai sentimenti. C'è solo un motivo che può ridurre la forza trascinante dell'impiego del denaro, ed è quella dell'insicurezza, della mancanza di severità, della precarietà di ogni speranza in ogni possibile successo. Prima ancora che con l'allargare i cordoni della borsa creditizia dobbiamo operare al fine di ricostruire la fiducia, senza la quale nessuna iniziativa può trovare sviluppo; la fiducia, la prospettiva di un sereno avvenire sono l'ossigeno indispensabile dell'economia; tutti gli altri incentivi, tutti gli altri interventi sono palliativi che lasciano il tempo che trovano e alla conclusione si dimostrano controproducenti, in quanto aggravano la situazione. Noi liberali siamo favorevoli a una più organica consultazione delle varie componenti della vita economica e sociale della nostra regione. Ci dispiace solo che la Regione non abbia avvertito prima questa esigenza più volte annunciata e mai attuata. È chiaro che il pubblico potere ha un suo ruolo da svolgere, un ruolo di mediazione ragionata e sensibile ai valori reali del progresso, non a quelli artificiosi della demagogia. Ecco perché ci sembrano apprezzabili le considerazioni che ravvisano la necessità di inserire una guida e un ordine che compongano le richieste e i

conflitti sociali a un livello sempre più alto di giustizia, perché come lei dice, signor Presidente, a pag. 35, « l'ordinamento scriteriato e avventuroso, oltre a creare delusioni e sfiducia, determina sostanzialmente l'immobilismo ». Basta quindi con l'apparato delle illusioni, basta col semplicismo scarsamente efficace di certe impostazioni, basta con le confusioni ad un tempo inquietanti e paralizzanti. Su queste conclusioni del Presidente riteniamo di dover dichiararci consenzienti, ma certo, sia ben chiaro, non per vocazione a costituirci a squallida ruota di scorta della D.C. Ognuno di noi è soltanto impegnato a tenere sulla retta via il carro della politica e della amministrazione; carro che, almeno sul piano nazionale, per una certa crescente anomalia di una delle sue ruote, ha rischiato, rischia di ribaltarsi nel fossato di sinistra. Ebbene, così come quando il rinascite frontismo ha tentato caparbiamente di portare alla suprema magistratura dello Stato un nome della sua parte e quindi di parte, noi liberali abbiamo saputo e voluto con il nostro disinteressato appoggio offrire agli italiani un presidente che sempre più conferma i suoi meriti di statista e di imparziale presidente degli italiani. Così in qualsiasi altro frangente, la nostra presenza in garanzia di un'alternativa aperta ad offrire la possibilità di una ripresa di quel cammino di concordia e di solidarietà che è l'unica vera prospettiva di progresso civile, sociale e di benessere economico.

RAFFAELLI (P.S.I.): Avete votato per l'indipendente Leone, però.

AGOSTINI (P.L.I.): Ma come voi avete votato per l'indipendente De Martino!

RAFFAELLI (P.S.I.): Appunto! Sapevo che era indipendente però.

AGOSTINI (P.L.I.): Leone era indipendente almeno nella sua coscienza di uomo, non un uomo di parte come De Martino! Sia ben chiaro, questo.

RAFFAELLI (P.S.I.): Dal momento che me lo dici, prendo atto!

AGOSTINI (P.L.I.): Mi dispiace che lo sai solo ora!

RAFFAELLI (P.S.I.): Meglio tardi che mai!

AGOSTINI (P.L.I.): Ad ogni modo ti è bruciata parecchio, però, eh? Una bella scottatura!

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Bertorelle).

PRESIDENTE: La parola al cons. Parolari.

PAROLARI (P.S.I.U.P.): Signor Presidente, signori consiglieri, è vero, la Regione è stata fortemente ridimensionata nelle sue competenze, ed è vero forse di più di quello che ha detto e che vuole il cons. Benedikter. Tale situazione però della nostra economia regionale rappresenta oggi caratteristiche di seria e profonda crisi e investe particolarmente la Provincia di Trento; si nota da qualche anno a questa parte una pericolosa flessione

della occupazione, sospensione, licenziamenti, smobilitazioni di industrie, caduta degli investimenti, aumento dei prezzi, frequenti ricorsi alla cassa di integrazione: queste le indicazioni generali che caratterizzano il momento dello scadimento della situazione socio-economica della nostra regione. C'è, è vero, qualche settore che tiene ancora, e c'è chi anche in questa situazione riesce ad accumulare margini di profitto considerevoli, ma ciò non cambia il quadro generale, anzi per certi aspetti mette in luce le contraddizioni di un sistema col quale si è operato e si opera per tentare il rilancio della nostra economia. Questa crisi, signori consiglieri, dimostra che vi è una aperta contraddizione tra la stagnazione produttiva e l'inflazione nello stesso tempo, ma proprio questo fenomeno è quello che stabilisce il particolare tipo di crisi strutturale che investe la nostra economia nazionale e più ancora quella locale. La stampa padronale, assieme purtroppo ai responsabili della politica economica, nei suoi scritti e nei suoi discorsi non manca mai, anche in sede locale, di attribuire le responsabilità della crisi che ci investe alle lotte operaie, alle organizzazioni sindacali che le sostengono; si aggiunge, con toni paternalistici per impressionare l'opinione pubblica, che esse minacciano la pace sociale. Si chiede ai lavoratori, da chi è responsabile di questo disordinato sviluppo economico, disciplina sui posti di lavoro, ritorno al lavoro nei modi voluti dal padronato, per favorire una nuova edizione della politica dei redditi, per realizzare un nuovo miracolo economico, che possa fornire nuovi capitali da esportare in luoghi sicuri per la buona pace dei nostri imprenditori. Noi del P.S.I.U.P. non neghiamo che le giuste e poderose lotte operaie del passato, per la loro incidenza, non possano aver prodotto squilibri economici e politici; certo queste lotte di

grandi masse di lavoratori hanno contribuito a mettere in discussione un assetto economico e sociale ingiusto, fatto su misura per produrre profitti alla classe padronale, ma, signor Presidente e signori consiglieri, si trattava di un equilibrio ingiusto, fondato particolarmente sullo sfruttamento delle nostre maestranze, su basse remunerazioni, su inammissibili e inaccettabili condizioni di lavoro nelle fabbriche, su un meccanismo improvvisato di sviluppo industriale a scopo di utilizzo indegno di denaro pubblico: queste le ragioni per le quali si è guastato alle prime difficoltà. Per la sua precarietà costitutiva si sarebbe ugualmente guastato, anche se i lavoratori non avessero rivendicato più giuste remunerazioni e più umane condizioni di lavoro nell'interno della fabbrica. È necessario, signori Consiglieri, prendere coscienza di questa realtà, se si vogliono ricercare soluzioni più solide, più giuste, più umane. Quello che è saltato è il meccanismo legato a salari bassi, allo sfruttamento di facili incentivi, all'utilizzo di strutture vecchie e superate; un meccanismo improvvisato, che non poteva registrare, causa la sua arretratezza, causa un sistema produttivo legato alla logica del profitto, diversi risultati. Non c'è, evidentemente, solo questo che ha colpito la nostra fragile industrializzazione, vi sono anche elementi negativi, portati dalla profonda crisi che ha colpito il mondo economico, rivelatasi con tutta la sua drammaticità l'anno scorso, dovuta al terremoto monetario che ha sconvolto l'economia del mondo occidentale nel recente passato. Vede, dunque, signor Presidente, che non è dei lavoratori la responsabilità di questa grave crisi che investe il nostro Paese, e che inferisce ancora più sulla nostra Regione, per i maggiori errori commessi da chi ha avuto la responsabilità totale del potere politico e am-

ministrativo locale, da chi ha perseguito una politica economica che ha lasciato emarginare intere zone, da chi ha cercato di superare i bisogni locali con provvedimenti saltuari, senza una seria programmazione dell'intervento pubblico, capace di intervenire per equilibrare gli scompensi che così si sono prodotti.

Il numero delle fabbriche che sono state occupate, quelle fallite o in via di liquidazione, tende a salire nella nostra regione di giorno in giorno; questo stato di cose ha contribuito, per la drammaticità, a far esplodere il problema della difesa della occupazione, che rimane per noi il compito fondamentale da risolvere, se si vuole sperare in un mutamento migliorativo nella situazione socio-economica della nostra Regione. Se andassimo, signori consiglieri, a svolgere una indagine conoscitiva delle singole fabbriche fallite, smobilitate o costrette a riorganizzarsi a livelli più bassi di occupazione, vedremo che sono le più diverse e disparate fra di loro; se però facciamo una valutazione politica, vedremo che esse sono riconducibili ad un fattore comune che lo ha determinato e che risiede in una linea di sviluppo economico volta soltanto a prendere quel che c'era da prendere in sovvenzioni, in facilitazioni fiscali, aree, mutui, agevolazioni varie, senza concedere seri impegni di investimento, sostanziose forme di controllo capaci e sufficienti di garantire l'impiego del denaro pubblico e l'occupazione. Certo tutto ciò è stato possibile grazie alla faciloneria dei pubblici poteri che hanno fatto a gara per offrire facilitazioni e che invece di prioritari insediamenti legati anche al tipo di sviluppo della economia locale (industrie di trasformazione dei prodotti agricoli locali, del legno) o ad alta specializzazione (elettronica - meccanica) hanno operato per favorire insediamenti i più disparati, di basso costo, che nascondevano

finalità speculative, dimostratesi in grande misura incapaci di misurarsi con la concorrenza, fragili insomma. L'Ente pubblico fu costretto a intervenire con continue sovvenzioni per tenere in vita parassitarie gestioni con distorsione di ingenti mezzi finanziari dell'Ente pubblico, necessari per soddisfare altri e più impellenti bisogni sociali. È, signori consiglieri, ancora in questa situazione di provvisorietà e incertezza occupazionale, che noi dobbiamo operare; situazione economica difficile, quelle che lasciamo in eredità alle Province, nella quale si inserisce la richiesta di lavoro delle nuove leve, di diplomati, di laureati, di contadini respinti dalle campagne, di operai in cerca di nuove occupazioni. Speriamo che col trasferimento alle Province delle nuove competenze, si instauri un diverso modo di operare, capace di ottenere una lievitazione del potenziale occupazionale di sicura continuità. L'obiettivo che dobbiamo proporci, secondo noi del P.S.I.U.P. nel presente, è, in primo luogo, quello di stabilizzare l'occupazione esistente. Premesso che per raggiungere questo obiettivo saranno necessarie nuove e più solide attività industriali, per evitare continui ricatti di industrie moribonde, si dovrà operare con più oculata serietà nella ricerca degli insediamenti in grado di inserirsi nel processo di sviluppo tecnologico in atto. Ciò sarà possibile se saremo in grado di far intervenire anche e soprattutto l'industria controllata dalle partecipazioni statali, rimasta sinora quasi assente dal nostro territorio. Tutto questo non sarà però sufficiente per raggiungere posizioni di sicurezza aziendale e occupazionale; se non interverrà, nel frattempo, una legislazione nazionale, regionale e provinciale in materia di agevolazioni finanziarie e fiscali, che preveda forme di interventi controllati in ogni azienda ove sia investito denaro pubblico. Oltre alle

possibilità di interventi con mezzi locali è necessario sollecitare l'intervento dello Stato per operazioni previste per le zone sottosviluppate e per richiedere i necessari finanziamenti per dare attuazione ai provvedimenti di riforme della casa, per sollecitare una ripresa dell'industria edile colpita anch'essa dalla crisi in atto, che consente operazioni promozionali per opere di interesse pubblico. Le vicende della riforma sanitaria, signor assessore, meritano un commento a parte per le conseguenze che potranno avere sulla nostra amministrazione regionale, per gli impegni assunti presso gli enti ospedalieri, causa il modo con cui la riforma è stata portata avanti dal Governo di centro-sinistra, che ha deluso le attese della popolazione e delle forze lavoratrici che da anni reclamano la riforma sanitaria. Quale sia ora il destino dei molti progetti posti in circolazione non ci è dato sapere, tanto più che con la crisi in atto tutto sarà insabbiato o meglio prescritto. Si sapeva che vi era un elaborato i cui contenuti sono stati largamente criticati dai sindacati, ma ora il problema passa alla prossima legislatura.

Per questo vorrei chiedere al signor assessore quali conseguenze di ordine sociale e finanziario comporti alla nostra regione la mancata attuazione della riforma sanitaria. Di fronte a questo gravissimo stato di cose, al fatto che non solo si manifestano forti resistenze, che tutto è rinviato alla prossima legislatura, che si evidenziano sempre più spinte indirizzate a mantenere confinata anche la prevenzione entro gli irrisori limiti attuali, anche nei progetti di riforma presentati, che si ostacola quel processo di saldatura tra prevenzione, cura e riabilitazione, significa, a parere nostro, che si vuole ostacolare quel profondo mutamento del sistema sanitario di cui il nostro Paese ha bisogno. Le prove di questa vo-

lontà di limitare la riforma sanitaria è dimostrata dalla tenace volontà di mantenere all'esterno della riforma il servizio di prevenzione contro gli infortuni sul lavoro e la tutela della salute dei lavoratori contro l'usura dell'ambiente di fabbrica e dei ritmi produttivi, che approda alla richiesta di mantenere in vita vecchi organismi, il che significa, particolarmente per la nostra Regione che detiene facoltà primarie di legiferare in materia sanitaria, una minorazione delle possibilità di attuare un dispositivo di riforme che includa anche l'importante settore che riguarda il controllo della salute sui posti di lavoro e la prevenzione, che vedo trattato nella relazione del signor Presidente e ne do atto con soddisfazione. Il rinvio della riforma non comporta solo un alto prezzo sociale e umano, ma implica anche insopportabili costi economici per la nostra Regione e contribuisce a far perdurare un tipo di sviluppo socio-economico basato sull'incremento esasperato e artificiale di un privatismo egoistico anziché tendere al soddisfacimento di bisogni sociali così imperiosamente sentiti e richiesti dalla nostra collettività, da noi in parte affrontati con leggi regionali ma non soddisfatti interamente per carenze di mezzi, delle cui realizzazioni le diamo atto, signor assessore. La crisi che investe il nostro Paese, ma ancora più la nostra regione, non può essere affrontata e superata ricorrendo a vecchi e superati strumenti tradizionali di intervento, come non sono valse le misure anticongiunturali attuate nel passato, per rilanciare la nostra economia in crisi. Continuando questa politica si aggraveranno le difficoltà, facendo sopportare ulteriori gravi sacrifici alle nostre popolazioni agricole e ai lavoratori in generale.

Riconosco che non è facile suggerire rimedi attuabili in una società nella quale i

grossi monopoli industriali, le grosse aziende agricole dettano legge. Quello che si può fare è elaborare un piano di sviluppo programmato, diretto a ricostruire in modo globale e armonico il tessuto economico-agricolo-industriale-turistico e sociale delle nostre Province, che utilizzi il pieno impiego di tutte le risorse disponibili nell'interesse primario delle popolazioni di montagna e delle forze lavoratrici; diversamente non vedo come si possano offrire alternative per fermare il continuo decadimento economico della nostra regione. Dobbiamo dunque utilizzare tutte le nostre risorse in modo organico e rispondente alle necessità locali. Anche il turismo potrebbe essere di valido aiuto per integrare il reddito dei nostri valligiani, purché avvenga in forma razionale e non alienante. Una utilizzazione del nostro territorio agli effetti turistici non deve significare di per sé un avvio per una soluzione globale dei problemi delle nostre popolazioni di montagna, ma una valorizzazione del territorio, che offre notevoli attrattive, dal punto di vista paesaggistico, nonostante le molte compromissioni private e pubbliche, a vantaggio delle popolazioni locali per una integrazione dei loro redditi agricoli. Comunque, se sono apprezzabili gli sforzi fatti dalla Provincia per risolvere in maniera organica i problemi attinenti alla regolamentazione del territorio, è tuttavia mancata una programmazione degli interventi regionali e provinciali e una struttura comprensoriale democraticamente rappresentativa di tutte le forze politiche, culturali, economiche e sociali, che studiasse interventi coordinati capaci di produrre un ordinato sviluppo di tutto il territorio e sottrarlo all'influenza del grosso capitale mimetizzato sotto varie forme, per un utilizzo più rispondente ai bisogni di integrazione dei redditi delle nostre popolazioni valligiane. Un

altro settore dell'attività regionale, di cui si parla anche nella relazione del signor Presidente, è quello dei trasporti urbani e extra-urbani, settore di attività che impone una revisione di tutto il sistema del trasporto, data l'importante funzione sociale che esso assolve, particolarmente nella nostra regione.

Ho detto che si è parlato molto su questo tema, si è parlato di commissione di studio, di regionalizzazione, di provincializzazione del trasporto pubblico, della necessità di unificare le due aziende di trasporto con partecipazione a maggioranza di capitale pubblico, Atesina e Trento-Malè, da anni poco seriamente dirette, di aumenti di tariffe, di sovvenzioni, di prestazioni sempre più scadenti, ma tutto è rimasto come prima e nulla si è fatto per realizzare una serie politica dei trasporti pubblici, se pure di stretta competenza nel passato della Regione. Crescono le difficoltà, sia di ordine finanziario che organizzativo dei servizi, la pesantezza della gestione delle aziende pubbliche. Si lasciano circolare sulla stessa linea più società in concorrenza fra di loro; pare che si abbia sensazione dei danni che questo stato di cose produce, ma poi si lasciano andare le cose come sempre, senza correre ai ripari, sapendo che ogni anno perso pesa centinaia di milioni sui cittadini, sulle condizioni di vita dei lavoratori dipendenti, sugli stessi utenti per il disservizio che questo comporta. È una situazione quella che investe il settore trasporti, sia privati che pubblici, che impone grossi oneri alla collettività, senza conseguire miglioramenti, che vuole, come lei signor Presidente riconosce nella sua relazione, una seria riforma, che impone il superamento dell'istituto del servizio in concessione, la realizzazione di un organismo strutturato per una gestione pubblica del servizio dei trasporti pubblici.

Desidero conoscere, signor Presidente,

l'esito dei lunghi studi effettuati per la regolamentazione di questo servizio. Se è nelle intenzioni della Giunta di promuovere una azione per l'unificazione delle società Atesina e Trento-Malè, costituite con preminente capitale pubblico. Se vi è nella Giunta la volontà politica di favorire la creazione di una azienda per la gestione dei trasporti pubblici in concessione. E infine, signor Presidente, signori consiglieri, credo necessario fare qualche considerazione sul nuovo statuto di autonomia. Noi del P.S.I.U.P. auspichiamo che l'applicazione del nuovo statuto porti con sé una nuova politica in Alto Adige, fondata sul rispetto delle nuove minoranze, tendente al superamento reale delle divergenze che hanno finora diviso, pur avendo comuni interessi da difendere, i lavoratori, quali i livelli di occupazione, la realizzazione del pieno impiego, la difesa dei lavoratori e dei contadini dallo sfruttamento, la richiesta di una organizzazione della vita pubblica più democratica e rispondente ai bisogni generali di tutti i cittadini. Noi del P.S.I.U.P. abbiamo espresso le nostre critiche su vari aspetti dei problemi aperti, particolarmente sulla costituzionalizzazione della proporzionale etnica, ma riteniamo necessario favorire l'apertura di un nuovo corso che possa superarla. Siamo convinti che il nuovo Statuto di autonomia potrà favorire la costituzione di una organizzazione dei pubblici poteri, più capace di realizzare condizioni di vita più favorevoli; purché si attui con sincerità, con sollecitudine e si bandisca qualsiasi volontà di ritorsione per le ingiustizie subite, non solo da voi, signori della S.V.P., ma da tutti i lavoratori italiani, a causa della tirannia fascista nel corso del ventennio, che non ha mai rappresentato l'autentico popolo italiano. Quello che ritengo aggiungere è, signori consiglieri, che nessuna norma scritta potrà risol-

vere i nostri problemi, se non vi è la volontà politica da ambo le parti di attuare le nuove norme statutarie, senza ritardi, senza furbizie, il che comporta un cambiamento radicale del metodo finora attuato in sede locale e nazionale, particolarmente dalla D.C., che da 27 anni governa il nostro Paese e la Regione. Pur ridotto, signor Presidente, le materie di competenza della Regione, rimangono ancora compiti di notevole importanza da svolgere. Nella sua relazione, signor Presidente, sono contenute indicazioni di rilievo, che possono, se attuate, contribuire a soddisfare certe storture sociali particolarmente nel campo della salute pubblica e dei trasporti, della cooperazione. Le buone intenzioni hanno bisogno però di una verifica dei fatti: se questo avverrà noi modificheremo il nostro atteggiamento; per ora manteniamo le nostre riserve.

MAYR (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Zeitdruck zwingt uns unsere Stellungnahmen zum Regionalhaushalt in diesem Jahr kurz zu halten. Trotzdem möchte ich zu einigen Grundsatzfragen, aber auch zu einigen einzelnen Problemen Stellung beziehen.

Wenn man diesen Bericht des Präsidenten des Regionalausschusses einer politischen Bewertung unterzieht, so muß ich notgedrungen eine politisch-sachliche Kritik üben und zwar deswegen, weil ich gleich zu Beginn dieses Berichtes die Formulierung und den Inhalt der Darlegung nicht recht verstehen kann, wo es heißt: « Dennoch behält die Region trotz der verminderten Bedeutung einiger Aspekte ihre Stellung im vollendeten Sinne bei und zwar nicht nur auf den Sektoren, auf denen sie spezifisch zuständig ist ». Es wäre sehr wertvoll, wenn der Präsident des Regionalausschusses diese Thematik noch mündlich hier im

Regionalrat erläutern könnte, was hier im konkreten, in die Zukunft gesehen, gemeint ist. Des weiteren möchte ich ohne weiteres den Vertretern, welche die Verhandlungen mit der Zentralregierung, mit dem Schatzministerium geführt haben, der Provinzen und der Region die Anerkennung aussprechen, denn es ist heuer eine Zuwendung an diese Körperschaften vorgesehen, die alle bisherigen übertrifft. Und ich glaube auch, auf den wirklichen Einsatz dieser Vertreter dies zurückzuführen sein wird.

Was die wirtschaftliche Situation anbelangt, die hier in diesem Bericht ganz unverblümt dargelegt worden ist, so möchte ich nur auf meine schon erfolgte Intervention vom Vorjahr, vom 24. Februar, verweisen, wo ich gesagt habe: Eine Stabilität kann man nur mehr erreichen zwischen allen diesen Organisationen, welche nun einmal auf dieser Welt Forderungen zu stellen haben, wenn endlich einmal ein Burgfrieden eintritt zwischen den großen Organisationen — und ich meine hier ohne weiteres auch die Gewerkschaften, die nicht immer gerechtfertigt diese Arbeitsausstände inszenieren.

Schließlich wird in diesem Bericht noch vom Übergang der Zuständigkeiten und von der Kontinuität der Verwaltung gesprochen und diesbezüglich erlaube ich mir, nur zu erwähnen, daß die Regionalregierung die in diesem Gesetzgebungsprogramm angekündigten Initiativen, welche für die Kontinuität der Verwaltung ausschlaggebend sind, bald verwirklichen möge. Ich erinnere nur zum Beispiel an das Problem des Personals, wo wir aufgrund der Zustände, die eben bestehen zum Beispiel auf dem Sektor der Landwirtschaft für gewisse Außenstellen, trotz einer großen Anzahl von Regionalbeamten kein Personal zur Verfügung gestellt haben und der Assessor für

Landwirtschaft wird mir bestätigen müssen, daß Versuche unternommen worden sind, um längstfällige Stellen, wie das Inspektorat in Vinschgau und dergleichen, zu besetzen. Dies soll nun wirklich endlich einmal geschehen, denn ich glaube, es ist berechtigt, daß diese Stellen auch in den Außenbezirken, wo sie ja bestimmte Funktionen zu erfüllen haben, endlich besetzt werden.

Offen bleibt auch das Problem, das mir am 23. März der Regionalassessor versprochen hat im neuen Feuerweggesetz zu regeln, das spezifische Problem des Feuerwehrpersonals, welches hier einmal mit nationaler Regelung und einmal mit regionaler Regelung irgend wie die Personalordnung aufrecht erhalten wird. Ich glaube, daß hier die Regelung in dem nun vorliegenden Gesetzentwurf endlich einmal in voller Klarheit getroffen werden muß.

Wenn ich noch eine politische Bewertung anfügen darf, so möchte ich den kleinen Widerspruch hervorheben, den ich darin erkennen will, wenn hier der Präsident in seinem Bericht auf Seite 2 davon spricht, daß das Freundschaftsabkommen zwischen Italien und Österreich bereits in unmittelbarer Sicht wäre und daß darauf also unmißverständlich hingearbeitet wird. Ich glaube, es ist noch etwas verfrüht, die Dinge sind noch nicht so weit politisch gereift, daß man dieses Freundschaftsabkommen nun schon an den Horizont darlegen kann, besonders dann, wenn man gleich im Anhang daran erklärt, daß noch wichtige Durchführungen, vor allem die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut, fehlen. Daß diese Dinge einmal vorgesehen sind, das wissen wir, aber ich glaube, es ist doch noch etwas verfrüht, wenn man selbst hier erklärt, daß die Durchführungsbestimmungen und sehr wichtige einfache Gesetze noch ausständig sind.

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Das ist eine politische Bewertung, die, glaube ich, ist es richtig, wenn sie hier gemacht wird.

Nun zu einigen einzelnen Fragen, die zum Bericht und zur wirtschaftlichen Situation meines Erachtens gegeben werden sollen. Hier wird gesprochen von der Funktion und von der Möglichkeit, welche die Alpenregion in Zukunft in Europa zu spielen hat. Im Bericht wird ausdrücklich das bevorzugte Handelsabkommen zwischen Trentino-Südtirol - Tirol - Vorarlberg erwähnt, aber ich glaube, wenn diese Alpenregion wirklich ihre Funktion in dem nun angehenden Europa spielen soll und übernehmen soll, dann ist es Zeit, daß gewisse Voraussetzungen rein materieller Natur geschaffen werden. Ich erinnere in erster Linie an die Verkehrssituation, die nun mit dem Bau der Autobahn etwas geregelt wird. Aber ich möchte hier auch erwähnen das Problem der Staatsstraßen, denn es ist nicht nur eine Aufgabe der Provinzen, sondern der gesamten Region, in erster Linie des Staates, daß diese Einfallstraßen nach Italien, welche Divisenbringer ersten Ranges sind, nicht in diesem Zustand weiter belassen werden, wie sie sich jedes Jahr im Frühjahr besonders in unserer Provinz zeigen. Bereits im Vorjahr hat die Regionalregierung erklärt, sie wird sich diesbezüglich bei den zentralen Stellen verwenden. Und es wäre interessant zu erfahren, inwieweit diese Verwendungen, die sicherlich erfolgt sind, eine Lösung in Aussicht stellen.

Der Herr Präsident des Regionalausschusses weiß auch aus ihm gestellten Anfragen, daß ich ein Problem mehrmals berührt habe, nämlich das Fernsprechwesen, welches heute in diesem Rahmen noch nicht funktioniert. Ich

glaube, das gehört zur Entwicklung des Fremdenverkehrs; ich glaube, das gehört zur Entwicklung des Handels und auch zu diesem bevorzugten Handelsabkommen, daß wir in unserem Raum bevorzugte Tarife haben, daß wir direkte Ferngespräche führen können, wie etwa zwischen Deutschland und der Schweiz oder Österreich und der Schweiz usw. Und ich kann inzwischen dem Herrn Präsidenten, der mir in Beantwortung der seinerzeitigen Anfrage zugesichert hat, dieses Problem laufend zu verfolgen, mitteilen, daß mir seitens Österreich ein Bescheid zugegangen ist, daß von diesem Staat aus das Problem abschlußreif ist und daß eben die Fernsprechverbindung mit Südtirol, mit unserem gesamten wirtschaftlichen Raum nicht mehr über Klagenfurt und Mailand, sondern direkt über die normalen Grenzverbindungen gehen kann. Ich glaube, das ist wirtschaftlich sehr interessant und ich würde die Regionalregierung nur ersuchen, daß auch sie auf italienischer Seite bei den zuständigen zentralen Stellen in diesem Sinne intervenieren möchte.

Weiters scheint mir, ein Punkt würdig anzuführen, wenn diese Alpenregion eine besondere Funktion auszufüllen hat, die Frage des Umweltschutzes.

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Ich glaube, daß diese Region hier im europäischen Handel nicht interessant ist, weil wir blaue Augen haben, sondern weil eben diese Region für das Erholungsgebiet prädestiniert ist und da auch eine ganz bestimmte Funktion zu erfüllen hat. Wenn aber dem so ist, so glaube, ich, müßte die Situation auf dem Gebiet des Umwelt-

schutzes, der ja primär der Provinz untersteht und hier auch alles mögliche unternommen wird, aber von der Sicht der Zuständigkeit, die aufgrund staatlicher Gesetze der Region zugeteilt ist, intensiver durchgegriffen werden. Ich habe diesen Begleitbericht, der uns zugestellt worden ist von gestern auf heute, nur sehr oberflächlich durchgesehen, aber ich muß erklären, daß einige sehr interessante Ausführungen darin enthalten sind. Ich kann nicht umhin, in diesem Zusammenhang an einen Beschlußantrag zu erinnern, den wir im Juni 1970 im Regionalrat einstimmig verabschiedet haben, wo die Regionalregierung aufgefordert wurde... Non si sente?

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Daß das ausgerechnet bei mir passieren muß! Ich möchte die Regionalregierung an einen Beschlußantrag erinnern, den wir im Juni 1970 gefaßt haben, wo sie aufgefordert worden ist, einstimmig vom Regionalrat, welche Initiativen und Durchführungen sie zur Frage des Umweltschutzes unternommen hat. Diese Berichterstattung steht meines Erachtens noch aus!

Unterbrechung

MAYR (S.V.P.): Ebenfalls komme ich auf die Situation in Bozen zu sprechen. Ich muß hier diese Dinge etwas ausführen. In Bozen befinden wir uns mit der Großindustrie im unmittelbaren Siedlungsgebiet, wo laut Gutachten der Universität Padua vier Betriebe derartige Emissionen hervorrufen, daß Luft, Wasser und Boden, der gesamte Besiedlungs-

raum derart verseucht sind, daß die Volksgesundheit sehr ernstlich in Frage gestellt wird. Die Regionalregierung hat damals vor einiger Zeit in Anlehnung an die internationalen Schwellenwerte, die für diese Verseuchung eben Geltung haben, eine Verfügung erlassen, wo zum Beispiel diese Abwässer in die Gewässer irgendwie im Stand der Elemente, die sie enthalten, genormt worden sind. Ich möchte nur die Frage stellen, ob diese Zustände weiterhin so anhalten können, wenn feststeht, daß wir im Trinkwasser Verseuchungen bis zu 35 Milligramm pro Liter Fluorabgase zu verzeichnen haben, wo die oberste Schwellengrenze laut Regionalrat, Verfügung des Regionalausschusses 0,5 Milligramm pro Liter nicht überschreiten darf. Man wundere sich dann nicht über die schlechten Auswirkungen auf die Volksgesundheit und über die sogenannten Auswirkungen der « blauen Flecken » bei Kindern.

Ich bin hier sehr besorgt, wenn man sich anschicken sollte, diesen Großindustriebetrieben finanzielle Mittel zu gewähren, damit sie sogenannte Filteranlagen einbauen, zu deren Einbau sie sowieso verpflichtet wären und welche sie aus eigenen Betriebsmitteln zu bestreiten haben, genauso wie anderswo. Ich kann Ihnen die Jahresabschlußrechnung, die Gewinn- und Erfolgsrechnung dieser Betriebe vorlegen, meine Herren, von den letzten Jahren und Sie werden daraus entnehmen können, daß diese Jahresabschlußrechnungen, welche bei Gericht hinterlegt sind, bestimmt nicht die echten Bilanzen sein werden, sondern eben die laut Gesetz erstellten Abschlußrechnungen und daß diese offiziellen Bilanzen jedenfalls hinreichende Rücklagen und Auszahlungen von Renten ausmachen, daß es bei der heutigen wirtschaftlichen Situation nicht mehr gerechtfertigt ist, diesen Betrieben große Sub-

ventionen zu gewähren. Ich möchte sagen: Wenn dieses Spiel mit der Volksgesundheit weitergeht und die Behörde selbst zugibt, daß drei auf 100 Kinder von sogenannten « blauen Flecken » befallen sind und dies ein amerikanischer Fachmann erklärt: « Sie sind sehr besorgniserregend; man weiß nicht, ob ein Tumor, ein Krebsgebilde daraus entsteht und wo wir in der Provinz Bozen sowieso schon das traurige Resultat aufweisen, daß wir am meisten Tumore in Gesamtitalien zu verzeichnen haben. Ich möchte an die zuständigen Stellen appellieren, daß hier neben den vielen akademischen Gesprächen auch bei der positiven Arbeit, die geleistet worden ist, endlich und unmißverständlich durchgegriffen wird. Daß Kulturgründe bis fast 700 Hektar im Verhältnis von 40 bis 100% jahrelang beschädigt sind, das, glaube ich, muß auch erwähnt werden und daß hier noch keine Schadenersatzleistung geleistet worden ist. Das hat zur Folge, daß die Bevölkerung sehr aufgebracht ist, wenn gleichzeitig solchen Betrieben Geld für die erforderlichen Investitionen gewährt werden soll. Ich anerkenne ohne weiteres den Einsatz der Region aufgrund des Gesetzes Nr. 615, aber ich möchte sagen: Vielleicht wäre es noch möglich, durch die Vermittlung der Region auch hier zu einer Lösung zu kommen. Wir haben mit Besorgnis feststellen müssen, daß auch gewisse Behörden ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, denen sie aufgrund der Sanitätsgesetze von 1934 hätten nachkommen können und sollen. Dieses Gesetz im Gesundheitswesen bietet dafür eine gute Möglichkeit. Ich möchte hier nicht über jemanden sprechen, der diese Erde verlassen hat, also über den Provinzialarzt, — « de mortuis nihil nise bene » —, aber ich muß sagen: Als Amtsarzt, als Funktionär, der diese Dinge wahrzunehmen hat, sind wir auch jetzt noch nicht mit seiner

Handlung einverstanden. Und es wird daher unsere Forderung sein, die natürlich über die autonome Provinz Bozen zu erheben ist, daß wir nunmehr einen deutschen Provinzialarzt erhalten sollen, weil auch der stellvertretende der italienischen Volksgruppe angehört und weil wir endlich einmal dieses sehr wichtige Amt in deutschen Händen wissen wollen. Ich glaube, es ist ein Recht des Menschen, in einer gesunden Umwelt zu wohnen und zu leben und ich möchte hier jede Spekulation politischer Natur aus dem Wind sprechen, denn ich glaube, verseuchte Luft und Umwelt werden den 80.000 Italienern in Bozen genauso schlecht tun wie den 20.000 Deutschen. Deswegen brauchen wir in dieser Hinsicht keine Spekulation und die Arbeitnehmer, die in den Betrieben sind, die haben den ersten Vorteil, wenn eine Besserung eintritt.

Wenn unser Gruppenführer vorhin die widersprüchige Haltung der Vertreter dieser Betriebe des Industriellenverbandes aufgezeigt hat, so möchte ich sie nur insofern ergänzen, daß man am 4. April dieses Jahres kein Geheimnis daraus gemacht hat und erklärt: Wenn die Südtiroler Landesverwaltung den Strom, der aufgrund des Artikels 11 des Autonomiestatutes zur Verfügung steht, eine gewisse Menge zum verbilligten Preis den Industriebetrieben zur Verfügung stellt, so haben sie keine Schwierigkeiten, den geschädigten Bauern den Schaden zu begleichen. Am nächsten Tage, am 5. April hat derselbe Funktionär des Industriellenverbandes in einem Fernsehinterview erklärt: Von den Schäden kann überhaupt nicht die Rede sein; die Probleme sind längst schon gelöst. Ich möchte diesen Widerspruch aufzeigen und auch daran erinnern, daß hier kaltblütige Behauptungen aufgestellt werden und letzten Endes die Volksgesundheit beeinträchtigen. Diese Haltung ist unglaublich und

deswegen appelliere ich an die Region, ihre guten Dienste aufgrund des Staatsgesetzes hier einzusetzen.

Zum Gesetzgebungsprogramm: Hier sind im Jahre 1971 einige bedeutende Sozialgesetze vom Regionalrat erlassen worden und wie ich aus dem Entwurf entnehme, hat die Regionalregierung vor, auch in diesem Jahr einige Initiativen zu ergreifen. Wenn ich jetzt richtig verstehe, so steht hier im Haushalt zu den Kapiteln 1830 bis 1832 eine Erhöhung für die Regionalgesetze 21 vom Jahre 1958, 14 vom Jahre 1959 und 36 vom Jahre 1963. Der zuständige Regionalassessor weiß, was ich anschneiden will, was ich bereits in einer Anfrage gefordert habe, nämlich, daß diese Regionalgesetze zusammengelegt, novelliert werden, daß sie vereinheitlicht werden für alle drei Krankenkassen der Bauern, Handwerker und Kaufleute, denn, meine Herren, wenn ich sehe, daß unter Kapitel 1831 plus 14 Millionen dazukommen bei der Krankenkasse für die Handwerker, bei Kapitel 1832 plus 11 Millionen bei der Krankenkasse für die Kaufleute, so bin ich damit selbstverständlich einverstanden, ich muß aber sagen: Wenn man zum Kapitel 1830 auf Regionalgesetz Nr. 21 vom Jahre 1958 die bisherige Zuwendung bei 60 Millionen Lire beläßt, so wird diese Initiative der Region unglaubwürdig und sie ist widersprüchig. Denn, meine Herren, die Analyse ergibt, daß bisher pro versicherten Handwerker 456 Lire gegeben worden sind, pro versicherten Kaufmann 419 Lire und für die schwächste Kategorie pro versicherten Bauer nur 375 Lire. Ich glaube, hier würde eine Vereinheitlichung aller drei Gesetze anstehen, und die Beitragsleistung auf 1.000 Lire zu erhöhen, wäre hier meines Erachtens gerecht. Und wenn mir nun die Frage der Finanzierung entgegeng gehalten wird, so möchte ich eine

Anregung geben: Wir haben im November das Regionalgesetz Nr. 42 verabschiedet, mit welchem die sogenannte Mutterschaftsbeihilfe an die Bauern mit 80.000 Lire vorgesehen wurde. Am 1. Juni dieses Jahres tritt das Staatsgesetz Nr. 1204 vom 30. Dezember 1971 in Kraft, welches vorsieht, daß diese Beihilfe an Bauern, Handwerker und Kaufleute gewährt wird und somit werden aus dem Regionalgesetz mindestens 30.000 Lire frei. Ich glaube, der Einsatz dieser frei werdenden Mittel wiederum auf dem sozialen Sektor ist gerechtfertigt und hier würde sich eine Möglichkeit bieten, gleiche Verhältnisse zu schaffen. Ich möchte hier vom Herrn Assessor eine ganz klare Antwort erhalten, wie die Regionalregierung diese Dinge oder diese Möglichkeit sieht.

Was das Assessorat für Landwirtschaft anbelangt, so möchte ich nur meine Intervention auf drei Fragestellungen beschränken: Ich möchte eine genaue Aufstellung haben über die Zuwendungen der Region auf dem Gesetz Nr. 364 vom 25. Mai 1970, vom sogenannten Solidaritätsfonds und zwar über die Schätzungen der Schäden und über die Zuwendungen an die Region und die Aufteilung auf die Provinzen. Nachdem dieser Haushalt so schnell verabschiedet wird, war dies nicht möglich, vorher zu beantragen. Es würde mich interessieren auf dem Gesetz Nr. 592 vom 4. August 1971, wo für die Bonifizierungen Mittel vorgesehen werden sollen, auf Staatsebene 14,5 Milliarden Lire, wenn ich mich nicht täusche, ob und wieviel an die Region Trentino-Südtirol hier zugewiesen wird und ob der zuständige Assessor mir diesbezüglich Aufklärung geben kann. Und schließlich würde mich interessieren, welches die Zuwendungen und die Anzahl der Ansuchen zum Gesetz Nr. 590 vom 26. Mai 1965 gewesen sind und

die Gesuche, welche bisher noch behängen.

Noch zu einem Wirtschaftssektor möchte ich Stellung nehmen und zwar zu der hier im Bericht zitierten Zentralraiffeisenkasse. Ich erinnere daran, daß wir voriges Jahr im Regionalrat einen Beschlußantrag genehmigt haben, der der Provinz Trient die Zentralraiffeisenkasse, die uns mit Paket gewährt wird, gratis ins Haus stellen soll — und damit kann man auch einverstanden sein, nur scheinen mir die Dinge sich etwas in die Länge zu ziehen. Ich weiß nicht, ob es stimmt, was böse Zungen erklären wollen, daß in Bozen die Zentralraiffeisenkasse nicht früher kommen kann, als sie in Trient kommen wird. Ich glaube, hier wäre eine Aufklärung vor offenem Hause sehr angebracht, denn es ist für die völkische Minderheit sehr essentiell, wenn ein einheimisches Bankinstitut nun entsteht, auch weil es seine Wiedergutmachung des in der Faschistenzeit angefügten Unrechtes bedeutet. Falls keine konkreten Zusicherungen diesbezüglich gegeben werden sollten oder könnten, so möchte ich an die Regionalregierung appellieren, daß sie diesbezüglich bei den zuständigen Stellen in Rom vorstellig werden möchte, damit wir dieses Institut so bald als möglich in unserer Provinz haben werden und damit hier eine Lücke auf dem wirtschaftlichen Sektor geschlossen werden kann, die bisher sicherlich zu unserem Nachteil gefehlt hat und in Zukunft eine bedeutende Funktion für Südtirol zu erfüllen hat.

Ich behalte mir vor, noch zu einzelnen Kapiteln Stellung zu nehmen und schließe ab in Rücksicht auf die Kürze, an die wir uns alle halten wollen.

*(Signor Presidente! Colleghe e colleghi!
La esigua disponibilità di tempo ci costringe*

quest'anno di prendere soltanto brevemente posizione in merito al bilancio regionale. Tuttavia desidero trattare alcune questioni fondamentali e qualche problema particolare.

Se si sottopone questa relazione del Presidente della Giunta regionale ad una valutazione politica, non ci si può esimere dal fare un'oggettiva critica, poiché sin dall'inizio la formulazione ed il contenuto della relazione non appaiono molto chiari. Ivi infatti si legge fra l'altro quanto segue: «Tuttavia, la posizione della Regione — resa in taluni profili meno interessante — mantiene senso compiuto, al di là di settori nei quali è mantenuta una specifica incidenza». Sarebbe bene, se il Presidente della Giunta regionale potesse commentare questa tematica davanti al Consiglio regionale, per spiegare che cosa egli intenda in concreto, tenendo naturalmente presente il futuro della Regione. Desidero inoltre esprimere la mia riconoscenza ai rappresentanti delle Province e della Regione, che hanno condotto le trattative con il Governo centrale, vale a dire con il ministero del tesoro, poiché mai come quest'anno sono stati previsti sostanziosi stanziamenti a favore di detti enti, e credo che ciò si debba all'effettivo impegno da parte di coloro, che hanno partecipato alle trattative.

Per quanto riguarda la situazione economica, che in questa relazione è stata esposta senza mezzi termini, mi si permetta di richiarmarmi al mio intervento fatto il 24 febbraio dello scorso anno, in cui ho fra l'altro dichiarato: una stabilità fra queste organizzazioni, che ad un tratto hanno da avanzare in continuazione delle richieste, è raggiungibile soltanto mediante una tregua di lotta, ed in particolare intendo i sindacati, che inscenano scioperi non sempre giustificati.

In questa relazione si parla infine del trasferimento delle competenze e della continuità

dell'amministrazione ed a tal proposito mi permetto invitare la Giunta regionale di voler realizzare al più presto le iniziative annunciate in questo programma legislativo, indispensabili per la continuità dell'amministrazione. Ricordo ad esempio il problema del personale, che date le sussistenti condizioni, p.e. nel settore agricolo ed in particolar modo in determinati uffici periferici, non si è riusciti, ed il signor assessore per l'agricoltura dovrà confermarlo, non si è riusciti, ripeto, a coprire i posti vacanti, come p.e. all'Ispettorato della Val Venosta, nonostante il grande contingente di impiegati regionali ed i vari tentativi fatti a tal proposito. Ritengo sia ora e tempo di provvedervi in merito, poiché è giusto che si completino gli organici degli uffici posti alla periferia, i quali notoriamente hanno da svolgere determinate funzioni.

Rimane inoltre insoluto il problema del personale preposto ai servizi antincendi, che il signor assessore regionale, in data 23 marzo mi aveva promesso di risolvere con la nuova legge concernente suddetto servizio, poiché l'ordinamento dei VV.FF. poggia sia sul regolamento nazionale, come pure su quello regionale, per cui credo sia necessario dare finalmente, con il presente progetto di legge, alla menzionata categoria un chiaro regolamento.

Se è lecito esprimere una valutazione politica, vorrei permettermi di rilevare una piccola contraddizione, che emerge a mio avviso a pagina 2 della relazione del signor Presidente e cioè che l'accordo di amicizia tra l'Italia e l'Austria sarebbe imminente e che quindi si lavorerebbe inequivocabilmente in tale direzione. Credo che simile affermazione sia ancora prematura, in quanto le circostanze non hanno raggiunto ancora la necessaria maturazione politica, per far apparire all'orizzonte le

prospettive del menzionato accordo di amicizia, tanto più che poco sotto si dichiara che mancano ancora le importanti norme di attuazione, relative allo Statuto di autonomia. Sappiamo comunque quanto è previsto, ma simile affermazione è ancora prematura, se si dichiara fra l'altro che si devono approvare ancora le norme di attuazione ed importanti leggi ordinarie.

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): È questa una valutazione politica che è giusto fare in sede di Consiglio.

Mi si permetta trattare alcuni problemi che devono essere esposti sia in merito alla relazione, come pure in merito alla situazione economica. Si parla infatti della possibilità e della futura funzione in senso europeo della regione alpina. Nella relazione è espressamente menzionato l'accordo per il regolamento dello scambio facilitato di merci tra il Trentino - Alto Adige ed il Tirolo Vorarlberg, ma io ritengo sia ora e tempo di creare determinate premesse di natura puramente materiale, se questa regione alpina dovrà veramente assumere una propria funzione nella futura Europa. Ricordo innanzitutto la situazione della viabilità, che migliorerà senz'altro con l'approntamento dell'autostrada. È mio desiderio però menzionare pure il problema delle strade statali, poiché non è soltanto compito delle Province, ma di tutta la Regione e soprattutto dello Stato, di non abbandonare dette arterie stradali, che collegano l'Italia con gli stati stranieri e che inoltre sono portatrici di dividendi di primo rango, nello stato in cui si trovano, almeno in Provincia di Bolzano, ogni anno in primavera. Già l'anno scorso la

Giunta regionale ebbe a dichiarare che si sarebbe adoperata in tal senso presso gli organi centrali. Sarebbe interessante sapere a quali prospettive di soluzione abbiano condotto questi interessamenti, che avranno avuto senz'altro luogo.

Al signor Presidente della Giunta regionale sarà noto, per aver appreso da varie interrogazioni a lui stesso rivolte, che mi sono permesso esporre ripetutamente un problema, e cioè quello delle comunicazioni telefoniche, che in quest'ambito non è stato ancora risolto. Credo che a tal proposito una tariffa ridotta, nonché la possibilità di comunicare direttamente con gli stati esteri, come avviene tra la Germania e la Svizzera, tra l'Austria e lo stato elvetico, rientri nello sviluppo del turismo e del commercio. Posso pertanto comunicare al signor Presidente, che rispondendo a suo tempo alla mia interrogazione, mi aveva promesso di seguire costantemente questo problema, di essere venuto in possesso di una relazione austriaca, da cui emerge che da parte di questo stato il problema viene considerato maturo per la relativa definizione e che le comunicazioni telefoniche con l'Alto Adige, vale a dire con tutta la nostra area economica, possono passare direttamente attraverso le normali vie di frontiera, anziché attraversare le centrali di Klagenfurt e di Milano. Credo che ciò sia economicamente molto interessante e desidero pregare la Giunta regionale di voler intervenire in tal senso presso i nostri organi statali.

Se la nostra Regione alpina avrà da adempiere, come si è detto, ad una particolare funzione, il problema della tutela dell'ambiente naturale mi sembra degno di essere menzionato in questa sede.

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): Credo che questa Regione non si presenti interessante al commercio europeo per i nostri occhi celesti, ma poiché il nostro territorio è predestinato a zona di recreazione o di riposo oltre a svolgere una ben definita funzione. Se dunque le cose stanno in questi termini ritengo opportuno che nel settore concernente la difesa dell'ambiente naturale, che compete sì primariamente alla Provincia — ed in tale sede molto è stato fatto —, si operi più intensamente anche da parte della Regione, alla quale è pure riservata una competenza, derivante dalla legislazione nazionale. Non ho potuto leggere in modo approfondito questa relazione, che mi è stata consegnata appena ieri, ma devo dichiarare che ivi sono contenute interessanti esposizioni. A tal proposito non posso fare a meno di ricordare una mozione, approvata all'unanimità nel giugno 1970 dal C.R., con la quale si invitava la Giunta regionale...

Non si sente?

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): Proprio a me deve succedere! Comunque desidero ricordare alla Giunta regionale la mozione approvata all'unanimità dal Consiglio regionale nel giugno 1970, con la quale veniva invitata ad esporre in questa sede le iniziative intraprese in merito alla questione riguardante la difesa dell'ambiente naturale. Tale relazione, a mio avviso, manca tuttora.

INTERRUZIONE

MAYR (S.V.P.): Ed ora vengo alla situa-

zione di Bolzano che desidero esporre in modo dettagliato. Come noto, la zona industriale di Bolzano sorge nelle immediate vicinanze dell'abitato e stando alla perizia elaborata dall'Università di Padova, vi sono ben quattro industrie emittenti gas di scarico di tale portata, da provocare un inquinamento atmosferico, idrico e del suolo in tutto il centro abitato, pregiudicando seriamente la salute pubblica. La Giunta regionale, appoggiandosi ai valori limite internazionali, valevoli per questo tipo di inquinamento, ha emanato a suo tempo un decreto, con cui si è provveduto a regolare, ad esempio, nei suoi elementi le acque industriali che vengono scaricate nelle acque pubbliche. Mi chiedo dunque se questa situazione possa perdurare, visto che è stato constatato, che nell'acqua potabile vi sono presenti per ogni litro 35 milligrammi di fluoro, mentre secondo il Consiglio regionale, vale a dire il decreto della Giunta, in ogni litro di acqua non può essere superato il limite massimo di 0,5 milligrammi. Non ci si meravigli dunque per gli effetti deleteri che si ripercuotono sulla salute pubblica e per le cosiddette macchie blu comparse sui bambini. qualora si dovesse elargire a favore di queste grandi industrie mezzi finanziari per l'installazione di impianti depuratori, ai quali sarebbero di per se obbligate provvedervi, come altre industrie, a proprie spese, tale fatto mi inquieterebbe. Sono in grado di presentare il conto annuale e quello degli utili di questi ultimi anni, relativi alle aziende in parola e loro Signori potranno apprendere che detti conti annuali, depositati in Tribunale, e che comunque non corrisponderanno agli effettivi bilanci, in quanto si tratta dei conti annuali predisposti in conformità alla legge, loro Signori, ripeto, potranno quindi apprendere, che questi bilanci ufficiali costituiscono sufficienti

riserve e rendite di capitale, che data l'attuale situazione economica non è più giustificato concedere grandi sovvenzioni a simili aziende. Se si continua dunque a giocare con la salute pubblica e le stesse autorità ammettono che su 100 ben 3 bambini sono colpiti dalle cosiddette « macchie blu », in merito alle quali uno specialista americano ebbe a dichiarare che simile fenomeno è preoccupante, poiché non si sa se ciò dia origine a tumori od a formazioni di cancri; la cosa è quindi molto grave, se si considera che la Provincia di Bolzano detiene di per se sul piano nazionale il triste primato di maggior numero di casi tumorali. Mi permetto pertanto rivolgere un appello agli organi competenti, affinché oltre alle discussioni accademiche ed al lavoro positivo svolto finora, intervenga finalmente in modo inequivocabile. Credo non sia lecito tacere i danni che da anni si causano a 700 ettari di coltivi e cioè in un rapporto che va dal 40 al 100%, senza peraltro indennizzare i danni in parola. Di conseguenza la popolazione si irrita alquanto nell'apprendere che a questa azienda vengono concessi contributi per i necessari investimenti. Prendo atto dell'intervento operato dalla Regione mediante la legge 615, ma vorrei aggiungere che attraverso la mediazione dell'amministrazione regionale si riuscirebbe ancora giungere ad una soluzione. Abbiamo dovuto constatare con viva preoccupazione come certe autorità non abbiano adempiuto ai propri doveri, derivanti dalla legge sanitaria del 1934. Questa legge sulla sanità ci offre pertanto una buona possibilità. Non desidero parlare male di qualcuno che ha già lasciato questo mondo, vale a dire del medico provinciale — « de mortuis nihil nisi bene » —, ma devo dire che come ufficiale sanitario, come funzionario, preposto a questo settore, non possiamo ancor oggi condividere il suo operato. Sarà pertanto

la nostra richiesta, che naturalmente va avanzata al di là della Provincia autonoma di Bolzano, che venga insediato un medico provinciale di lingua tedesca, poiché già il suo sostituto appartiene al gruppo etnico italiano ed essendo nostro desiderio sapere simile importante ufficio in mano ad una persona di lingua tedesca. Ritengo che sia un diritto dell'uomo, vivere in un ambiente sano ed a tal proposito desidero prevenire qualsiasi speculazione a carattere politico, poiché credo che l'atmosfera e l'ambiente inquinato faccia male sia agli 80.000 abitanti italiani, sia ai 20.000 tedeschi che vivono a Bolzano. Pertanto ogni speculazione è superflua in qualsiasi senso ed i lavoratori che lavorano nelle industrie, sarebbero a mio avviso i primi ad avvantaggiarsene se subentrasse un miglioramento.

Siccome il nostro capogruppo ha indicato pocanzi il comportamento contraddittorio dei rappresentanti delle aziende dell'associazione industriali, desidero soltanto integrare quanto esposto, facendo presente che il 4 aprile c.a. non si è evitato ad affermare che, qualora la amministrazione provinciale provvedesse a fornire parte dell'energia elettrica, disponibile in base all'art. 11 dello Statuto di autonomia, a tariffa ridotta alle industrie, queste non avrebbero alcuna difficoltà a risarcire i danni ai contadini interessati. Il giorno dopo, dunque il 5 aprile, lo stesso funzionario dell'associazione industriali ebbe a dichiarare in un'intervista televisiva, che non è il caso di parlare di danni, essendo stato già da tempo risolto il problema. Desidero indicare questa contraddizione e fare presente che non si tralasciano impavide affermazioni, recando però alla fin fine pregiudizio alla salute pubblica. Simile posizione è incredibile, per cui rivolgo un appello alla Regione di voler intervenire, richiamandosi alla rispettiva legge nazionale.

In merito al programma legislativo: nell'anno 1971 il Consiglio regionale ha emanato alcune importanti leggi sociali e, come posso apprendere dal progetto, la Giunta regionale intende realizzare anche quest'anno alcune simili iniziative. Se ho ben compreso i capitoli del bilancio dal 1830 al 1832 sono stati aumentati a favore delle leggi del 1958 n. 21, del 1959 n. 14 e del 1963 n. 36. Il competente assessore regionale sa quale problema mi accingo ad affrontare, egli infatti conosce quanto ho richiesto in un'interrogazione, cioè di unire e di riformulare queste leggi regionali e renderle quindi uguali per tutte e tre le Casse mutue, vale a dire dei coltivatori diretti, degli artigiani e dei commercianti. Signori colleghi, noto appunto che al capitolo 1831 sono stati aggiunti 14 milioni a favore della cassa degli artigiani, al capitolo 1832, che riguarda quella dei commercianti, 11 milioni di lire e fino qui sono naturalmente d'accordo, ma devo fare presente che l'iniziativa della Regione diverrebbe incredibile e contraddittoria, qualora l'assegnazione prevista finora al capitolo 1830, riguardante la legge regionale dell'anno 1958 n. 21, dovesse rimanere sui 60 milioni. Signori consiglieri, da un'analisi risulta infatti che finora per ogni artigiano assicurato è stato versato un contributo di 456, per ogni commerciante 419 lire e per ogni coltivatore diretto, che fa parte della categoria economicamente più debole, 375 lire. Ritengo pertanto opportuno la unificazione di tutti e tre i provvedimenti per portare, come credo giusto, i rispettivi contributi a 1.000 lire pro capite.

Qualora mi si volesse obiettare qualche cosa in merito al finanziamento, premetto subito che nel mese di novembre abbiamo approvato la legge regionale n. 42, che prevede il cosiddetto sussidio di maternità di 80.000

lire a favore della categoria dei coltivatori diretti. Il primo giugno c.a. entrerà in vigore la legge nazionale del 30 dicembre 1971 n. 1204, che provvederà appunto questi sussidi a favore della menzionata categoria, nonché di quella degli artigiani e commercianti, per cui dalla legge regionale si renderanno disponibili almeno 30.000 lire. Credo che l'impiego di detti mezzi nel settore sociale sia giustificato, per cui ci sarebbe la possibilità di creare per tutte e tre le categorie le stesse condizioni. A tal proposito desidero ottenere dal signor assessore una chiara risposta, per conoscere il pensiero della Giunta regionale.

Per quanto riguarda l'assessorato all'agricoltura, vorrei limitare il mio intervento a tre domande: desidero innanzitutto conoscere il preciso elenco dei contributi erogati a favore della Regione a sensi della legge 25 maggio 1970 n. 364, dal cosiddetto fondo di solidarietà, nonché le estimazioni dei danni ed infine la ripartizione dei mezzi finanziari operata dalla Regione a favore delle due Province. Siccome questo bilancio deve essere approvato entro breve tempo, non è stato possibile avanzare prima tale richiesta. Mi interesserebbe inoltre sapere, se a sensi della legge 4 agosto 1971 n. 592, che prevede, se non erro, uno stanziamento sul piano nazionale di 14,5 miliardi di lire per opere di bonifica, siano previsti dei contributi a favore della Regione Trentino - Alto Adige, ed in caso affermativo l'ammontare dei medesimi; a tal proposito desidero pure chiedere all'assessore competente se sia in grado di fornirci delle delucidazioni in merito. Infine vorrei essere erudito sullo ammontare dei contributi e sulle domande presentate, tendenti ad ottenere i benefici di cui alla legge 26 maggio 1965 n. 590, nonché il numero delle istanze ancora inevase.

Mi si permetta di prendere ancora posi-

zione in merito ad un settore economico, vale a dire alla Cassa rurale centrale, menzionata nella relazione. Faccio presente che lo scorso anno il Consiglio regionale aveva approvato una mozione, grazie alla quale la Provincia di Trento otterrebbe gratuitamente suddetta Cassa centrale, concessaci dal pacchetto, e su ciò possiamo pure concordare, ma comunque le cose stanno andando alla lunga. Non so se corrisponde a verità, quanto affermano malelingue e cioè che a Bolzano non si potrà istituire la Cassa centrale in parola, prima che non venga creata pure a Trento. Ritengo pertanto opportuno una chiarificazione davanti a questo consesso legislativo, poiché per una minoranza etnica è essenziale istituire un istituto bancario locale, la qual cosa significherebbe fra l'altro una riparazione all'ingiustizia sofferta durante il periodo fascista. Qualora non venisse data, o meglio non si potesse dare a tal proposito una concreta assicurazione, desidererei appellarmi alla Giunta regionale, invitandola di voler intervenire presso gli organi centrali di Roma, al fine di sollecitare l'istituzione di detto Istituto nella nostra Provincia, onde poter colmare una lacuna nel settore economico, in quanto per l'Alto Adige la menzionata mancanza ha avuto senz'altro effetti negativi, ma in futuro l'iniziativa di cui sopra dovrà adempiere ad una importante funzione.

Mi riservo infine di intervenire ulteriormente nel corso della discussione articolata e concludo per osservare gli accordi presi circa la breve durata degli interventi).

PRESIDENTE: La seduta è sospesa. Riprenderà alle ore 15. Prego i signori consiglieri di essere puntuali.

(Ore 12,40).

Ore 15.13

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Ha la parola il cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Un attimo di pazienza, signor Presidente, perché non pensavo che mi prendesse così di brutto, appena entrato. Penso che sarò brevissimo, non soltanto per mantenere l'impegno che abbiamo preso fra capigruppo di favorire con una moderazione nei tempi degli interventi la conclusione in giornata della discussione del bilancio, ma perché mi pare che, e pare al mio gruppo, che ha visto insieme, ha considerato insieme le considerazioni del Presidente della Giunta, pare di poter dare un giudizio globale, motivato più che su di una analisi articolata e minuziosa della sua relazione, sullo spirito informatore della relazione stessa. Dico innanzi tutto che concordiamo con alcune valutazioni fatte dal Presidente Grigolli sulla possibilità per la Regione di avere una sua giustificazione politica-sociale di promozione, anche dopo l'entrata in vigore dello Statuto, per cui se questo bilancio, come è stato definito, non ricordo esattamente la espressione che era del resto molto significativa, se è un bilancio di trasferimento, bilancio di «demenagement», come dicono i francesi, cambio di casa, spostamento di mobili, spostamento di suppellettili, è tuttavia una tappa, dopo la quale la Regione può incominciare una diversa vita, che ha piena giustificazione per essere continuata, sia pure nelle più limitate dimensioni dei suoi poteri legislativi e amministrativi. Basti pensare ad alcuni campi nei quali penso che non si farà mai abbastanza, non si raggiungerà mai, non dico la perfezione, ma neanche la sufficienza. Basti pensare alle competenze rimaste in materia previdenziale, sia

pure competenze di carattere secondario e integrativo, basti pensare alle competenze in materia di ordinamento sanitario, basti pensare a quella mitologica ormai unità sanitaria locale, di cui da anni in Italia si parla, e che volendo potremmo essere ancora noi i primi a costituire a sperimentare, tenendo conto che una sua giustificazione la Regione continua ad averla, purché appunto assuma, con dovuto spirito, con il dovuto slancio l'impegno di realizzare queste competenze residue, ma non del tutto trascurabili. Senza approfondire il discorso, vorrei accennare anche alle competenze in materia di contributi di miglioria specifica, che è una di quelle cose che sono sempre rimaste lì nel nostro Statuto, forse anche con una spiegazione di carattere quanto meno psicologico attendibile. Nella patria delle 12 o 13 mila disposizioni legislative e regolamentari in materia fiscale, tante erano secondo un mio ricordo di letture di una prefazione di un codice fiscale, di non molti anni fa, era scoraggiante pensare di imporre una nuova imposta. Forse adesso, riforma tributaria aiutando e riduzione delle competenze regionali aiutando, potremmo pensare alla giustizia e alla giustizia implicita nel principio di questa imposizione che vedrebbe finalmente il cittadino beneficiato dall'intervento del denaro pubblico nell'obbligo di restituire alla collettività una parte proporzionale dei benefici che ha avuto. Dico bastano queste cose per accettare e per condividere il discorso sulla, non vorrei dire residua, ma mi si passi l'espressione che non è negativa, sulla residua possibilità operativa politica e amministrativa e creativa direi anche della Regione. Detto questo, per dire onestamente che alcune cose e alcune valutazioni contenute nelle 30 cartelle della relazione del Presidente le condividiamo; alcune le condividiamo come scontate, direi

come è ovvio, senza offesa, così, difficilmente sarebbero, potrebbero essere oggetto di valutazione, di critica: il discorso sull'Europa, il discorso sull'integrazione europea, il discorso sulla nostra collocazione e regionale e nazionale nel contesto dell'Europa attuale, dell'Europa futura, dico sono cose scontate, non per sottovalutarle, ma per dire che non abbiamo difficoltà a consentire con alcune di queste analisi e di queste valutazioni. Detto questo, però arrivo alla valutazione che può essere, appunto come dicevo prima, riassuntiva, valutazione negativa da parte nostra, dello spirito informatore, più che altro, del tono, della ispirazione soprattutto di questa relazione, che non ci trova assolutamente concordi. Già l'anno scorso avevamo avuto modo di notare un per noi non accettabile allineamento della posizione del Presidente della Giunta su posizioni politiche e su analisi della situazione politica che ripetono posizioni che noi non condividiamo, posizioni quanto meno moderate. Quelle che oggi noi chiamiamo neocentrismo e che i portatori delle medesime chiamano di centralità. Posizioni che riteniamo evidentemente e decisamente superate, e sulle quali noi non possiamo assolutamente trovarci d'accordo. Direi che, così, senza attribuire eccessiva importanza a quelle che sono delle prove esterne, che possono anche non essere accettate dall'autore della relazione, ma direi che non è senza significato la calda, entusiastica approvazione su determinati giudizi e su determinati atteggiamenti, espressa questa mattina dal capogruppo del P.L.I. Senza buttare le cose in soldoni e dire « dimmi con chi vai e ti dirò chi sei » e assumere questo vecchio proverbio come un parametro di verità politica, certo un determinato significato anche queste cose ce l'hanno. Può darsi anche che Agostini abbia interpretato male le opinioni

del Presidente della Giunta, ma io devo ritenere che Agostini qui esprimesse il parere non solo personale, che può essere anche erroneo, come tutti noi possiamo sbagliare, ma che abbia interpretato un po' la posizione del suo partito. Ecco già un sintomo di carattere indiretto che può dare un'idea di questo indirizzo preso dalla relazione del Presidente. Ma non voglio insistere molto su questo. Vorrei rilevare un altro fatto, è sparito mi pare per la prima volta — io non sono un attento registratore dei testi, direi che vado a orecchio, se mi sbaglio son pronto a farmi rintuzzare e correggere — ma direi che è sparito per la prima volta dai discorsi ufficiali e impegnativi di esponenti regionali della D.C. qualsiasi accenno che era, così, non dico di moda, ma era ritenuto penso sinceramente necessario, di auspicio per il ritrovamento di convergenze di centro-sinistra. Ora qui non voglio essere frainteso, qui veramente desidero che le cose siano messe in chiaro. Non è che noi vogliamo assumere il ruolo della mondana, corteggiata che dice di no, o della donna corteggiata che dice di no. Ce l'avete detto alcune volte; abbiamo detto di no noi per ragioni nostre, per carità, ripeto ci tengo molto a fare un discorso a questo proposito, che non lasci spazio a repliche o a malintesi. Non è che noi ce lo aspettassimo perché volevamo o vogliamo che di anno in anno gli esponenti democristiani ci ripetano la loro nostalgia, il loro auspicio per un ritorno alla collaborazione di centro-sinistra, così per poter dire di no e farci belli del nostro no. Pensiamo che sul piano personale, cioè se queste cose dovessero essere trattate con le suscettibilità che hanno le persone singole, sul piano dei rapporti personali, sarebbe più che mai giustificato questo silenzio, perché dopo alcune insistenze, o di richiamo a questa passata colla-

borazione o di auspicio per il suo ritorno e dopo due o tre insistenti nostre risposte negative, ripeto, sul piano dei rapporti personali sarebbe più che giusto dire: non ne parliamo più. Sul piano politico, viceversa, questi pudori o queste cose non ci dovrebbero essere e quindi è evidente che ha un significato il silenzio assoluto, il dire che si considera superata questa fase e noi ne prendiamo atto, non è che noi recriminiamo o ci sentiamo diminuiti o offesi per non essere stati ulteriormente sollecitati. Diciamo che prendiamo atto come di un diverso atteggiamento assunto oggi dalla D.C. per lo meno attraverso il documento che il Presidente della Giunta ci ha letto. Così come dati di carattere indicativo piuttosto significativi e come ripeto voglio limitarmi ad alcune di queste cose essenziali per giustificare, se riuscirò a giustificarlo con sufficiente chiarezza, il nostro atteggiamento e il nostro giudizio. Mi rifaccio all'intervento di questa mattina del collega Gouthier, e ad alcune analisi e giudizi che lui ha dato della posizione assunta dalla Giunta attraverso la relazione del Presidente, per dire che ci ha preceduti e che in alcuni giudizi non possiamo essere perfettamente d'accordo. Ho già detto globalmente ci pare che questa Giunta . . . questa relazione del Presidente della Giunta, nelle parti più vitali, nelle parti politicamente più significative e impegnative, sia uno dei testi che potrebbero diventare testi classici, esemplificativi di una posizione che correttamente penso possa essere definita moderata. Una posizione di destra o al massimo di centro-destra della D.C. Difatti c'è un'insistenza veramente ossessiva, direi, o rasenta il tono ossessivo su alcuni temi che sono cari, che sono specifici di tutto l'arco moderato dello schieramento politico italiano, non da oggi ma accentuatamente lo caratterizza in questo periodo elet-

torale. Basti pensare al discorso sulla conflittualità, basti pensare al discorso sulle inquietudini, basti pensare al discorso sul tempo perso, perduto, sul quale io intendo più avanti ritornare, basti pensare alla coincidenza o al parallelismo che non credo sia casuale, fra le indicazioni della leggera, modesta, moderata, timida ripresa economica e il periodo in cui è cessato praticamente il centro-sinistra e cioè tutte le cose, secondo non dichiarazioni esplicite, ma secondo una collocazione piuttosto logica e significativa delle espressioni del Presidente della Giunta, tutte le cose hanno incominciato a non andare più tanto male, proprio nel momento in cui non c'è più stato il governo di centro-sinistra, dal momento in cui c'è stato il monocoloro, dal momento in cui è nato o è rinato il dialogo, sia pure ancora un po' a distanza, fra la D.C. o buona parte di essa, parte responsabilissima del resto, e il partito liberale. Queste coincidenze si trovano, se non ad ogni pagina, ad ogni capitolo, in cui è divisa la relazione del Presidente. Su tutto questo spirito che non vorrei lasciare così nel vago, per non lasciar l'impressione che noi, così, ce la caviamo con una motivazione generica. Questo spirito che non possiamo condividere, che non possiamo accettare, che secondo noi è un modo di interpretare la realtà unilaterale è sbagliato. Per esempio: il discorso sulla conflittualità permanente che torna e che è esposto ed espresso dal Presidente Grigolli con quella delicatezza e con quella precisione, con quella esemplare espressività di termini, che gli è peculiare, sembra diventato un dogma; per lui è sicuramente uno dei cardini della tematica politica, per lui invece è ancora del tutto indiscutibile, soprattutto non solo nella sua esistenza, se è vero che ci sia o non ci sia una conflittualità permanente, nelle sue conseguenze — di questo

ha già parlato Gouthier, io ho voluto solo sottolineare — che gli scioperi sono nati (e Gouthier l'ha detto ma non l'ha esplicitato come vorrei esplicitarlo io), gli scioperi sono nati perché aziende andavano male, non aziende sono andate male perché ci sono stati gli scioperi, o sono andate in malora per gli scioperi; gli scioperi sono nati da difficoltà aziendali, che non dico che siano state tutte curate con lo sciopero, intendiamoci, ma da questo al rovesciare tutta la responsabilità di una congiuntura economica sfavorevole sulla conflittualità, ci corre veramente una distanza spaziale. Ma in secondo luogo io dico questo: con la abitudine che ci stiamo facendo a buttare gli occhi fuori di casa, a guardare al di là della nostra provincia e della nostra nazione, a vedere cosa fanno gli altri in questo contesto di discorsi sull'Europa e sull'europeismo, non ci viene mai la buona ispirazione di vedere cosa succede negli altri paesi, allora a me qualche volta questa ispirazione mi è venuta, e non credo di essere più acuto o più intelligente di altri, basta avere un po' di buona volontà. E allora io dico sempre: esatto, guarda, tu me lo suggerisci, me l'hai scritto qui. Il compagno Nicolodi è esatto anche nei particolari... Era di questo che volevo parlare: l'Inghilterra. In un comizio posso richiamare la storia dell'Inghilterra, nel Consiglio regionale non voglio offendere nessuno, richiamare la storia dell'Inghilterra e definire il grado di democrazia che caratterizza l'Inghilterra. Però qui devo richiamare quello che nessuno si sogna di portare ad esempio o a confronto, lo sciopero dei minatori dell'Inghilterra. Ma c'è stato qualche cosa in Italia, il paese sull'orlo della crisi, il paese della conflittualità permanente rivoluzionaria, il paese del caos, il paese che è col piede nella fossa, secondo certa pubblicistica, soprattutto di destra e di centro-destra;

c'è mai stato qualcosa che assomigliasse lontanamente allo sciopero dei minatori di alcuni mesi fa in Inghilterra? Dico: qui veniamo a discutere. Portatemi fuori qualche cosa che gli assomigli. Perché in Italia l'energia elettrica si produce con le acque, prevalentemente. E ci sono gli elettricisti. Il corrispettivo per l'Inghilterra più altre cose sono i minatori; il corrispettivo per quel che riguarda questa produzione essenziale che è l'energia elettrica. E qui abbiamo letto, visto in televisione, sentito alla radio, tutti quanti, le conseguenze inimmaginabili in Italia dello sciopero dei minatori inglesi. Fabbriche chiuse, negozi chiusi, tram fermi, ferrovie ferme, uffici chiusi, gente gelata dal freddo, perché è venuto in pieno inverno . . .

CONSIGLIERE: Candele . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Candele! Si andava a candele! Nella modernissima e civilissima Inghilterra. Ma ve lo immaginate certi nostri difensori della produttività e della libertà che dovessero accendere il moccolo la sera al posto della lampadina in Italia! Ma vi immaginate cosa verrebbe giù, contro i comunisti, contro questi operai che non sanno più cosa volere, contro il caos, contro l'anarchia, contro gli extra parlamentari. E in Inghilterra? Ma avranno brontolato. Suppongo che da un lord o dal baronetto fino alla massaia abbiano bestemmiato in inglese come noi avremmo bestemmiato in italiano. Però l'Inghilterra non è andata in malora, però non c'è stato nessuno in Inghilterra, neanche il governo conservatore che abbia detto: qui bisogna porre freno e mano alle libertà o alle licenze sindacali; in un paese di effettiva democrazia si tollerano questi che possono essere considerati

anche eccessi della lotta sindacale, perché fanno parte della regola democratica. E oggi . . .

(Interruzione)

RAFFAELLI (P.S.I.): Voi non dite niente di diverso sull'Inghilterra, perché succede in casa d'altri, ma quando in Italia succedesse qualche cosa che vi assomiglia, mettereste la museruola . . .

(Interruzioni varie)

RAFFAELLI (P.S.I.): Eh, ma insomma, tutti i discorsi . . .

CRESPI (P.L.I.): C'è una differenza fra uno sciopero politico e uno sciopero economico . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Ah, perché gli scioperi in Italia sono politici?

CRESPI (P.L.I.): Una gran parte sicuramente . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Dal 1948, attentato a Togliatti, ti sfido a trovare uno sciopero che possa decentemente essere definito sciopero politico. Lasciamo perdere. Perché se vuoi dare tu la classifica di « politici », è perché ti fa comodo, e oggi abbiamo i ferrovieri. Io li ho visti in televisione, dalla televisione italiana, che non è un veicolo di propaganda comunista, almeno per me, per alcuni è l'eversione tradotta in video, ma direi che c'è un tantino di esagerazione. È mezzo di comunica-

zione di cui si servono prevalentemente le forze cosiddette democratiche. Eppure abbiamo visto . . .

AGOSTINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Certo!

AGOSTINI (P.L.I.): . . . che ci son dentro in gran numero!

RAFFAELLI (P.S.I.): Ti ringrazio sempre per le integrazioni utili che tu fai ai miei lacunosi discorsi. Il giorno però in cui non me li farai più questi discorsi . . .

AGOSTINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Ah, guarda, mai come quando ti ringrazio di queste cose. Puoi star sicuro.

Ora, dicevo, abbiamo visto le file di treni, le stazioni desolate, cose che succedono, ma che non assomigliano, perché son molto più duri dei nostri. Non parliamo degli scioperi in America, perché lì potrei anche dire c'è una componente del tipo di sindacato e del tipo di lotta sindacale che forse noi non aspiriamo ad avere. Comunque chi si sente di definire l'America un Paese non democratico, venga a dircelo che possiamo anche essere d'accordo. Fino adesso non siamo noi a proporre l'America come esempio. Ora dico, quando di fronte a considerazioni esemplificative come queste e come cento altre che si potrebbero fare, ci si viene a ripetere come dogma il discorso sulla

conflittualità e sui danni della medesima, sulle responsabilità della medesima nel determinare la situazione di crisi o di recessione nel nostro Paese, noi diciamo: non siamo d'accordo, non siamo d'accordo globalmente perché si parte da un punto di analisi e di considerazione della politica della società e delle forze che lavorano nella società, che noi assolutamente non condividiamo. Il tempo perduto di cui parla il Presidente: può darsi che ci dia chiarimenti che correggono l'interpretazione che io ritengo di dare a questo contesto in cui è inserita questa espressione, ma in mancanza di chiarimenti di questo tipo, io devo dire che io — non mi voglio definire materialista, ma di formazione marxista — mi scandalizza di sentire da uno di formazione e di professione cattolica, perché è veramente una valutazione di un materialismo piatto e gretto. Ore di lavoro perduto, tempo perduto per la produzione. E se fosse guadagnato per la conquista, per esempio, di altri valori, signor Presidente, come noi riteniamo, se questo tempo perduto per la produttività, per la produzione di beni e per l'incremento del reddito di un mezzo per cento, di un 1% del reddito e per l'incremento dei consumi sui quali non è che siamo tutti d'accordo che siano sempre un bene e solo un bene e indefinitamente un bene, perché anche su questo lei sa che il discorso è aperto, se, dicevo, questo tempo perduto, fosse perduto a quei fini e fosse guadagnato per l'affermazione di valori di carattere spirituale, quali sono la presa di coscienza, la presa di potere, la presa di forza, la presa di peso da parte delle classi lavoratrici, non vorrebbe essere dalla nostra parte e considerare guadagnato quel tempo, anziché perduto? Ecco un tema sul quale sicuramente divergiamo, se il significato delle sue parole è quello che noi riteniamo. Ed ecco un tema sul quale, comun-

que, siamo disposti al confronto, certi di avere delle valutazioni, discutibili come sempre, ma non certo da sottovalutare. Perché in questo caso le considereremo più ideali e più permeate di un certo spiritualismo rispetto alle sue, che sembrano permeate soltanto di una forma, direi proprio così, di materialismo e di utilitarismo, senza aggettivi. Questo il discorso sul suo discorso. Questa la valutazione sullo spirito che ci pare aver informato l'anno scorso e anche quest'anno i suoi apprezzamenti sulla situazione nazionale e sulla situazione locale. Questo il tono che noi non apprezziamo positivamente, anzi apprezziamo negativamente, che ci fa dire: con un'impostazione di questo genere, noi non andiamo d'accordo. Nei particolari del suo intervento, che per altri aspetti presenta spunti di interesse, elementi di discussione notevoli, non mi fermo, perché intendo mantenere l'impegno, l'ho già superato, come sempre, del resto — son sempre lungo, soprattutto in queste cose qui: e ne chiedo scusa —. Ma su un particolare sì mi vorrei fermare per un momento. Qui il tema d'obbligo: la cooperazione. Direi tema d'obbligo, perché non manca mai nei documenti, che vengono dalla sua parte. Ebbene, io dico: quanto sarebbe bello trovarsi d'accordo. Continuiamo a parlare anche noi di cooperazione nel nostro partito, nel nostro ambito, in modo particolare al di fuori di questa nostra regione, la cooperazione è uno dei temi prediletti, preferite più sentiti della attività e della battaglia politica ideale e concreta del nostro partito. Perché riteniamo che in forme diverse da quelle di ieri, in forme più evolute, in forme più avanzate, la cooperazione sia ancora uno dei validi strumenti per l'emancipazione di chi è singolarmente troppo debole, di fronte ai problemi della società, di fronte alle pressioni delle altre classi. E quindi che lei prometta la

conferenza sulla cooperazione come uno dei punti di incontro, di studio per il miglioramento, è una cosa di cui prendiamo volentieri atto, ma le diciamo un'altra cosa, perché tacerla sarebbe ipocrita e ci farebbe venir meno alle nostre responsabilità. Finché la cooperazione sarà concepita dal movimento cattolico, dal partito democristiano trentino, in forma strumentale, come veicolo di penetrazione politica e come collateralismo strumentale, che per esempio le Acli hanno abbandonato, allora un discorso di partecipazione nostra non lo avrete. E non è un'affermazione gratuita la mia, se è vero come è vero che nel campo della cooperazione avete sempre messo il filo spinato, col pretesto o col motivo, che era merito vostro o del nostro movimento politico, quanto meno merito precipuo di averla fatta nascere e sviluppata, nè se è vero come è vero — e questa è la cosa grave — che anche oggi, aprile 1972 corrente, ogni cooperativa di consumo di tutti i comuni del Trentino, ha il suo obiettivo da raggiungere, materializzato in tanti voti di preferenza per l'on. Monti o per il sen. Spagnolli. Cose difficilmente smentibili, perché, insomma, occhi e orecchi ne abbiamo anche noi e i soci delle cooperative, dei paesi, che non abbiano la tessera democristiana ci sono, perché quell'obbligo della tessera del partito non l'avete ancora istituito. Alle cooperative sono stati assegnati obiettivi precisi. Certo che non ho la lettera, il documento, ma come qualcuno può credere a voi che vi affannate a smentire, qualcuno dovrà pur credere che se mi assumo la responsabilità di dire queste cose, è perché le so in maniera precisa. E allora le conferenze non servono a niente. E quindi ecco un altro punto che, nobile nelle intenzioni, condivisibile nelle intenzioni, perde ogni suo valore, quando nella realtà poi questa cooperazione che dovrebbe essere uno

strumento di elevazione per i contadini, diventa strumento del partito per far votare contadini e artigiani in una certa maniera. E con queste le mie valutazioni son finite, e le implicazioni di questo discorso dovrebbero essere abbastanza esplicite. Vorrei, riferendomi all'intervento del cons. Benedikter, dire una cosa sola, anche se non è che lui mi abbia chiamato esplicitamente in causa. Riferendo stamattina sulle vicende dell'art. 10, l'ex art. 10, a proposito del quale io do atto ben volentieri e pubblicamente al collega Benedikter che egli è stato uno dei più validi e dei più fortunati, nella sua insistenza e nella sua intransigenza, promotori, dei sostenitori, a proposito comunque di questo articolo e delle sue vicende, io sento il dovere di fare una precisazione: si riferiva alla commissione consultativa operante nell'anno 1965 o 1966, anni durante i quali io ero assessore incaricato della materia. A un certo momento ho detto: una commissione consultiva dei tecnici e Dio ci liberi dall'aver ancora dei consultori tecnici di quel tipo. Io credo che sia ingeneroso lasciar passare questo apprezzamento senza una precisazione; i tecnici, che io non ho scelto, non ho incaricato — questo per la storia o per la cronaca, — ma che ho trovato incaricati dalla Giunta precedente erano e sono, perché sono vivi, due ingegneri del gruppo etnico tedesco, devo supporre indicati o comunque in possesso del gradimento del gruppo che in regione rappresentava, sia pure dall'opposizione il gruppo di lingua tedesca, e un ingegnere di lingua italiana della provincia di Trento. Incaricati di un parere che se non dico una cosa inesatta può essere definito « pro veritate », un parere disinteressato, un parere tecnico, uno studio per vedere in che cosa si poteva tradurre alla luce degli elementi economici e tecnici disponibili, in quante lire si

poteva tradurre il diritto indicato in Kwh e in Kw di potenza. Questi tecnici io devo dire, ho avuto la netta convinzione che avessero preso il loro compito con la massima serietà e col massimo zelo per fare l'interesse della Regione, che aveva dato loro questo incarico. Questi tecnici che sono arrivati alle conclusioni, poi superati in sede di revisione dello Statuto e largamente superate, non sono arrivati a quella cifra perché erano dei tecnici che non valevano e perché erano dei tecnici legati all'ENEL o alle società idroelettriche, ma perché con i dati in loro possesso sono arrivati a quelle conclusioni. Conclusioni che, devo ricordare, da parte dei tecnici dell'ENEL, furono esse stesse, per quanto modeste o giudicate modeste, contestate in pieno, tanto è vero che non se ne fece niente. Non ha ricordato, mi scusi l'assessore Benedikter, se vuole essere completo, se voleva essere completo, doveva ricordare che la cifra per Kw che ora è stata concordata in sede di revisione dello Statuto, è da considerarsi sotto un profilo tecnico fino a un certo punto e sotto un profilo politico per una buona parte, e quella commissione dei tecnici il profilo politico evidentemente non era abilitata a prospettarlo. In secondo luogo ho dimenticato un dato: che la cifra di oggi è comprensiva dei 10 centesimi per Kwh prodotto, che vengono aboliti come tali e vengono . . . conglobati . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Come no? E dove sono? C'è ancora la legge dei 10 centesimi, Io vedo dal bilancio vengono a mancare 600 e rotti milioni per cessazione di quella imposta.

BENEDIKTER (S.V.P.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Be', va be', me la spiegherò dopo. Cosa vuole che le dica! A me risulta . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): *(Interrompe)*.

RAFFAELLI (P.S.I.): C'è ancora l'imposta sui 10 centesimi? C'è ancora?

BENEDIKTER (S.V.P.): Se avesse ascoltato, avrebbe capito!

RAFFAELLI (P.S.I.): Io ho ascoltato! Abbia pazienza! Può anche darsi, guardi una delle due: io ascolto e capisco male; lei parla e si spiega poco bene. Poi c'è di mezzo sempre la vittima del traduttore, al quale qualche volta scappa qualcosa di quello che dice lei, perché si sente in dovere di dire: se ho capito bene, quando traduce il suo chiaro linguaggio. Comunque avrà tempo di spiegarmi dopo. No, ma guardi che non ho da polemizzare con lei. È per un doveroso riconoscimento della onestà dell'ing. Beikircher, dell'ing. Ferstl e dell'ing. Dolzani, tanto per non fare nomi, che, incaricati dalla Regione, ripeto, non da me, di fare quello studio, hanno fatto le cose, a mio giudizio, assolutamente secondo coscienza, il che poteva non risultare dal contesto del suo discorso, che esplicitamente ha detto: ci salvi Iddio da consulenti di questo genere. Siccome poi, ripeto, io ero assessore in quel periodo, e non ho dato incarico a quei signori di tenere le cifre basse per far piacere all'ENEL, mi permetterà che queste cose, non avendolo fatto nessuno della Giunta attuale, lo faccio io, come assessore che allora aveva questo settore. Dopo di che, sulla faccenda della

valutazione dell'indennità di oggi rispetto a quella di ieri, ciascuno di noi è libero di precisare e di giudicare come ritiene.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter, per fatto personale.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ja nur, um eigentlich zu wiederholen, was ich gesagt habe, denn ich habe ausdrücklich erklärt: In diesem Betrag ist nicht die Regionalsteuer, die 10-Centésimi-Steuer enthalten. Warum? Weil sie durch das Wiederaufleben der Abgabe an die Anrainergemeinden kompensiert ist, die in der Region ungefähr gleich viel ausmacht wie die 10-Centésimi-Steuer. Und ich kann als Mitglied des Neuner-Komitees bestätigen, wie uns vorgehalten wurde, daß die 10-Centésimi-Steuer nicht dazugeschlagen werden kann, weil wir eben gleichzeitig die Abschaffung des zweiten Absatzes des Artikels 63 und damit das Wiederaufleben dieser Anrainerabgabe verlangt haben. Eines wundert mich — diesen Satz noch, nicht wahr —: Wenn die Region damals dieses Gutachten angenommen hätte, dann hätte sie um die Hälfte abgeschlossen, ja um weniger als die Hälfte dessen, was dann im neuen Artikel 10 herausgekommen ist.

(Ho chiesto la parola per ripetere quanto già precedentemente detto e cioè che in questo importo non è inclusa l'imposta regionale, vale a dire l'imposta dei 10 centesimi. Ripristinando infatti il sovracanone a favore dei comuni rivieraschi si opera una compensazione, poiché nell'ambito regionale il precitato sovracanone corrisponde più o meno all'imposta dei 10 centesimi in parola. Quale membro del comitato dei nove posso confermare quan-

to ci è stato fatto presente in tale sede e cioè, come non sia possibile includervi pure predetta imposta, in quanto con l'abrogazione del secondo comma dell'articolo 63 abbiamo richiesto il ripristino del menzionato sovracanone. Questa frase mi lascia del resto un po' perplessa, poiché, qualora la Regione avesse accettato a suo tempo questo documento, avrebbe concluso le trattative in misura minore del 50%, rispetto a quanto previsto dal vigente articolo 10).

PRESIDENTE: La parola al cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, abbiamo visto che quest'anno il bilancio di previsione dell'ente regionale è ridotto e piuttosto striminzito, non dico ridotto ai minimi termini, ma è striminzito per quanto riguarda le potestà rimaste naturalmente alla Regione e non i fondi che poi vengono girati alle Province. Rimane la sanità, rimangono i Libri fondiari, i Vigili del fuoco, il controllo sugli enti locali, i segretari comunali, come si legge anche nella sua relazione, e quindi dico che il discorso più importante si farà evidentemente con le Province in sede provinciale, le quali entrano adesso a sostituire in gran parte la Regione. Però è altrettanto evidente che non si può squalificare un bilancio regionale, se pur ridotto restrittivamente e non intervenire su questo punto. Io ho sentito la sua relazione, non l'ho letta, ma l'ho seguita attentamente, quando lei la leggeva, dico in verità che, come relazione, salvo qualche appunto che è stato fatto da parte anche di altri miei colleghi, che io condivido in pieno, in via di massima è una relazione diplomatica, è un discorso così, che non entra nei parti-

colari e che quindi in blocco si può anche accettare. Però se noi guardiamo al passato, al passato anteriore e al passato prossimo, dobbiamo guardarci in giro piuttosto sconfortati, in quanto che la Regione ha cessato di poter intervenire in molti campi e molti problemi son rimasti purtroppo ancora aperti. Problemi che io mi auguro verranno risolti dalle Province, che si sono sostituite appunto alla Regione, problemi però che forse noi avremmo potuto risolvere prima, problemi importanti, quali quello dell'agricoltura, quali quello dell'industria, della scuola, della difesa dell'ambiente naturale, ecc. Si è rimandato il discorso sui trasporti, sulla riforma ospedaliera, sono stati rinviati infiniti campi di intervento, e si son fatte molte leggi, io non discuto, sull'attività che è stata fatta dalla Giunta regionale e dal Consiglio, si son fatte molte leggi, le quali però, escluse alcune di grosse e di importanti, sono delle leggi tampone, delle leggi che servono a tirare avanti una situazione e non a risolverla completamente. Io vorrei soffermarmi e parlare della crisi dell'agricoltura, della mancanza di direttive precise che in questo campo non ci sono state; abbiamo visto ammazzare delle vacche, abbiamo visto dare dei contributi per acquistare delle vacche, abbiamo visto dei contadini che vengono tenuti in piedi con dei puntelli e servono fino a che un soffio di vento un po' più forte non fa cedere i puntelli e anche i contadini, abbiamo visto la crisi nella nostra regione dell'industria, una crisi che io ritengo sia data anche dalla — e risalgo a diversi anni fa — così, all'approssimazione con la quale si è studiato il problema, l'approssimazione con la quale si è pensato di industrializzare questa nostra regione, senza fare un discorso serio a monte dei problemi che riguardavano quale insediamento fare o meglio quali tipi di

insediamento fare. È un discorso, signor Presidente, che io ho fatto molte volte in questa sede, fin quasi alla nausea, e quindi mi si consenta di non soffermarmi anche per quell'economia di tempo che è stata richiesta e che pur nella libertà di ogni consigliere e di ogni gruppo, di parlare e di discutere fino a quando ne è stanco o ne è stufo, io invece mi sento di rispettare. Il discorso sulla difesa dell'ambiente naturale: oh Dio, si son fatte delle leggi, se ne è discusso, però l'ambiente naturale va ogni giorno sempre più deteriorandosi. Da qualche mio collega, non ricordo più da chi, stamattina è stato accennato al turismo come campo di interventi a sollievo di quello che può essere lo sfogo di una gran parte di operai, di lavoratori che, provenienti da altre zone, da altre regioni, vengono qua da noi per sollevarsi un po' il corpo e lo spirito, ed anche qua lei si ricorderà, signor Presidente, il discorso che è stato fatto, (purtroppo lei, per ragioni di altri impegni aveva dovuto abbandonare quel convegno prima del mio intervento), ma che si era fatto tempo fa sul tempo libero, a Pampeago. Io avevo detto allora che noi abbiamo a disposizione questo ambiente, abbiamo a disposizione queste nostre montagne, questa natura, in parte ancora per fortuna incontaminata; che però chiedevamo un rispetto anche a chi veniva qua per godere di quanto noi possiamo dare. Un rispetto che va in definitiva a vantaggio anche loro; un rispetto che viene dato da un minimo di buona educazione, quando si va in casa d'altri e ci si adegua a quanto in queste case si fa. Quindi io mi auguro che anche in futuro il discorso sull'ambiente possa proseguire, soprattutto possa venir concretizzato, non solo con dei convegni, non solo con delle riunioni, con degli slogans di sicuro effetto, ma venga effettivamente risolto da parte della Regione,

della Provincia, degli enti protezionistici, ecc., tutti assieme, in modo da non rovinare quel po' di buono che ancora abbiamo. Quindi questo è il passato, il passato che non mi conforta certamente a essere ottimista nei confronti del presente e del futuro, a meno che per il futuro non si intenda metter mano a una seria programmazione, una programmazione che veda impegnate, non solo le forze politiche, ma anche le rappresentative dei sindacati e le rappresentative industriali. Un programma che deve essere, in primo luogo una questione di scelte, e in secondo luogo una questione di un discorso sulle riforme, fatto però con una certa priorità e non parlando di riforme, demagogicamente, solo per poter poi dire: abbiám parlato delle riforme. Le riforme van bene, si devono fare, ma si devono fare evidentemente facendo prima i conti in tasca propria. Quindi un discorso di scelte nel campo dell'agricoltura, un discorso di scelte e di priorità nel campo del turismo e anche in altri campi. Io penso che in futuro la Regione, pur con quella parte di competenze che le rimangono, sia impegnata seriamente a una programmazione che sia di sollievo della nostra vita economica, della nostra vita sociale, della nostra vita umana e che finora, come toro a ripetere, non è stato completamente risolto. Lei saprà meglio di me che il MEC ha fatto un discorso abbastanza chiaro all'Italia e ha parlato di 2 milioni di nuovi posti di lavoro che dovranno essere approntati nel termine di 8 anni, avvertendo anche che non si doveva far più affidamento per lo meno molto affidamento sull'assorbimento della nostra manodopera da parte appunto degli stati, in cui finora la nostra manodopera esuberante veniva convogliata. È un discorso serio, che non impegna solamente lo Stato, che non impegna solamente l'Italia, ma impegna eviden-

temente anche per la propria parte la Regione e le Province. In questo passaggio fra una regolamentazione statutaria di un tipo e la regolamentazione statutaria di un altro tipo, cioè le norme contenute nel « Pacchetto », in questo momento è evidente che ci troviamo un po' disorientati per l'applicazione di determinate norme, per il passaggio di determinate competenze, ecc. ecc. Questo però non deve farci dimenticare la pressanza, l'urgenza che esiste nel dover risolvere i problemi che urgono e che sono problemi da tutti conosciuti e di natura, oltre che sociale ed economica, di natura soprattutto umana. Il « Pacchetto », il discorso sul « Pacchetto » noi l'abbiamo fatto a suo tempo; non eravamo molto d'accordo su determinate cose, per esempio, tanto per citarne una che è contenuta nella sua relazione, non siamo molto d'accordo sul problema dei segretari comunali, i quali da statali passano alle dipendenze dei comuni. Ma queste ormai sono norme stabilite, e quindi non c'è niente, evidentemente, da fare. Be', io direi che questo « Pacchetto » così com'è noi lo abbiamo accettato, facendo anche un atto di fiducia verso il gruppo etnico tedesco; speriamo che questa fiducia non venga meno e speriamo anche che la Regione possa recepire il meglio che di queste norme ci vien dato in mano, e possa operare in modo da far crescere la nostra comunità regionale e la prepari per un futuro migliore di quello che è stato fino adesso. Io termino, dicendo che i tempi sono, non solo maturi, ma ultramaturi ormai, e che ogni giorno, ogni ora che si perde, è messa in termine non solo di giorno e di ora, ma in termini molto più drammatici. Quindi diamoci da fare, in modo da poter in brevissimo tempo, risolvere quello che in tutti questi anni, con molto più tempo e molte più possibilità anche economiche, avevamo avuto

occasione di fare. Termino il mio intervento ed evidentemente, il senso di questo discorso verrà poi concretizzato da me nella dichiarazione di voto. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich werde meine Intervention relativ kurz ausfallen lassen. Ich werde keine großen politischen Themen anschneiden, über das Grundsätzliche hat bereits unser Fraktionsführer Dr. Benedikter gesprochen. Dr. Benedikter hat in seinen Ausführungen auch zum Feuerwehrwesen kurz Stellung bezogen. Ich fühle mich heute hier verpflichtet, auch ganz kurz dazu Stellung zu nehmen, um gewisse Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen. Es hat nämlich ein wenig Verblüffung hervorgerufen und es ist dies auch verständlich, als die Vertreter der Südtiroler Volkspartei in der Finanzkommission des Regionalrates mit einer bestimmten Begründung sich der Stimme enthalten haben, als man über die Bilanz selbst abgestimmt hat. Und die Begründung war die, daß man für das neue Feuerwehrgesetz nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen wollte. Ich will hier ganz sachlich, ohne Polemik selbstverständlich, den Werdegang dieses Gesetzes oder besser gesagt dieses Gesetzentwurfes aufzeigen. Wir sind davon ausgegangen, daß das bestehende Feuerwehrgesetz und auch die darin vorgesehene Finanzierung für die freiwilligen Feuerwehren schon viele Jahre zurückreicht; die Finanzierung reicht schon mehr als zehn Jahre zurück. Somit war es schon aus dieser Erwägung heraus eine unbedingte Notwendigkeit, die Mittel zu erhöhen. Wir wissen nämlich, daß

in den letzten Jahren herauf die Kosten für die Erstehung der notwendigen Ausrüstung sehr stark gestiegen sind. Wir wissen auch, daß den Feuerwehren neue Aufgaben auferlegt wurden in diesen Jahren herauf und wir wissen auch, daß aufgrund dieser neuen Aufgaben, die sie übernommen haben, mehr Spezialgeräte angeschafft werden müssen. All diese Erwägungen haben uns dazu bewogen, mehr Geldmittel für die freiwilligen Feuerwehren zu verlangen. Und wir haben hier einen konkreten Vorschlag gemacht, der grundsätzlich, möchte ich sagen, auch von der Organisation der freiwilligen Feuerwehren akzeptiert wurde — ich sage grundsätzlich —, obwohl sie eigentlich mehr verlangt hätten. Nun diese Kürzung, nennen wir sie so, oder diese nicht vorgesehene Finanzierung hätte es mit sich gebracht, das muß ich hier sagen, daß manche freiwilligen Feuerwehren in Zukunft weniger bekommen hätten, als jetzt. So können Sie sich vorstellen, daß sie in hellem Aufruhr waren, als sie so etwas erfahren mußten. Und es ist doch nicht denkbar, daß man eine solche Organisation, die bis heute ihren Einsatz, ihre Einsatzfreudigkeit, ihre Opferbereitschaft sicherlich zur Genüge unter Beweis gestellt hat, auf diese Art und Weise bestrafen kann. Man wird hier sagen — und es ist auch schon von so mancher Seite gesagt worden —: Wie ist es denn möglich, daß manche weniger bekommen, wenn man die Geldmittel geradezu um 80 oder um 90 Millionen jährlich erhöht? Es ist dies möglich, weil man das gesamte Finanzierungssystem in diesem neuen Gesetz ändert und zwar wird das System dahingehend geändert, daß man nicht mehr wie bisher den einzelnen freiwilligen Feuerwehren eine fixe Quote von 100.000 Lire jährlich zuweist und zusätzlich eine Kopfquote, sondern diese fixe Quote wird für jede Gemeinde in der Höhe

von 150.000 Lire bemessen. Das bringt unweigerlich mit sich, daß diese neue Finanzierung in der Provinz Trient sicher sehr gut geht und für jede Feuerwehr, nachdem in jeder Gemeinde durchaus nur eine Feuerwehr besteht, eine beträchtliche Erhöhung bringt; das bringt jedoch auch mit sich, daß in der Provinz Bozen, wo in den meisten Gemeinden mehrere Feuerwehren bestehen und in so manchen Gemeinden fünf, sechs oder sieben Feuerwehren bestehen — um vielleicht nur einige Gemeinden zu erwähnen: Bruneck, Brixen, Mals, Laas —, das bringt unweigerlich mit sich, daß man durch die Kürzung der fixen Quote, durch die Reduzierung der fixen Quote auch den Beitrag je Feuerwehr herabsetzt und durch die Erhöhung der Kopfquote pro Einwohner dieser ursprüngliche Betrag, den sie bisher erhalten haben, gar nicht mehr erreicht wird. Also für die Provinz Trient ginge dies ohne weiteres; man könnte es ohne weiteres auch vertreten und rechtfertigen, weil man ja eine Erhöhung in jeder Gemeinde und für jede Feuerwehr trotz Kürzung der Fixquote erreicht hätte; in der Provinz Bozen sieht die Situation anders aus. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch nicht vergessen darauf hinzuweisen, daß wir in der Provinz Bozen beinahe doppelt soviel Feuerwehren haben als in der Provinz Trient mit einem Mannschaftsstand von ungefähr 9.000 Wehrmännern in der Provinz Bozen gegen die 3.500 in der Provinz Trient. Und wenn wir hier eine Berechnung anstellen, sollte diese gesamte Finanzierung nun zur Verfügung gestellt werden, so entfallen je Feuerwehr in der Provinz Trient im Durchschnitt ungefähr 800.000 Lire; die Berechnung in der Provinz Bozen fällt magerer aus und zwar würden hier je Feuerwehr ungefähr 450.000 Lire entfallen. Also man sieht, daß, sagen wir, eine geringere Finanzierung in der

Provinz Bozen zustandekommt, wenn man hier nicht diese zusätzlichen Geldmittel zur Verfügung stellen würde. Und etwas wird selbstverständlich auch notwendig sein, daß man das System wenigstens dahingehend ein wenig ändert, daß keine der freiwilligen Feuerwehren auch nur einen Schaden erleiden kann. Das bedeutet: Wenn schon keine Erhöhung käme für bestimmte kleine Fraktionswehren, so soll auch eine Kürzung eintreten aufgrund der Verabschiedung dieses neuen Feuerwehrgesetzes. Und nun muß ich schon sagen, daß wir von der Südtiroler Volkspartei, von unserer Fraktion aus immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen haben und auch nachdem bereits dieses Gesetz oder dieser Gesetzentwurf dem Regionalrat vorgelegt worden war. Ein Beweis hierfür bildet wohl die Korrespondenz, die wir geführt haben mit dem Präsidenten des Regionalausschusses. Und zum Schluß, möchte ich sagen, waren wir hundertprozentig überzeugt, daß auch diese Finanzierung kommen würde und zwar, weil von Verhandlungen über die Aufteilung der zusätzlichen Mittel, die vom Staat an die Region und an die zwei Provinzen ergangen ist, weil man diesen Verhandlungen auch diese noch fehlende Summe zugrundegelegt hat, aber leider ist es dann nicht so gekommen. Und bitte, ich kann auch das Vorgehen des Regionalausschusses irgendwie verstehen, denn es sind viele Notwendigkeiten und es bedarf auf so manchen Kapiteln einer Finanzierung. Die Gelder sind nicht so reichlich geflossen, wie der Regionalausschuß es sich vorgestellt hat und somit könnte man auch eine Reduzierung verstehen. Aber wenn man den Notwendigkeitenbedarf auf diesem Sektor hernimmt und wenn man sich vor Augen hält, daß gerade diese Materie, diese Kompetenz eine der wenigen ist, die noch in Zukunft bei der Region verbleiben und unbedingt eine

Finanzierung erfordern, ja dann kann man eigentlich diese Kürzung nicht so stillschweigend hinnehmen. Man kann sie nicht hinnehmen, weil es nicht etwa so ist, daß heute dieses Gesetz verabschiedet wird und dasselbe morgen einer Änderung unterzogen werden könnte. Dieses Gesetz, wenn einmal verabschiedet, wissen wir genau, hat eine Wirkungsdauer von vielen Jahren und was jetzt nicht gegeben wird, würde den Feuerwehren für viele Jahre fehlen. Nun, wir haben hier in diesem Sinne den Präsidenten des Regionalausschusses und den zuständigen Assessor gebeten, er möge doch zum Rechten sehen und eine Form finden, um diese Finanzierung für das neue Gesetz ausfindig zu machen. Und ich ersuche auch den Präsidenten in diesem Sinne, uns hier eine Zusage, eine Zusicherung zu geben. Ich hoffe, daß es auch gelingen wird, diese Finanzierung bereitzustellen. Man hat gesagt und erklärt: Aber es sind nicht nur die freiwilligen Feuerwehren, die Gelder brauchen, für welche man Gelder aufbringen muß, sondern es ist auch eine unbedingte Notwendigkeit, die Feuerwehrkaserne in Bozen zu errichten. Das stimmt! Es ist eine unbedingte Notwendigkeit und ich weiß, daß wir schon seit 12, 13, 14 Jahren immer wieder vom Bau dieser neuen Feuerwehrkaserne in Bozen sprechen, aber konkretisiert wurde sie bis heute noch nicht. Nun weiß ich jedoch, daß zur Zeit nur ein planivolumetrisches Studium besteht von seiten des Ing. Plattner und aufgrund dieses Studiums müßte nun das Ausführungsprojekt erstellt werden. Wir wissen genau, wieviel Zeit die Erstellung eines solchen Ausführungsprojektes in Anspruch nimmt. Und wir wissen noch viel besser, wieviel Zeit es braucht, bevor ein solches Projekt alle Instanzen, die zuständigen Gremien durchgegangen ist und von diesen Gremien genehmigt ist, bis man es effektiv durch-

führen kann. Das bedeutet, wenn der Regionalausschuß ziemlich stark dahinter ist und die Vorbereitungsarbeiten zum Bau der Kaserne, sagen wir, stark voreintreibt, dann kann man bestenfalls im Spätherbst mit dem Bau dieser Kaserne beginnen. Und somit sind wir der Meinung, daß sowohl für die freiwilligen Feuerwehren wie auch für die Kaserne das notwendige Geld vorhanden ist, denn die Gelder, die heute in der Bilanz vorgesehen sind zum Bau der Kaserne sollen ja dazu dienen, um das aufzunehmende Darlehen zu amortisieren. Nachdem jedoch dieses Darlehen nicht zu Beginn des Jahres, sondern gegen Ende des Jahres erst aufgenommen werden muß, so reicht auch ein kleinerer Betrag.

Also wir sind der Meinung, wir sind überzeugt — und ich bin zuversichtlich, daß auch der Regionalausschuß davon überzeugt ist —, daß man auf diese Art und Weise sowohl die einen — die freiwilligen Feuerwehren — wie auch die andere — die Kaserne — gebührend berücksichtigen kann. Ich möchte vielleicht noch eine Bitte hinzufügen: Man hat in letzter Zeit immer wieder gehört, daß der Regionalausschuß, sobald die Vorbereitungsarbeiten zum Bau der Kaserne abgeschlossen sein werden, diese Kaserne einer Firma übergeben möchte, welche sie dem Regionalausschuß, sagen wir, der Region schlüsselfertig übergeben soll. Ich habe diesbezüglich ein wenig Bedenken, einen solchen Bau schlüsselfertig erstellen zu lassen. Ich habe einige Bedenken, denn eine solche Kaserne, die erfordert sehr viele Spezialeinrichtungen, Spezialanschlüsse und spezielle Lokale, so daß im Laufe der Bauarbeiten so manche Änderungen erforderlich sein werden. Es wäre meines Erachtens besser und richtiger, wenn von seiten der Region ein Bauleiter hingestellt wird und daß diese Arbeiten unter direkter Aufsicht der Region erstellt werden.

Also nachdem man sich ja kurz halten soll, will ich jetzt abschließen und nur den Regionalausschuß oder den Präsidenten für den Regionalausschuß ersuchen, daß dieses Problem der Finanzierung der freiwilligen Feuerwehren einerseits und auch dann die Form der Erstellung der neuen Feuerwehrkaserne in diesem Sinne, wie ich vorgeschlagen habe, gelöst werden können.

(Illustrissimo Signor Presidente! Questo mio intervento sarà relativamente breve. Non intendo trattare importanti argomenti politici, in quanto il nostro capogruppo, dott. Benedikter, ha già provveduto ad esporre le cose più essenziali e si è fra l'altro soffermato pure sulla questione del servizio antincendi. Mi sento comunque in dovere di prendere anch'io brevemente posizione in merito, per fugare certi malintesi. Allorquando i rappresentanti del S.V.P. in sede di commissione per le finanze del Consiglio regionale si sono astenuti con una precisa motivazione dalla votazione del bilancio, ciò ha suscitato un comprensibile sbalordimento. La motivazione consisteva nel fatto che non si intendeva mettere a disposizione i mezzi finanziari necessari per la legge sui servizi antincendi. Mi permetto pertanto illustrare oggettivamente, senza polemica, l'iter di questo provvedimento o meglio di questo progetto di legge. Siamo partiti dal punto di vista che l'attuale legge, riguardante predetto servizio ed il relativo finanziamento a favore dei corpi volontari dei vigili del fuoco, risale a molti anni fa; da più di 10 anni infatti il finanziamento in parola è insufficiente. Soltanto da questa considerazione appariva assolutamente necessario aumentare i mezzi finanziari ivi previsti. Sappiamo inoltre che in questi ultimi anni i costi dei necessari equipaggiamenti sono aumentati notevolmente. È noto

inoltre che ai corpi dei VV.FF. sono state affidate nuove incombenze, per la qual cosa è indispensabile acquistare speciali attrezzature. Tutte queste considerazioni ci hanno indotto a richiedere più denaro per suddetti corpi volontari. Abbiamo fatto quindi una concreta proposta, accettata in linea di massima pure dalla relativa organizzazione, dico in linea di massima, sebbene i corpi di cui sopra avrebbero voluto avanzare richieste maggiori. Ora questa riduzione, chiamiamola così, oppure questo mancato finanziamento — è giusto dirlo con tutta franchezza — avrebbe comportato in futuro per alcuni corpi volontari dei VV.FF. un documento degli attuali contributi. È facile intuire la loro reazione, allorquando appresero simile notizia. D'altronde non è pensabile che simile organizzazione, la quale fino ad oggi ha sempre dimostrato abbondantemente il proprio impegno, entusiasmo negli interventi, e spirito di sacrificio, possa venir colpita in tal modo. Forse qualcuno potrebbe rispondermi che già molti altri si sono posti la domanda, come sia possibile che qualche corpo ottenga minori contributi, se l'ammontare annuo dei mezzi finanziari viene aumentato di 80-90 milioni di lire? Ciò infatti può verificarsi, in quanto con questa legge viene modificato l'intero sistema; contrariamente a quanto è stato fatto fino ad oggi i corpi volontari dei VV.FF. non otterranno più la quota annua fissa di 100.000 lire oltre alla quota pro capite, ma si provvederà semplicemente ad elargire a favore di ogni singolo Comune una quota invariabile di 150.000 lire. Questo nuovo sistema di finanziamento si dimostrerà senz'altro vantaggioso per la Provincia di Trento ed in particolare per ogni singolo corpo volontario, di cui ogni Comune ne dispone soltanto uno, vedrà aumentare i contributi a proprio favore, mentre in Provincia di Bol-

zano, dove nella maggior parte dei Comuni operano più corpi — come ad esempio a Brunico, Bressanone, Malles, Lasa ecc., suddetto sistema comporta che, mediante la riduzione della quota fissa, verrà ridotto pure il contributo per ogni singolo corpo e, nonostante lo aumento della quota pro capite, in molti casi non si riuscirà a raggiungere l'importo finora realizzato. In Provincia di Trento tale sistema potrebbe andare senz'altro bene, dato che nonostante la riduzione della quota fissa, in ogni Comune si registrerebbe un aumento dei contributi globali, mentre in quella di Bolzano la situazione è ben diversa. In questa occasione non si può inoltre dimenticare che in Provincia di Bolzano operano quasi il doppio di corpi volontari con un contingente complessivo di 9.000 vigili, contro i 3.500 relativi ai corpi trentini. Mettendo quindi in atto detto sistema di finanziamento, si può calcolare che in Provincia di Trento ogni corpo otterrebbe in media 800.00 lire, mentre in quella di Bolzano il singolo importo sarebbe assai minore e si aggirerebbe sulle 450.000 lire. Qualora dunque non si mettesse a disposizione delle somme aggiuntive, il finanziamento a favore dei vigili del fuoco volontari altoatesini risulterebbe piuttosto ridotto. Del resto sarà naturalmente necessario modificare leggermente il sistema in parola, dimodoché nessun corpo dei VV.FF. volontari debba subire danni, vale a dire che, qualora per determinati corpi di piccole frazioni non si realizzasse alcun aumento, l'approvazione di questa nuova legge sul servizio antincendi non dovrebbe determinare nessun decurtamento dei contributi. Devo inoltre fare presente che il nostro gruppo consiliare del S.V.P. ha sempre insistito su questa necessità anche dopo la presentazione in Consiglio della legge o meglio del progetto di legge in parola. La corrispondenza intercorsa

tra noi ed il Presidente della Giunta regionale ne è una prova! Desidero infine aggiungere che eravamo persuasi al 100%, che si sarebbe provveduto ad attuare questo finanziamento, poiché in sede di trattativa circa la ripartizione dei mezzi finanziari aggiuntivi, stanziati dallo Stato alla Regione per le due Province, si era parlato di integrare la somma mancante, ma infine le cose sono andate purtroppo diversamente. In certo qual modo posso comprendere pure il modo di procedere della Giunta regionale, poiché molte sono le necessità e molti i capitoli di bilancio da finanziare. Il denaro non è stato così abbondante come sperava la Giunta regionale e sotto questo profilo si può anche comprendere il decurtamento in parola. Esaminando però le necessità di questo settore e considerando che il medesimo costituisce una delle poche materie che rimarranno in futuro di competenza della Regione e che pertanto sarebbe indispensabile un finanziamento, predetta riduzione dei contributi non può essere accettata tacitamente. Simile decurtamento infatti non è accettabile, in quanto una volta approvata la legge, questa non è facilmente modificabile; sappiamo inoltre che il succennato provvedimento rimarrà operante per molti anni e quindi ciò che ai corpi volontari dei VV.FF. viene a mancare oggi, non lo otterrebbero per molto tempo. In tal senso abbiamo pregato il Presidente della Giunta regionale e l'assessore competente, di voler avvedersene e di trovare un'equa forma di finanziamento per la nuova legge. Prego inoltre il signor Presidente di volerci dare in tal senso un'assicurazione e spero che si riesca a predisporre pure questo finanziamento. Spesso infatti si ha affermato e dichiarato che non vi sono soltanto i corpi volontari dei VV.FF., che abbisognano di denaro, ma è pure assolutamente necessario costruire la caserma dei

VV.FF. di Bolzano. È vero! Questa è una assoluta necessità e ne parliamo già da 12, 13, 14 anni, senza peraltro essere riusciti a realizzarla. Sono informato che attualmente sussiste soltanto uno studio pianovolumetrico, compiuto dall'ing. Plattner, in base al quale si dovrebbe ora elaborare il progetto di esecuzione, ma sappiamo quanto tempo sia necessario per predetta elaborazione e siamo ancor più informati come sia lungo l'iter di un simile progetto attraverso le varie istanze, per ottenere l'approvazione degli organi competenti. Se la Giunta regionale esercitasse una certa pressione, sollecitando i lavori preparatori necessari, nella migliore delle ipotesi si potrebbe iniziare la costruzione nel tardo autunno. Siamo pertanto dell'opinione che in tal modo vi sarebbero i mezzi finanziari, sia per la caserma, come pure per i corpi dei vigili del fuoco volontari, poiché il finanziamento previsto nel bilancio per la realizzazione della caserma in parola, servirebbe per l'ammortamento del mutuo che non è stato ancora acceso. Siccome detto impegno non dovrà essere preso all'inizio, ma alla fine dell'anno, sarebbe sufficiente prevedere all'uopo un importo minore. Siamo dunque dell'opinione, anzi siamo persuasi — e personalmente sono fiducioso, che sia persuasa pure la Giunta regionale — che in tal modo è possibile considerare convenientemente sia i corpi volontari dei VV.FF., come pure la costruzione della caserma. A tal proposito desidero aggiungere una preghiera: in questi ultimi tempi circolava insistentemente la voce, che non appena ultimati i lavori preparatori per la realizzazione della caserma, la Giunta regionale intende incaricare una ditta privata, la quale dovrà consegnare alla Giunta o meglio alla Regione l'edificio in parola bel e pronto. A tal riguardo nutro dei dubbi, se sia beno o male affidare l'esecuzione di simile

progetto ad una ditta privata, poiché una caserma di questo tipo richiede attrezzature, impianti e locali speciali, per cui durante la costruzione, potrebbero rendersi necessarie delle modifiche. Sarebbe a mio avviso meglio e più giusto, se la Regione affiancasse alla ditta appaltatrice un direttore dei lavori, dimodoché l'esecuzione pratica avverrebbe sotto la diretta sorveglianza dell'amministrazione regionale. Siccome abbiamo preso l'accordo di fare soltanto interventi brevi, desidero concludere, pregando la Giunta regionale oppure il suo Presidente, di voler risolvere in tal senso, come ho ora proposto, il problema dei corpi volontari dei VV.FF., come pure quello della costruzione della caserma in parola).

PRESIDENTE: La parola al cons. Tanas.

TANAS (P.S.D.I.): Signor Presidente del Consiglio, signor Presidente della Giunta, signori colleghi, evidentemente il bilancio che stiamo trattando ha un aspetto particolare, ed è stato sottolineato prima di tutto dal signor Presidente della Giunta e, in secondo luogo, da tutti i colleghi che mi hanno preceduto in questi interventi. È stato sottolineato che si tratta di un bilancio di transizione, di un bilancio di passaggio di competenze. È stato giustamente sottolineato da lei, signor Presidente, che non è opportuno in questa sede risottolineare quelle che sono le nuove competenze della Provincia, quello che è il nuovo assetto della nostra regione, proprio perché sono cose note a tutti i consiglieri e anche fuori dal nostro ambiente. Quindi lasciamo stare, riteniamo opportuno anche noi non ricordare quello che è il nuovo assetto della Regione e di conseguenza il nuovo assetto delle due Pro-

vince autonome. Quindi è senz'altro un bilancio nuovo, con una fisionomia nuova; bilancio, dopo le considerazioni che ho fatto prima, che è necessariamente modesto e bilancio che è necessariamente rigido. Io voglio cercare di evitare, come penso che in parte hanno fatto anche gli oratori che mi hanno preceduto, di lasciarmi influenzare da quello che è il clima in cui viviamo, clima politico in cui viviamo in questi giorni, cioè il clima di campagna elettorale, e cercare di non portare in questa sede quelli che sono gli argomenti, quelle che sono le tesi che noi tutti, consiglieri regionali, stiamo portando nei comizi che teniamo nei vari centri delle nostre province. Ecco che non mi lascio tentare da questa situazione; ciò non toglie che noi dobbiamo sottolineare che c'è un sintomo nuovo in quello che è il nuovo bilancio. Signor Presidente, noi dobbiamo parlare con molta chiarezza. Abbiamo assistito in commissione finanze a una approvazione del bilancio di previsione della Regione del 1972 nel giro di due ore; in due ore la Commissione finanze ha licenziato questo notevole atto che è il bilancio della Regione, a differenza delle altre discussioni, lei le ricorderà senz'altro meglio di me, ove vedevamo il bilancio della Regione essere oggetto di attento e lungo esame da parte della Commissione finanze, che a volte superava il mese, per non arrivare a due mesi. Oggi in due ore abbiamo, nella seduta del 13 corr. mese, approvato il bilancio della Regione. Ecco che allora è un bilancio particolare, signor Presidente, ecco che è un bilancio che noi corriamo il rischio di approvare dopo le sue dichiarazioni, nel giro di 24 ore, nel giro di una giornata. Quindi, fatte queste premesse, noi vogliamo cercare di sottolineare quelle considerazioni che ella ha fatto nella sua relazione; relazione che senz'altro si presenta come sempre ricca di

dati veritieri e profondi, e questa volta anche con un aspetto esterno della relazione stessa che noi abbiamo apprezzato.

È forse l'ultimo bilancio consistente della Regione, e si presenta bene. E questo, tutto sommato, ci ha fatto piacere. Signor Presidente, in questa relazione lei ha accennato a quel tema che è vitale per la nostra vita nazionale e locale, che è il tema della programmazione. Se ben ricordo il tema della programmazione era stato oggetto di lunghissimi interventi nelle passate discussioni generali del bilancio. In questa sua relazione lei ne accenna soltanto in un paragrafo, dove denuncia il fallimento di questa programmazione, che fra l'altro è vero, signor Presidente, non è che si dice qualcosa di falso; sottolineo soltanto quello che è stato il fallimento della programmazione nazionale. Però non dimentichiamo che in questa sede noi abbiamo parlato anche di programmazione regionale, o per lo meno di coordinamento dei piani di programmazione provinciali. Ne abbiamo parlato, è stato oggetto anche di un lungo discorso, di una lunga deliberazione, c'è un atto ufficiale della Regione. Allora noi ci chiediamo: signor Presidente della Giunta, che cosa ne è di questo atto della programmazione regionale? Vuol dirci qualche cosa? Ha fatto dei passi avanti? Ci sono motivi di poter sperare che quanto avevamo previsto noi, assieme alle Province autonome, possa essere rispettato? Ecco, questo è uno dei primi interrogativi che noi poniamo a lei, signor Presidente della Giunta. Per il resto, la sua relazione parla soprattutto inizialmente di quella che è stata la sensibilità del Ministero del tesoro per il più alto apporto di partecipazioni finanziarie statali al nostro bilancio. È vero. Guardi, noi non ci lasciamo impressionare dalle cifre: siamo compiaciuti, più soldi arrivano in Regione, in Pro-

vincia, più contenti siamo, sia ben chiaro, però non ci lasciamo impressionare dalle cifre. Lei ha voluto sottolineare soprattutto per l'art. 60: da 14 milioni e 800, ci ha detto, siamo passati a 34 milioni e 600. Allora io dico: d'accordo: . . .

CONSIGLIERE: Miliardi!

TANAS (P.S.D.I.): Miliardi, sì. Scusi. Una delle tante allergie che ho, è per le cifre, le ho sempre sbagliate. Il collega Raffaelli, quando abbiamo fatto la prima intervista televisiva, dove i milioni li facevo passare per centinaia e i miliardi per milioni, mi aveva detto: non parlare di cifre. E io ho dimenticato questo suo suggerimento. Lo ripeto adesso. Ad ogni modo c'è stato un aumento e l'ha sottolineato. Ha detto, se ben ricordo, che si commenta da solo. Ci ha un po' impressionato con questa cifra: 20 miliardi di aumento. Signor Presidente, io desidero qua ricordarle, e lei lo sa meglio di me, ma lo ricordo a noi stessi, lo ricordo ai signori consiglieri, che in tutti i bilanci c'è stato un aumento sensibile ex art. 60, sempre, non c'è stato un bilancio dove abbiamo fatto un passo indietro.

GRIGOLLI (Presidente GR. - D.C.):
(Interrompe).

TANAS (P.S.D.I.): D'accordo, d'accordo. Però sottolineavamo anche quello. C'è stato un certo aumento, e lei sa benissimo che più che alla sensibilità del Ministro del Tesoro, il quale se potesse, diciamo pure, ci darebbe molto ma molto di meno, è un po' nella logica delle cose, nella situazione attuale delle

nuove competenze che noi abbiamo. Questo aumento di 20 miliardi non è una concessione senz'altro fatta esclusivamente alla attuale Giunta regionale. Anche se a un certo momento lei parla di annata del 1971 e la chiama « l'annata più sconsolante del dopoguerra sotto il profilo economico », noi non ci lasciamo impressionare, perché siamo sicuri che con una certa politica, soprattutto in campo nazionale — è per questo che speriamo molto nelle elezioni del 7 maggio — potrà essere senz'altro risanata questa situazione economica nazionale. Noi subiamo quelli che sono i riflessi della economia nazionale.

Parlando del programma legislativo, io, signor Presidente, desidererei dire due parole su alcuni settori. Primo settore: quello dei trasporti; settore dei trasporti che interessa tutti. Giustamente lei ci ha mandato quello studio fatto dalla Tekne. Le confesso che ancora non siamo riusciti ad esaminarlo con la attenzione che meriterebbe: abbiamo letto sui giornali che in altra sede è stato però attentamente seguito e anche criticato. Ciò non toglie che il problema rimane; indipendentemente da quello che ci diranno i tecnici della Tekne, signor Presidente, il problema della pubblicazione dei trasporti rimane uno dei problemi cardine. Non ci dica che adesso è competenza della Provincia; d'accordo, faremo un discorso anche successivamente in Consiglio provinciale. Ciò non toglie che noi dobbiamo in questa sede ribadire quello che è il nostro punto di vista sull'intervento diretto dell'ente pubblico; si chiami Regione, si chiami Provincia di Trento e di Bolzano, si chiamino comuni, capoluoghi di provincia, l'intervento dell'ente pubblico in questo settore è indispensabile. E qua a questo proposito io cordialmente devo richiamare il collega Parolari, il quale stamattina ha testualmente detto,

riferendosi ai trasporti pubblici, in modo particolare all'Atesina e alla Trento-Malè in provincia di Trento, che da anni sono poco seriamente condotte. Collega Parolari, io non devo fare la difesa di ufficio nè della Trento-Malè, nè dell'Atesina; io devo ricordare soltanto una cosa — il settore dei trasporti lei lo conosce senz'altro meglio di me — devo ricordare che il settore dei trasporti è in crisi in tutta la nazione, e devo ricordare che proprio il Parlamento nazionale ha fatto una legge speciale per le società che hanno in concessione delle linee, che sono obbligate naturalmente a gestire, e proprio per la nostra autonomia noi non siamo riusciti a percepire quello che hanno percepito le altre autolinee. Io le devo ricordare, per esempio, che ci sono dei trasporti pubblici, vediamo Roma, in fase di esperimento; anche Bologna è in fase di esperimento e credo che Bologna non sia retta, se ben ricordo, da un'amministrazione democristiana o tanto meno socialdemocratica. Hanno fatto l'esperimento e sono arrivati al punto di dire: il cittadino va gratis sull'autotrasporto, sul mezzo pubblico ci va gratis. Non mettiamo il bigliettario e guadagnamo. Questo è il calcolo economico che hanno fatto le amministrazioni, che io rispetto, come possono essere quelle di Bologna e quelle di Roma. Ora in questa sede devo proprio andare a ricordare il motivo per cui è in crisi questo settore dei trasporti pubblici, che molto ha reso, non dimentichiamolo, nel passato, soprattutto ai privati che volevano la gestione di questi servizi. Uno dei motivi, proprio motivo di rivendicazione salariale, uno dei motivi per cui l'ente pubblico, il trasporto pubblico è costoso, è proprio perché abbiamo raggiunto dei *plafonds* notevoli, apprezzati soprattutto per lotte sindacali. I turni di riposo, le ore limitate, il lavoro festivo non retribuito, ecc. ecc.,

hanno portato naturalmente a un aumento del costo di gestione. Senza tener conto che lo stesso aumento è stato determinato dalla mancanza di utenza. Signori, non dimentichiamo che se andiamo in un cantiere noi oggi vediamo un sacco di motorette, di macchine, scassate quanto volete, che sono a disposizione dei nostri operai; il che vuol dire che a un certo momento non beneficiano del servizio pubblico. Ecco perché si sta studiando per invogliare la popolazione a usare soprattutto per il servizio urbano il mezzo pubblico. C'è una questione multipla, perché c'è anche la questione dell'inquinamento, fra l'altro. Ad ogni modo noi vogliamo sottolineare che se crisi c'è nel settore dei trasporti, non dipende, come ha detto il cons. Parolari, dalla poca serietà di conduzione aziendale in questi enti, soprattutto per quelli che riguardano la provincia di Trento. Ciò non toglie che la Giunta deve fare una prospettiva; soprattutto, lo rivedremo in campo provinciale questo argomento, il settore dei trasporti deve essere pubblicizzato. Non dimentichiamo che adesso si chiamano società per azioni, ma in realtà l'azionista maggiore, tanto per citarvi l'Atesina, è la Provincia autonoma di Trento, e naturalmente quelli che sono i deficit di bilancio li deve assorbire la Provincia di Trento, e nello stesso tempo il comune di Trento per quanto riguarda il servizio urbano.

Sull'agricoltura noi abbiamo poco da dire. Abbiamo poco da dire perché la coordiniamo a quello che è stato l'accento europeistico, che noi sottolineiamo e approviamo naturalmente, che lei signor Presidente ha voluto fare nella sua relazione. Noi gradiremmo una maggior presenza della Regione a livello comunitario. Incontri ci sono stati anche a Bruxelles, e adesso c'è una tendenza proprio a considerare la Regione come un interlocu-

tore valido fra la Comunità europea e gli enti locali. D'accordo che noi abbiamo il problema delle Province autonome, che nella nostra regione sostituiscono in effetti quelle che sono le altre regioni. Cioè noi vorremo che non ci si limitasse a dei contatti ufficiali, a dei gemellaggi come è avvenuto fra Trento e Berlino, che poi è caduto tutto nel vuoto. Ci vuole un contatto che naturalmente dia dei frutti e che continui. Ecco perché a un certo momento noi vogliamo che una politica europea sia fatta praticamente dalla Regione, anche se le competenze dell'agricoltura sono passate alla Provincia.

Non voglio far perdere tempo parlando di altri problemi, fra i quali possiamo mettere quello dell'inquinamento atmosferico, che noi socialisti democratici avevamo proposto alla Giunta sin dal 1969. Io vorrei fare ancora alcune considerazioni: mi ha fatto piacere, poco fa, quando parlava il collega Raffaelli, che ha voluto ricordare, a proposito dei minatori, quello che è lo stato in Inghilterra, come mi ha fatto anche piacere il collega Gouthier quando stamattina, anche sottolineando quella che era la distanza fra la sua ideologia e quella socialista-democratica, ha voluto ricordare quelli che sono i progressi sociali che sono stati compiuti dai socialisti democratici nei paesi del nord europa. Io vorrei a questo proposito sottolineare che in Inghilterra — e siamo andati, come Commissione legislativa finanze, a fare una visita ai vari centri ospedalieri — dal 1948, con il governo laburista, con il governo cioè socialista democratico, è stata fatta la grande rivoluzione sanitaria, quella rivoluzione sanitaria che è stata criticata da tutti, ma che in realtà abbiamo visto noi. L'assessore Fronza se lo ricorda meglio di me, perché a un certo momento ci farà anche una relazione, abbiamo visto che è attuale, non

solo attuale, ma che viene modificata in meglio dallo stesso Governo laburista. È un discorso lungo da fare in questo senso. Però dobbiamo sottolineare che quando siamo andati come commissione legislativa al dipartimento di Stato responsabile del settore sanitario, a un certo momento, quando abbiamo fatto una domanda sui compensi che percepiscono i medici inglesi, ci siamo accorti che il primario più illustre di Inghilterra viene a percepire quello che, quando va male, percepisce un medico condotto di prima nomina nella nostra regione, non solo nella nostra regione, ma in Italia. Io ho voluto fare questo accenno, signor Presidente, per dirle che ha fatto bene parlare della riforma sanitaria, metterla al primo punto del suo programma legislativo. Riforma sanitaria che, sia ben chiaro, noi vogliamo fare, lo stiamo dicendo anche in campo nazionale, non contro qualcuno, ma a favore di tutti, perché non deve essere fatta a dispetto di qualcuno, ma deve essere fatta a vantaggio della comunità. Quindi bene per la preparazione del disegno di legge, affidato a un illustre giurista che ha collaborato da anni con la Regione.

Lei ci parla della unità sanitaria locale. Signor Presidente, quando c'era proprio il compagno Nicolodi assessore responsabile del settore, noi proprio qua a Bolzano abbiamo assistito a un convegno interessantissimo sull'unità sanitaria locale. Si parlava di un esperimento, l'avevamo proposto, come Giunta avevate anche accettato all'inizio di questa legislatura; oggi, dopo 4 o 5 anni dalla proposta, ancora niente è stato fatto. Mi direte che aspettate la riforma sanitaria nazionale; però l'esperimento della unità sanitaria locale, che era stato annunciato, non è stato fatto. Ecco qua a un certo momento che una critica noi dobbiamo farla in questo senso alla

Giunta regionale, perché senz'altro è una responsabilità della Giunta. Esperimenti bisogna farne. Come a un certo momento noi potremo dare altre responsabilità della Giunta, prima fra tutte quella del mancato trasferimento — ne ha accennato lei giustamente — del centro oncologico di Borgo all'ospedale regionale di Trento. Dobbiamo dire quello che abbiamo detto in altre sedi, che questo centro deve essere necessariamente incorporato all'ospedale regionale, che in questo caso è l'ospedale di Trento. Ecco che dobbiamo chiederle — lei non ha fatto nessun accenno nella sua relazione — che ne è della programmazione ospedaliera. Signor Presidente noi sappiamo che c'è uno studio; questo studio è uno studio segreto, noi abbiamo chiesto, in occasione di interrogazioni, anche a proposito di nomine di consigli di amministrazione di enti ospedalieri, noi abbiamo chiesto che cosa dice questo studio. Lei ci ha mandato tanti studi, lo devolissimi, ci mandi, per favore, anche quello che propone questa commissione per la programmazione ospedaliera. Noi siamo desiderosi di sapere che cosa propone questa commissione speciale. Anche perché è stata fatta, a seconda di dove veniva trattato l'argomento, è stata data un'interpretazione campanilistica. E la programmazione, signor Presidente, con il campanile non viene fatta. In nessun settore, soprattutto nel settore ospedaliero.

Questo, brevemente, quello che noi dovevamo dire, alcune considerazioni che dovevamo fare sulla sua relazione al bilancio del 1972. Ma, signor Presidente, c'è un aspetto che noi intendiamo sottolineare. È l'aspetto politico. In effetti, parliamoci chiaro, la discussione generale di un bilancio è una discussione politica. E l'aspetto politico consiste in questo: noi abbiamo davanti a noi una Giunta; una Giunta che si è presentata, se ben ricordo, nel

marzo 1970 e che gode dell'appoggio — ci è stato detto nel 1970, non ci è stato più ripetuto — gode dell'appoggio di due raggruppamenti politici: partito della D.C., gruppo politico della D.C. e gruppo politico della S.V.P. Ma oggi ci sono dei fatti nuovi. Io prima le ho voluto ricordare le due ore di discussione del bilancio fatte in commissione regionale legislativa alle finanze, e non le ho detto che in queste due ore è avvenuto un fatto importantissimo, fatto importantissimo che ancora non è stato denunciato in questa sede, che è il fatto politico più importante, perché in quella sede, signor Presidente, ricordo anche la sua amarezza, legittima amarezza, perché non ne sapeva niente, in quella sede si è visto che il governo regionale, che gode dell'appoggio della D.C. e della S.V.P., si è visto mancare un appoggio diretto dei commissari della S.V.P., ed era un appoggio politico, un atteggiamento politico quello dei commissari della S.V.P. Questo è quello che io vorrei chiederle. Oggi abbiamo sentito degli interventi. Il collega Mayr ha fatto un intervento che ci ha fatto fare delle considerazioni. A un certo momento, criticando molti punti della sua relazione, secondo il suo legittimo punto di vista, Mayr ha detto che, praticamente, ha fatto molti passi avanti lei, signor Presidente, parlando di amicizia fra l'Italia e l'Austria. E poi ha sottolineato, il collega Mayr: questa è una considerazione politica. Questo è il fatto grave. E Mayr appartiene al gruppo della S.V.P. E noi sappiamo che recentemente il capo del Governo austriaco Kreisky, se è vero quello che scrivono i giornali e se è vero quelli che sono i comunicati ufficiali, ha parlato di amicizia fra l'Italia e l'Austria. Sono poche settimane che Kreisky è arrivato a Roma. Ora come la mettiamo? Cosa teniamo per buone e per valide?

Le argomentazioni del cons. Mayr, che rappresentano magari le argomentazioni, la volontà politica di tutto il gruppo linguistico tedesco, meglio il gruppo politico della S.V.P., che dovrebbe appoggiare la sua Giunta? Questo è l'interrogativo che noi poniamo, signor Presidente. Perché avevamo dei dubbi all'inizio. Dopo la commissione finanze, avevamo dei dubbi, li abbiamo anche detti, in realtà; ma adesso questi dubbi sono stati confermati. Oggi ha parlato il collega Dalsass e ha chiarito l'opposizione. Il collega Dalsass non ha detto niente, ci ha parlato di un bilancio del servizio antincendi. Ma può, signor Presidente, un bilancio, finanziamenti maggiori o minori su un servizio importante come quello degli antincendi, che ha sempre veduto l'attenzione, sia ben chiaro, della Giunta regionale, può portare a una astensione su un fatto politico così importante, su un disegno politico così importante come il bilancio della regione? E qua non è stato detto niente. Dalsass non ci ha detto se si asterrà ancora la S.V.P., come non ce l'ha detto il collega Benedikter. Hanno fatto degli interventi settoriali, validi quanto volete, ma dal punto di vista politico non ci hanno detto niente. Allora noi dobbiamo pure sapere che cosa abbiamo davanti. Abbiamo davanti una Giunta che rappresenta la D.C. e la S.V.P., signor Presidente? O abbiamo per caso un monocolore democristiano appoggiato da indipendenti, che, guarda caso, appartengono al gruppo linguistico della S.V.P. o meglio al gruppo politico della S.V.P.? Questi sono interrogativi che noi poniamo, che noi dobbiamo porci. Noi speravamo che Dalsass avesse a un certo momento illustrato e chiarito quella che era la posizione del suo partito; invece non l'ha chiarita. E oggi abbiamo una Giunta, signor Presidente, che si basa sulla benevola astensione dei gruppi di minoranza.

Diciamolo pure: se non ci fosse stato il senso di responsabilità, noi, che per il passato abbiamo votato contro il suo bilancio, l'avesimo fatto anche nella commissione finanze, il bilancio veniva bocciato. Questa è la realtà. Perché ha preso 3 voti dal partito della D.C., si sono astenuti gli altri partiti, che praticamente sono contro l'attuale Giunta. Ora questo è l'interrogativo maggiore che noi poniamo a lei signor Presidente, e sulla base del quale noi siamo disposti a rivedere il nostro atteggiamento. Lei ci deve dire se la S.V.P. dall'astensione — fatto politico gravissimo, che è passato, anche se i giornali, mi ricordo l'« Alto Adige », l'ha messo in prima pagina, ma è passato come un fatto di secondaria importanza, perché oggi abbiamo ben altre preoccupazioni politiche, che sono quelle delle elezioni ma è un fatto importante per la vita della nostra regione — se la S.V.P. dall'astensione passasse al voto negativo, perché ha negato contro la volontà dei propri rappresentanti in Giunta, sia ben chiaro, per lo meno non ha dato voto favorevole, oggi lei si troverebbe in una Giunta di minoranza, e praticamente questa sera o domani, quando chiuderà il bilancio, potrebbe dimettersi, senza godere dell'appoggio di una maggioranza in questo Consiglio regionale.

Ecco, signor Presidente, quello che vogliamo dire. E l'abbiamo sottolineato perché lei a un certo momento parla di volontà politica della Giunta, giustamente. Ma noi, che sappiamo i retroscena, perché li abbiamo vissuti, perché sono retroscena pubblici, noi vogliamo sapere come stanno le cose. Sulla base di una sua risposta, che io mi auguro possa essere esauriente — qualche altra volta ha cercato di evitarla, per la verità, ma questa volta cerchiamo di avere una risposta precisa — sulla base di questa risposta noi decidere-

mo su quello che sarà l'atteggiamento sull'intero disegno di legge.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pasquali.

PASQUALI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, la relazione del Presidente della Giunta regionale ha preso avvio dalla contingenza del trapasso dei poteri dalla Regione alla Provincia, o per lo meno di una notevole parte di essi. E credo che a nessuno dei consiglieri presenti, al di là di quelli che sono toni particolarmente polemici, anche dovuti al momento elettorale, sia sfuggito il tono di grande dignità politica che è stato assunto dal Presidente della Giunta regionale, nel segnalare l'ordine dei problemi che sono connessi a tale passaggio. La preoccupazione che ha sentito il Presidente, che ha sentito la Giunta, è stata fondamentale di ordine politico. Certamente non è stata di nostalgia e neppure di rinascimento, ma una preoccupazione che è volutamente riferita alla necessità di accettare il nuovo, senza scosse senza turbamenti e soprattutto proponendo il minor stato di difficoltà possibile. E se ben prestiamo attenzione, la constatazione di una simile nuova realtà è veramente molto importante. Si chiude un periodo storico per riaprirne uno nuovo, a nessuno di noi sfugge la preoccupazione di dover assistere al trapasso, delle competenze con ordine, per fare in modo che le Province non si trovino in difficoltà, e le difficoltà obiettivamente esistono in quanto ci manca un certo grado di preparazione, ci manca anche una certa disponibilità strutturale, con la quale far fronte alle nuove esigenze. Indipendentemente da ciò ricordiamo

ancora una volta che la riforma statutaria offre e ha offerto senza dubbio una collocazione assolutamente approfondita e precisa delle esigenze e della comunità, un'aderenza più viva a interpretare la realtà nella quale viviamo, in corrispondenza anche a una più rispettosa e credibile tutela delle minoranze linguistiche. E su questo aspetto a me pare di dover dire qualche parola, anche per intenderci bene con il collega Agostini, il quale ha parlato ancora di apartheid, ha parlato di segregazione. Io naturalmente non voglio rivolgermi al collega Agostini con toni polemici, ma veramente cercando di fare uno sforzo per capirci su queste cose. Io credo che a nessuno debba sfuggire, soprattutto non possa sfuggire in questo momento, come una delle finalità fondamentali, che abbiamo ritenuto di raggiungere, attraverso la riforma statutaria, per quanto riguarda la nostra provincia, è quella di non creare nessuna alterazione artificiale dal rapporto etnico e linguistico attuale. Ma se questo è vero dobbiamo anche accettare le conseguenze di una simile logica, e le conseguenze di una simile logica sono quelle di non fare assolutamente niente per cercare di corrompere quelli che sono i diritti culturali dei gruppi linguistici, ma di essere certi che solo attraverso una politica e una iniziativa di questo genere le nostre popolazioni possono svolgere un ruolo assolutamente importante, in un quadro europeo, quel ruolo di mediazione al quale noi sentiamo di attribuire una rilevanza del tutto fondamentale per quanto riguarda due culture di altissimo livello, i problemi di ordine economico, ecc. Quindi se tutte queste cose sono vere e se noi crediamo a queste cose, ecco come dobbiamo anche essere conseguenti a quella che è una linea politica che da questo ci consegue e perviene. E credo che sia questo lo spirito con il quale noi dobbiamo guar-

dare alla realtà nuova, e ripeto il momento è difficile, non cerchiamo di sottovalutare questo momento, anche se la nuova problematica politica che ci sta di fronte, è esaltante per l'ordine dei problemi che essa propone e per tutte le nuove prospettive che essa apre. Io sono anche convinto che tale esperienza varrà, senza dubbio anche a rendere più vive le residue competenze regionali, che nessuno di noi, mi sembra di avere compreso chiaramente anche in questo dibattito, è stato disposto a considerare come di poca importanza, ma che tutti siano stati disposti a considerare invece come di notevole importanza. Certamente qualcuno ha voluto mettere le mani in avanti come ha fatto il collega Benedikter, il quale ha detto: stiamo bene attenti, a far sì che per il fatto che la Regione ha dovuto trapassare alcune delle sue competenze, non intenda interpretare le residue, cercando di restringere quelle provinciali. Io credo che da questo punto di vista non ci sia affatto l'intenzione, nè tanto meno la volontà di nessuno ad agire con spirito di prevaricazione, per l'amor del cielo! La esperienza di tutti questi tempi ci ha largamente indicato come la ricerca deve essere comune e come nel caso di dubbio dobbiamo, assieme, cercare di interpretare nel senso più adatto per la nostra comunità. Io poi sono anche convinto, e abbiamo avuto anche altre occasioni per ripeterlo, che la dura realtà verso la quale andiamo incontro e nella quale ci troviamo, che è fatta di tensioni, di problemi, ma anche influenzata dalla vicinanza con la vicina provincia di Trento, stesso quadro politico, fisico, geografico, che debba agevolare inevitabilmente un rapporto dialettico migliore, fra le due Province. Sono troppo grandi gli interessi che ancora dobbiamo verificare assieme, anche perché molti comuni sono i problemi; vuoi quelli riferiti all'analisi

della situazione sociale, alla dinamica dello scarso reddito, alla lenta creazione dei posti di lavoro; quindi occasioni per verificarci assieme e per cercare ancora motivi di comune interesse, io credo che anche in questo caso, solo che si faccia uno sforzo di buona volontà, resa necessaria non solamente dagli uomini, ma resa necessaria anche dalle circostanze esterne a noi, questo credo che questa realtà ci debba tenere ben preoccupati e che ci debba anche rendere attenti. Quindi io ho considerato e cosidero, e mi pare che al di là e al di sopra delle valutazioni di ordine politico, di partito che si intendono fare, mi pare che il tono del discorso che ha tenuto il Presidente, sia questo: un tono di grande responsabilità, volto proprio a configurare quello che è l'attuale momento politico della regione, in occasione del trapasso dei poteri, ma anche di grande sensibilità nel configurare la situazione economica-sociale della nostra regione. E a questo punto io credo che altri abbiano voluto assumere un tono ben diverso, un tono che per certi aspetti e che per numerose circostanze, ha voluto recepire il momento elettorale di questi giorni. Non ci scandalizziamo di questo, perché la vita politica è fatta anche di queste cose, solo diciamo che noi non abbiamo voluto assumere toni trionfali o particolarmente agganciati al momento elettorale dico che, da questo punto di vista il Presidente e la Giunta avrebbero anche potuto utilizzare la presente occasione per presentare meglio il frutto del loro lavoro. Lo hanno fatto avere a modestia e la dignità che io condivido pienamente e che credo corrisponda a quelle ragioni di serietà e di senso di responsabilità, che, credo soprattutto anche in questo momento dobbiamo avere. Il Presidente ha presentato anche un quadro dell'economia regionale, e l'ha presentato prendendo l'avvio da

quella nazionale. E credo che l'analisi fatta sia un'analisi molto ragionevole. E mi pare che risulti chiaro, come le componenti che hanno portato a talune conclusioni che non sono di ottimismo, anche se vogliono differenziare una nostra situazione nei confronti di altre Regioni. E anche noi, non è la prima volta che lo affermiamo, ma lo ripetiamo anche in questa occasione, ci rendiamo perfettamente conto che nel nostro Paese sono stati fatti dei progressi notevolissimi, negli ultimi tempi, in termini proprio di espansione economica, in termini di miglioramento del tenore di vita. E ci rendiamo conto, l'abbiamo detto, e non abbiamo difficoltà a ricordarlo anche adesso, che tale realtà è seguita da squilibri molto gravi di ordine territoriale, economico e sociale, e anche da contraddizioni che sono notevoli, sono rilevanti, tra i traguardi raggiunti negli incrementi della produttività e del reddito nazionale e le carenze decisive nel campo della redistribuzione della ricchezza, come anche nel campo delle opportunità sociali e culturali. Ma è bene ricordare — e mi pare questo un punto molto importante — che tali squilibri non sono dovuti solo al fatto che l'evoluzione del sistema economico che, sì, è lasciata troppo agli automatismi del sistema, ha dato luogo a quello che ha dato luogo, ma occorre anche tener presente che tali squilibri sono direttamente da collegare a un processo di industrializzazione rapido, e quindi di evoluzione, di sviluppo che il nostro Paese ha avuto. Io ho ascoltato con molta attenzione quanto ha detto il collega Raffaelli, per esempio quando ha voluto porre a confronto le difficoltà che uno sciopero pone nel nostro Paese, nei confronti degli altri Paesi. Io, fondamentalmente sono d'accordo con le conclusioni alle quali arriva il collega Raffaelli, però dico che non è facile e non è giusto conside-

rare il rapporto di causa, effetto dello sciopero nel contesto sociale e politico inglese, con quello riferito al contesto sociale e politico italiano. Veramente posso anche pensare che le finalità primarie del diritto di sciopero siano uguali dappertutto, proprio come conquista di civiltà del cittadino, ecc., però il contesto del quale si verifica è profondamente diverso. Ed è di questa realtà io credo che noi dobbiamo tenere perfettamente conto e dobbiamo stare molto attenti. Certamente viviamo in una realtà dove si gioca molto e si equivoca anche sul concetto di libertà, che molto spesso ancora oggi è imperniata sul diritto del più forte, in quanto il sistema assicura la libertà a molti, al prezzo però di negarla o di non concederla in tutta la sua ampiezza a moltissimi. Di tutte queste cose noi ci rendiamo conto, come anche ci rendiamo conto che alcune strutture non permettono ancora una partecipazione allargata alle diverse iniziative, ma assicurano ad alcuni posizioni che sono di privilegio e ad altri posizioni che non sono di privilegio, ma sono piuttosto posizioni di dipendenza. Di tutto ciò ci rendiamo perfettamente conto, e credo che sia sempre più nostro dovere orientarci verso il rifiuto deciso verso forme di immobilismo, verso forme di utilizzazione non conformi delle forze da lavoro. Ma credo che dobbiamo anche sempre di più estraniarci da una specie di contemplazione estetizzante dei problemi, proprio il dover teorizzare e il dovere scontrarsi, doversi perdere in quelli che sono difficili giochi politici, ideologici. Io sono tra coloro che credono molto al discorso politico e credo che tutti dobbiamo anche sollecitare una sempre maggiore attrazione, fino al punto però in cui non perdiamo il contatto con la realtà. Ci convinciamo tutti che perseguire questa strada è perseguire quella dell'utopia, intendiamoci,

io non voglio neanche dire che l'utopia non abbia dei riferimenti che a lungo tempo si riscontrano esatti, ma la ricerca, dell'alternativa, che taluni vanno disperatamente ricercati, temo rappresenti uno stacco troppo grave dalla realtà e da tutto quello che tale realtà implica. Quindi siamo in un momento dove credo che non dobbiamo alienarci verso indicazioni da un punto di vista programmatico a volte evanescenti ma, è necessario risolvere quelli che sono i problemi che ci stanno di fronte, e con i quali ci dobbiamo scontrare. Il discorso del collega Gouthier. Ecco io, nel dire queste cose, collega Gouthier, e non ho nessun disagio nel rilevarlo, non nascondo affatto anche quelle che sono state nostre insufficienze, e anche nostre contraddizioni. Ma dopo aver detto quelli che sono gli affanni nostri, mi permetta il collega Gouthier, di riferirmi anche un pochino a quelli che sono gli affanni suoi. Mi riferisco, prima di tutto al tono. Noi lo conosciamo bene il collega Gouthier, lo conosciamo in quanto lo apprezziamo, sappiamo che sa essere anche molto misurato nelle sue esposizioni, direi però che oggi ha voluto tenere un tono particolarmente adatto al momento politico che attraversiamo. Io credo di non offendere la sensibilità di nessuno, se faccio questa constatazione: quindi tono di circostanza. Per cui mi viene la voglia di dire che in caso mi sento tranquillamente di capovolgere la definizione di « tono predicatorio » riferita alla relazione del Presidente, per affermare in caso che la predica ci è venuta dalla sua parte. E anche di questo mi rendo conto, dopo aver assistito ed essere entrati nel vivo della campagna elettorale, e avere constatato e avere portato il nostro interesse ai temi e ai discorsi che sentiamo in questa occasione. Non avrei detto queste cose, ma, dopo le pesanti affermazioni che ho sen-

tito questa mattina da parte del collega Gauthier devo dire che la campagna del suo partito si è incentrata fondamentalmente — e anche questo non credo che sia sfuggito a nessuno — su temi economici e sociali, come proprio si conviene a colui che trova facile assumere posizioni di denuncia. E anche questo fa parte di una logica politica e fa parte di una tattica politica. Ma se consideriamo bene questa analisi, mi pare che non si tratti tanto, da parte del P.C.I. di avanzare una vera e propria proposta politica, ma si tratta di esprimere una pura e semplice elencazione dei temi. E anche questo non mi sorprende. E credo che per certi aspetti non poteva che essere così e questo non lo dico in termini di contrapposizione politica, o in termini di anticomunismo, io personalmente non mi sono mai abbassato a forme di polemica di questo genere. Ma a me pare che anche da parte vostra, soprattutto adesso, si senta sempre di più una forma di contraddizione profondissima, tra quelli che sono i modelli di una società ai quali voi continuamente vi ispirate, e i modelli di una società nell'ambito costituzionale con il vostro, alla quale dichiarate di voler restare fedeli. E questa è una contraddizione di fondo, nella quale si constata poi a lungo andare una mancanza di tematica politica. E mi pare che da questo punto di vista se ne stiano occorgendo anche altre forze. La tigre che voi avete cavalcato, la protesta, la denuncia, e che per certi aspetti era giusta, ma che difettava di una prospettiva politica, è stata in larga parte non solo cavalcata ma ben diretta da altri. Constatiamo quello che sta avvenendo attorno a voi; un partito politico che voglia fare della politica intelligentemente, che voglia fare del movimento politico, dell'ispirazione politica, un motivo di riferimento e di ricerca in fase di evoluzione di-

namica, deve tener conto assolutamente di tutto quello che avviene, e quindi anche fare i conti con voi, proprio per il fatto che rappresentate uno strato tutt'altro che irrilevante della vita politica nazionale, e del corpo sociale nazionale. Ecco, qualche considerazione, e poi chiudo immediatamente, su quanto è stato detto dal Presidente, su alcune considerazioni che si riferiscono a taluni temi che sono stati esposti. È stato parlato di riforma sanitaria, da molti è stato detto perché non si è fatta la riforma sanitaria Regionale; ma signori, mi pare che sia fin troppo logico, mi pare che ce lo siamo detti molto chiaramente, e in Consiglio regionale, e soprattutto nelle commissioni legislative, che al punto in cui siamo e con quelle caratteristiche che sembrava avere la riforma sanitaria, era ben difficile da parte nostra inventarne una nostra, sia pure a titolo sperimentale, collega Tanas. Siamo sempre stati consapevoli quindi della necessità, come è stato ripetuto anche nella relazione, di recepire i principi di riforma fondamentali della legge sanitaria, anche se non escludiamo, la esigenza, o di anticiparne certi aspetti o di cercare di vedere cosa sia possibile fare se la riforma sanitaria ancora tardasse.

È stato parlato molto dei trasporti, e non credo che a nessuno sfugga l'importanza del lavoro commesso dalla Regione alla Tekne. Certamente la sostanza di questo discorso sarà recepita dalle Province; io credo che sarà molto importante cercare di muoversi molto rapidamente su questo settore; anche noi attribuiamo allo studio un'importanza rilevante, al punto tale da considerare chiave del successo di una politica territoriale, di una politica di sviluppo, di decentramento economico, una seria politica dei trasporti. Certo questo non può significare inventare anche in questo caso

noi una riforma sui trasporti. Perché non saremo nelle condizioni, di disporre autonomamente degli ingenti capitali necessari, qualora volessimo realizzare noi la riforma. Ma ciò non toglie che dovremmo essere nelle condizioni di stabilire una nuova linea politica dei trasporti che riguardi soprattutto la concessione, fino a questo momento improntata a criteri di economicità di servizio, ma trasformando questi criteri in criteri di socialità del servizio. Credo che questo dovremo essere capaci di fare, nel più breve tempo possibile. Sono tante altre le considerazioni che si potrebbero fare, recependo quanto è stato detto questa mattina e oggi pomeriggio in questo dibattito; ho ascoltato anche molto attentamente quello che ha detto il collega Mayr; Mayr ha fatto una larga panoramica su taluni problemi, anche se dobbiamo constatare che ormai questi sono passati alle competenze della Provincia. Io concludo dicendo che noi riteniamo che in questa occasione sia stato espresso lo sforzo massimo che doveva essere fatto con quell'impegno che la Giunta regionale, con tutto senso di responsabilità e con la migliore della volontà politica, ha cercato di proporre, soprattutto nell'occasione del tutto delicata come quella che riguarda il trapasso di poteri dalla Regione alle Province.

PRESIDENTE: La parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, mi dispiace di dovervi prendere la parola, ma alcune dichiarazioni e alcuni giudizi espressi dal capogruppo socialista nei confronti del gruppo liberale, mi costringono ad alcune precisazioni e ad alcune risposte.

Innanzitutto io vorrei tranquillizzare il Presidente della Giunta regionale, ove ce ne fosse bisogno, ma io non lo credo, che non è stato il nostro intervento a determinare il no del gruppo socialista al bilancio '72. Ricorderà il Presidente della Giunta, che anche l'anno scorso il gruppo liberale ha votato a favore del bilancio '71, e l'anno scorso è stato motivato in particolare dal fatto nuovo che si era verificato, cioè dall'ingresso dopo molti anni della S.V.P. nel Governo della Regione. Quest'anno il sì liberale, che non è stato poi così entusiasta come vorrebbe far credere il collega Raffaelli, è stato motivato dalle ragioni che questa mattina ho già espresso e che qui non intendo ripetere. Ma il nostro sì non è, come ho detto poco fa, entusiasta, perché è stato anche determinato e ha avuto dei riflessi non del tutto positivi. Io ho dichiarato onestamente, come è nostro costume, quello che noi pensavamo delle dichiarazioni Grigolli, quello che c'era di bene, di meno bene e anche di male. Ora è inutile che il gruppo socialista, a nome del suo capogruppo, cerchi di strumentalizzare le nostre dichiarazioni per farne motivo, direi quasi unico, del no socialista, perché allora io voglio ricordare subito a Raffaelli che all'inizio del suo intervento ha dichiarato che il tono delle dichiarazioni Grigolli non soddisfano il gruppo socialista; ha detto esattamente: non ci trova concordi. Poi è andato avanti. Dice che le posizioni assunte dalla Giunta sono posizioni moderate e centriste, posizioni decisamente superate. Da ciò è arrivato alla seconda parte delle sue motivazioni, là dove dice che c'è stata anche una prova esteriore che giustifica il no socialista, e questa prova esteriore era il sì liberale. Ma io vorrei chiedere allora al collega Raffaelli: crede proprio che le dichiarazioni Grigolli siano molto diverse dalle di-

chiarazioni di altri esponenti della D.C. cioè del centro e della periferia? Non lo credo, anzi direi che sono state molto più caute nei confronti della nuova situazione che si è determinata nel Paese. Basta citare Fanfani, che a un certo momento dice nei vostri confronti che è ora di lasciarvi andare per la vostra strada; Gonnella, Forlani e tutti. Lo stesso Moro ieri a Bologna ha dichiarato che con i socialisti non si arriverà più al Governo se non rivede la posizione nei confronti del partito comunista. Lo stesso Moro, ripeto. Rimane solo la « soubrette »: Donat Cattin. Rimarrà forse solo. Poi seguirà Labor, il suo compagno, ex compagno di partito. Veramente io penso che Donat Cattin va molto meglio con Labor che con Forlani o con Fanfani. Ma ad ogni modo questo non è il momento di parlare. Dirò solo che il voto socialista poi è stato forse ingenuamente giustificato e confessato da Raffaelli, là dove dice: Gouthier ci ha preceduti. In questa frase, signori del Consiglio, c'è tutto, esattamente tutto. Perché quando noi abbiamo prima sentito . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Tu mi sbalordisci!

AGOSTINI (P.L.I.): Dopo sono io che interrompo!

In questa frase c'è tutto, ripeto. Perché se Raffaelli dice che fa propri i motivi dell'opposizione comunista, allora evidentemente, caro Presidente Grigolli, con i socialisti, io dico, non c'è più niente da fare. E allora è inutile che si preoccupi del no socialista, determinato dal sì liberale. Il no socialista è stato determinato da ben altro, non dalla nostra posizione.

E per finire io vorrei anche rispondere al

collega Raffaelli, e con Raffaelli rispondo a tutto il partito socialista: quando è uscito con una frase, che veramente sarebbe stato molto meglio che fosse rimasta nella gola del capogruppo socialista, là dove dice: « dimmi con chi vai e ti dirò chi sei », allora io rispondo che anche ai socialisti possiamo fare questi discorsi. Chi hanno scelto per candidato al Senato, per Bolzano, Merano e Trento? Lascio da parte il passato politico di questo candidato, che ormai credo tutti lo sappiamo, tutti sappiamo quanti partiti ha passato quel candidato da quando era un giovane gerarchetto del partito fascista, fino ad oggi . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): (*Interrompe*).

AGOSTINI (P.L.I.): Ma non è questo che io volevo dire. Ora, a che cosa assistiamo? Assistiamo a un candidato socialista al Senato, che viene strombazzato dal suo partito, come l'unico vero candidato degli italiani, e lo vediamo candidato di « Lotta continua », signori consiglieri. E questo sarebbe il candidato degli italiani in Alto Adige? Può darsi che vi siano italiani dell'Alto Adige che condividono le tesi di « Lotta continua ». Certamente noi liberali ci auguriamo che questi italiani siano molto pochi, e questo proprio nell'interesse degli italiani dell'Alto Adige.

PRESIDENTE: Ora non c'è più nessuno che sia iscritto a parlare. Domando al Presidente se è pronto a replicare.

Sospendiamo la seduta per cinque minuti.

(*Ore 17.20*).

Ore 17.45

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Signori consiglieri, volevo comunicare, per l'ordine dei lavori, quanto segue: dopo diverse consultazioni che abbiamo fatto, la Presidenza è venuta alla determinazione di proseguire questa sera fino all'esaurimento, dato anche il buon punto in cui la discussione ormai è arrivata. Così noi andremo avanti adesso con la discussione e poi caso mai potremo, se si prolungasse la discussione, decidere verso le 19,30 circa se fare una pausa, per riprendere alla sera.

La parola al Presidente della Giunta, per la replica.

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, forse era inevitabile, ma il calendario e il pregiudizio hanno avuto un peso piuttosto rilevante in questo dibattito, come ha rilevato poco fa anche il cons. Pasquali. Penso di potere attribuire al cons. Gouthier l'intendimento, coronato da successo, di giovare di queste componenti in misura più accentuata rispetto a tutti gli altri oratori che hanno parlato dal versante della opposizione. Queste stesse circostanze, peraltro, e l'uso delle parole e anche dei giudizi così spesso in funzione accentuatamente strumentale, mi pare mi consentano abbastanza agevolmente di ridimensionare molte cose udite, anche se non esimono la Giunta, evidentemente, dal dovere di difendersi in quanto occorre e dalla possibilità di contrattaccare. Alla base del discorso del cons. Gouthier e di altri, mi pare che ci sia il riflesso di un meccanismo che vorrei dire condizionante, a

suo tempo di notevole presa su una certa sinistra, che portava a percorrere la via italiana alla condanna di ciò che esiste in nome di ciò che non esiste, e quindi alla pseudo soluzione dei problemi, anche se abbondava l'uso dei vocaboli, così spesso riferiti al realismo, alla novità, alle svolte e ciò di frequente nella stessa misura in cui non si sapeva proporre alcun modello alternativo. Ritengo di poter affermare che esso non trova più molto ascolto. nè è divenuta più credibile la convinzione, più volte ribadita, che a questa certa sinistra, a volte così generica, a volte di maniera, a volte anche apocalittica, debba essere tributato, ogni giorno e su ogni questione, il riconoscimento di una ragione quasi storica, quasi infallibile, aprioristicamente infallibile. Oltre tutto, se fosse vero che la ragione è in ogni caso a sinistra, e tanto più inefabile quanto più a sinistra, allora si verrebbe a condannare ogni diverso sistema politico esistente nel mondo e aderire a quella strutturazione della società, che in maggiori parenti politici del cons. Gouthier, laddove comandano, hanno già determinato in modo irreversibile. E ciò nonostante certi nobili distinguo, e certe volenterose dissociazioni che ultimamente ha fatto anche l'on. Pajetta, e nonostante qualche reale fermento chiaramente avvertibile anche nelle file del P.C.I. Questo stesso meccanismo di condizionamento vuole che si guardi male a chi presenta le cose come sono nella realtà e vuole che si ripeta il motto manzoniano di dare addosso a chi dice che una certa infezione nell'organismo esiste, non perché esista, ma perché qualcuno l'ha detto. Ecco il modo elusivo di agire di chi, con indubbia capacità, caparbia, e commovente insieme, dice di volersi approssimare all'area governativa per entrarci, tenendo aperti al tempo stesso gli spazi per azioni di tipo diverso, che in ogni

caso, possano comunque comportare vantaggi politici. In un tale contesto di atteggiamenti, chi dice le cose come sono è figurato come il nemico, al quale poi si attribuiscono anche le cose che non ha detto. Mi si accusa di avere affermato che le cause della crisi economica sono da ricercarsi nell'azione rivendicativa dei lavoratori, ma trattarsi di una accusa è veramente ormai logora, che ha fatto veramente il suo tempo, anche se è indubbiamente comoda. Una società evoluta non può essere — e lo diciamo per quanti non l'avessero ancora afferrato e volessero attribuirci ancora le cose che non pensiamo sottomessa e statica, proprio in virtù delle forze che ha messo in moto e che sono venute acquistando coscienza di sé. Questo è un merito nostro per quello che noi abbiamo fatto e non di quelli che con parole d'avanguardia ma con fatti sorpassati, hanno frenato questo movimento. Questa è certamente una società nella quale trovano posto anche gli scontri, i dinieghi, le resistenze. Il cons. Gouthier si è meravigliato perché sulla strada della riforma sanitaria ci sono state molte opposizioni dimenticando che è solo in certe società che le riforme si decidono eliminando anche la scomodità dell'opposizione. Noi, come coloro che ci hanno preceduti come membri della Giunta, possiamo dire di aver fatto nel settore sanitario qualcosa che è andato più in là di quello che si è fatto nel resto del Paese, pur dovendo — e questo può essere forse un maggior merito — fare fronte alle non poche resistenze che abbiamo incontrato. Non abbiamo mai pensato che le riforme dovessero essere indolori per cui non siamo così unilaterali o miopi da non vedere che un certo modo arcaico, sprovveduto ed anche profittatore di agire di qualche industriale, ha costituito un autentico e pesante ostacolo allo sblocco delle situazioni

createsi in questi anni, e in questi mesi. E non ci deve meravigliare, come ho detto quest'anno e ho affermato anche l'anno scorso, che nelle società industriali moderne si faccia strada una domanda di beni e di servizi di carattere collettivo che il sistema economico — ne accennava poco fa anche il cons. Pasquali — non è in grado di soddisfare spontaneamente. Noi riteniamo che sia giusto assecondare la tendenza oggi in atto di mettere in luce quegli aspetti della organizzazione sociale, che possono contribuire a migliorare quella che noi chiamiamo la qualità della vita. Sarebbe compito della programmazione concentrare la attenzione su questi nuovi tipi di domanda che la comunità esprime, e che non possono trovare soddisfazione se non attraverso una estensione dell'intervento pubblico in economia. Ma dobbiamo dire che siamo stati in tanti a mancare all'appuntamento della programmazione e che il partito comunista, per parte sua, ha dato il suo grosso apporto fuorviante in questo senso. Se mi si vuole dire che dovevo fare una più dettagliata specificazione di colpe, di fronte a questo punto di arrivo delle questioni, accetto il rilievo ma non posso non notare che i nostri censori hanno brillato più in progetti astratti che in concrete costruzioni. Forse la via più comoda è proprio, quella di trovarsi i nemici tutti da una parte, catalogati e irreversibili. Ma noi, modesti operatori del vivere civile di questi anni, non siamo ancora riusciti a sapere dove porti la stella cometa che dovrebbe guidare il cammino di certi nostri contraddittori. Da molto tempo, peraltro, ci sono note le varie modalità, che si dicono socialiste, di guidare l'economia di un Paese, dalle svalutazioni formali, come in Jugoslavia, anche recenti, a quelle sostanziali, come in Russia, in Polonia, attuate attraverso aumenti del 30% sui prezzi come mezzo per ridurre

il relativo potere d'acquisto monetario. In proposito mi domando quale congiura di destra possa essere addotta a spiegazione di simili fatti nell'Unione Sovietica o in Jugoslavia o in Ungheria, in nessuno dei quali paesi esiste un sistema economico basato sul profitto del capitale. Eppure dovunque là il livello dei salari non può essere paragonato a quello del nostro paese. Ma il partito comunista non tenta nemmeno tale confronto. A me quindi, sembrava sufficiente l'aver sottolineato nella mia relazione l'esistenza di certi rapporti inquinati, soprattutto all'interno delle aziende, per dire che queste sono tra le situazioni a cui più urgentemente si deve porre rimedio con intendimenti non di ostruzione al dialogo all'interno dell'azienda, ma di indicazione di metodi. Forse che questo problema non si era posto ai costituenti, quando vararono la costituzione, forse che anche il P.S.I. non ha votato l'art. 40 della Costituzione? Ed allora io dico che quando si fa il riferimento, caro cons. Raffaelli, all'Inghilterra, è giusto quello che affermava il cons. Pasquali, che occorre cioè, collocare le cose nell'ambito storico, nella situazione nella quale è giusto che vengano collocate, senza tentare confronti fra termini che potrebbero risultare non perfettamente allineabili ed omogenei. È vero che la vicenda dello sciopero del carbone, non ha provocato i disastri che avrebbe potuto provocare, ma i riflessi di vario tipo dobbiamo peraltro giudicarli nel contesto in cui si sono prodotti così come dobbiamo vedere in quale contesto collocare sia l'azione che, in definitiva, partì da un governo socialista, laburista, per regolamentare i fatti connessi con l'esercizio dello sciopero sia la decisione presa ieri dai sindacati, inglesi di cui parlano oggi i giornali, di rinunciare per un periodo di cinque mesi ad una certa azione, in attesa che certi organi

previsti dalla legge si pronuncino. Questi sono i discorsi, mi pare, che occorre fare, se vogliamo impostare in un ambito preciso e corretto le nostre affermazioni. In sostanza noi abbiamo sott'occhio le aziende, dove noi affermiamo si vive in due, e dove, se si accetta un modo di esistere indubbiamente da correggere e da rivedere profondamente, è peraltro utile restare in due, per cui il mio discorso sulla tregua sociale, ha il significato non di una esortazione alla rassegnazione contro la prepotenza, ma è un discorso di compatibilità e di aggiustamento costante, dentro lo stesso fine, che è però quello di non uccidere l'azienda, come sede del reciproco impegno. Non più tardi di tre giorni fa l'ex ministro Giolitti, si è occupato di questi argomenti e nell'indicare obiettivi e problemi di compatibilità anche temporale, sosteneva che ai sindacati si deve dire che se si vogliono raggiungere certi obiettivi, in tema di riforme, del Mezzogiorno ecc., il Governo deve poter fissare modi e condizioni, che essi debbono rispettare in quanto richiesti dalla stessa dinamica salariale. Essi infatti devono tenere presente che se ci sarà attraverso la legge dei salari, un aumento eccessivo delle risorse destinate ai consumi individuali, ci saranno inevitabilmente meno risorse disponibili da destinare all'attuazione delle riforme. Nel 1972, aggiungeva, che i salari non dovrebbero crescere oltre il 10% in termini reali, perché se si supera un tale limite, le riforme finiscono per essere allontanate nel tempo. Queste affermazioni, fatte da uomini tanto addentro nella problematica, mi pare che siano da accogliere con riflessione e attenzione. Può darsi che nel mio discorso ci sia stata una qualche affermazione troppo accentuata che deriva dal ruolo che ci troviamo a ricoprire, quello cioè di coloro che, pur non trascurando di prestare attenzione agli

altri problemi — devono — affrontare questo tema nel vivo dell'attuale drammatico momento, e una situazione quale è nella realtà e non come vorremmo che fosse. Vorrei peraltro mettere in guardia anche gli amici socialisti, da un certo peccato di astrattezza, da qualcuno considerato un nobile peccato, anche se questo non è più il tempo di poter giudicare come un nobile un peccato, in quanto non è più tempo che per questi peccati si possano avere assoluzioni generali, neanche nel momento elettorale. Dopo di che è soltanto accademico chiedersi, come stamattina è avvenuto, quante sono le aziende che hanno chiuso per ragioni di conflittualità. Ho parlato anch'io di cause strutturali, e ho voluto quindi addebitarmi tutela o paternità delle accuse mosse nei confronti di quelli che hanno dimostrato di non sapere promuovere e realizzare iniziative nell'ambito industriale. Il sostegno dell'occupazione, costituiva peraltro per noi un impegno che si doveva esercitare e che si è esercitato qui e adesso, nonostante tutto questo, nonostante questi punti di partenza. Dovete spiegarci, ma molti adesso non lo spiegano più, se giovi alle aziende una situazione di conflitto permanente. Non è un caso, — non lo cito per attirare consensi alla mia tesi ma mi riferisco a fatti realmente avvenuti — che un sindacalista responsabile della CGIL, abbia detto a Trento, all'ultimo congresso della CGIL, che occorre guardarsi da certi modi di muoversi, in quanto lo sciopero non è una ginnastica da fare tutte le mattine. Su questo discorso io convengo ampiamente. Mi accorgo che, replicando al cons. Gouthier, ho detto anche alcune cose che possono interessare il cons. Parolari, al quale devo dare atto di aver espresso un giudizio di attesa, pur non essendo privo di valutazioni anche critiche e di interrogativi. Un tale interesse sussiste in

modo particolare per il tema dei trasporti. Credo che possa riuscire utile per tutti la lettura del rapporto Tekne che abbiamo consegnato ai consiglieri. Abbiamo coscienza, e lo abbiamo detto, che i nostri interventi in proposito sono stati di tipo contingente, non risolutivo, ma è certo che gli 850 milioni di interventi, decisi l'anno scorso con due leggi di settore, hanno sicuramente contribuito a rendere meno squilibrato le gestioni, evitando il ricorso a pesanti aumenti del costo dei biglietti. Alla Regione spetta ora di confermare la linea politica di visione del problema, non certo di attuarla. Il problema, in relazione agli impegni che abbiamo preso e a un certo modo di vedere delle cose, è appunto, quello di intervenire sulle strutture, affermato una incidenza pubblicitica, nel settore che è l'aspetto stesso di una sua funzione che vogliamo ri-pilogativa e al tempo stesso di inserimento. Probabilmente non si tratta, io credo, di proporre un intervento indiscriminato che porti ad una assunzione diretta, ad ogni livello, di tutti i servizi di trasporto, indipendentemente dalle dimensioni e dalle funzioni svolte dagli attuali gestori dei servizi medesimi. Ma il discorso va collocato in rapporto alle dimensioni del territorio, così come poco fa ho detto al cons. Pasquali. Ma noi non potevamo prescindere dal presupposto di bene conoscere per bene decidere, come ebbe a precisare Einaudi, e sarà bene sapere, anche se forse non è piacevole registrarlo, che la nostra è tra le pochissime Regioni nelle quali le remunerazioni sono così dettagliate e avanzate da rendere possibili, a livello politico provinciale, decisioni, al tempo stesso serie e rapide. A questo punto, forse, c'è un interrogativo che chiede di essere risolto, quello cioè posto dal cons. Tanas, quando ha parlato di un certo episodio, e ha chiesto quali derivazioni politiche si

possano trarre. Egli si è riferito ad un certo voto di astensione, avvenuto da parte degli esponenti del gruppo della S.V.P. in commissione finanze, sul bilancio regionale. È, a suo modo di vedere, un quesito di fondo, di cui capisco il motivo per cui è stato posto, anche se a me pare che qui non si tiene conto degli aspetti importanti, sia da parte del cons. Benedikter per un verso, che da parte del cons. Raffaelli per l'altro verso, su quello che è il ruolo permanente, nell'ambito proprio, della Regione. Forse il cons. Mayr si sarà un po' spaventato questa mattina, per una certa mia frase forse mal letta o mal tradotta che ritengo gli abbia fatto pensare che questa Regione voglia sovrabbondare in iniziative o in interventi. Nell'ambito proprio questa Regione esiste e ha motivo di esistere nella sua pienezza. Ma io dico che questa intesa, fra D.C. e S.V.P. sulla quale si fonda la Giunta da me presieduta va ben al di là del dissenso che si è manifestato per una caserma dei vigili del fuoco, sul piano del discorso sia civile che politico e di quello proprio di questa Regione, anche se da parte nostra c'è stato in qualche momento un qualche scatto di umore. Noi siamo convinti pienamente della necessità di adeguarsi al nuovo concetto di autonomia, così come è ora concepita, animati da spirito di ricerca, al quale noi siamo pronti, e dalla volontà di rispetto reciproco, senza spinte e scavalcamenti e in un atteggiamento che deve essere comunque e costantemente costruttivo, cosa che io sono convinto possa realizzarsi. Colgo l'occasione per fare una necessaria precisazione in ordine alla richiesta di informazioni fatta dal cons. Dalsass, circa i nostri intendimenti relativi al settore dei vigili del fuoco volontari e, in particolare, alla legge sulla ristrutturazione del servizio antincendi, al momento attuale in commissione le-

gisaltiva. Sulla base di una valutazione realistica della situazione del settore antincendi, fatta in questi giorni, abbiamo costato che, come del resto anche il cons. Dalsass ha rilevato i tempi necessari per la costruzione della caserma dei vigili del fuoco a Bolzano, sono risultati talmente lunghi da non fare ritenere come realistica, l'ipotesi di un imminente avvio di questi lavori. Il progetto di massima della nuova caserma è stato riveduto e rifatto, tenuto conto del nuovo territorio sul quale questa dovrà sorgere e della più ampia visione del problema che abbiamo inquadrato anche con riferimento ai temi della sicurezza.

L'accantonamento della semestralità, del mutuo, prevista per la costruzione della caserma, il cui ammontare si aggira intorno ad un miliardo e 400 milioni, riuscirebbe necessario in tutta l'ampiezza in un primo tempo prevista. Si rende quindi possibile un trasferimento all'interno dello stesso settore del servizio antincendi, di somme tali che in effetti realizzano una più compiuta disponibilità di risorse, di finanziamenti a favore del settore proprio dei vigili del fuoco volontari, sia del Trentino che dell'Alto Adige, che vede mobilitato complessivamente energie per 12 mila unità a cui deve andare il nostro elogio per lo spirito di volontarismo, e il senso di responsabilità, di cui danno prova. Ritengo per tanto che sia possibile in questo momento assicurare un tale sostegno a questo settore, senza disattendere l'altro impegno che comunque rimane, di realizzare, senza nessun deceleramento, la costruzione della caserma di Bolzano con i tempi tecnici comunque necessari, che saranno, ripeto, più lunghi di quelli in un primo tempo previsti, entro il 1972. C'è qualche aspetto della discussione, che può richiamare qualche ulteriore valutazione. Ringrazio il cons. Benedikter che ha indicato qual-

che settore, — a questo proposito ringrazio anche il cons. Raffaelli — di iniziativa legislativa nel quale possiamo esercitarci. Certamente quando si parla di ordinamento, si parla di qualche cosa che, con riferimento sia alla Costituzione sia a sentenze, quindi a livello giurisprudenziale, possiamo abbastanza bene definire, ma non certo in modo compiuto soprattutto allorché ci sia coincidenza fra Regione e Province, per certi settori di intervento concreto. Qui vorremmo esercitarci insieme, e quindi è un discorso che non vorremmo fare in esclusiva, in modo che non vi siano invadenze, non volute, ma certamente da evitare nelle materie per le quali deve esprimersi la nostra competenza di ordinamento la quale, evidentemente, deve in ogni caso estrinsecarsi in modo dignitoso e confacente, al fine di impedire che sull'altro versante, in un certo modo, si venga a ridimensionare, rispetto al testo e allo spirito dello Statuto, l'ambito delle residue disponibilità di competenze che la Regione è in grado di esercitare. Il problema si presenta soprattutto, come giustamente ha detto il cons. Benedikter, a proposito del settore sanitario, di cui poi potrà parlare all'occorrenza l'Assessore Fronza, e per il quale abbiamo nominato una Commissione, di intesa con le Province, là dove l'abbiamo giudicato opportuno come ad esempio nel caso del settore della tutela sanitaria in materia di lavoro, destinato a confluire nella competenza nuova in materia di igiene e sanità delle Province. E ciò anche se il discorso l'abbiamo avviato noi, e quindi senza fare discorsi di appartenenza o di egoistica trattenuta degli argomenti e anche se questo tema, fino a qualche momento fa e per le proposte avanzate anche dai sindacati, era stato portato avanti, soprattutto per impulso della Regione. Anche per quanto riguarda l'ENEL convergo pienamente sul fat-

to che occorra accelerare i tempi, senza spirito remissivo, d'accordo, ma anche con spirito realistico, tenendo conto dei passi notevoli che si sono fatti in questo settore e del fatto che sicuramente, nel trattare la vicenda inerente all'ex art. 10, troveremo certamente delle grosse resistenze. Il reimpostare il discorso alla luce dei ragionamenti fatti in occasione della preparazione del nuovo Statuto e dei giudizi formulati al riguardo dalla Commissione dei 9, ha tuttavia una sua logica perché mi pare che essi fissino un criterio di fondo correttamente impostato che può costituire il presupposto per determinate richieste. Sempreché, torno a dire vi sia la volontà di realizzare in un tempo vicino questa intesa, tenuto conto, oltre tutto, del fatto che le relative disponibilità la Regione vorrebbe metterle a disposizione delle Province, per iniziative attinenti al settore economico e quindi per fatti che incidano, direttamente e concretamente, sul terreno della attività quotidiana e a lunga distanza. Può darsi che qualche aspetto di altri interventi richieda altre puntualizzazioni. Non mi intrattengo, in particolare, sul tema della Finanziaria, cons. Gouthier. Quello che ho detto a me pare indispensabile, e anche se rispetto al discorso del 31 dicembre c'è stato il voto comune di realizzare un tale strumento finanziario, noi non abbiamo avuto la possibilità di realizzare qualcosa di definitivo in proposito. Del resto, la situazione politica generale e il momento di trasferimento delle competenze non ci consentiva, anche dal punto di vista operativo, a cavallo come eravamo tra il vecchio e il nuovo, di realizzare progetti di tale portata entro tali brevi termini. Benché noi non siamo padroni di decidere in merito alla destinazione dei fondi, a nostro modo di vedere sarebbe opportuno che, quanto vorremmo ricavare dalla vertenza in atto con ENEL

sull'ex art. 10 potrebbe essere utilmente destinato alla realizzazione di questa Finanziaria con tutti i positivi riflessi sulla promozione economica e sociale. Ritengo che una risposta debba essere data anche al cons. Parolari, su un aspetto da lui toccato, oltre a quello al quale mi sono già riferito in tema di industrie, a cui altri discorsi hanno già fatto cenno qui dentro oggi, anche se esso ormai esula dalle nostre competenze. Nella mia relazione, ho messo in rilievo che il modo così cocciuto e così dolorosamente impegnato da noi seguito ha consentito di rendere questo momento, almeno dal punto di vista della situazione di malessere in atto, abbastanza tranquillo, quale effetto del compito di difendere l'occupazione esistente, che ci siamo posti in via primaria rispetto all'altro compito, che pure abbiamo disatteso, evidentemente, di ricercare soluzioni nuove. È chiaro peraltro che tali nuove soluzioni, come i nuovi insediamenti erano in modo evidente condizionate dall'andamento dell'intero sistema economico, dal clima e dalle vicende della congiuntura nazionale, quella che stiamo appunto affrontando. Devo qualche assicurazione al cons. Tanas, che si è riferito al mio discorso sulla programmazione. Devo anzitutto fargli presente che per quanto riguarda, in particolare, quella ospedaliera essa è materia, anche se trattata inizialmente da noi in commissione a tre fra Regione e Provincie, è ormai di stretta pertinenza delle Provincie medesime. Per quanto riguarda la programmazione più in generale, noi abbiamo, già più di un anno fa, trasmesso alle Provincie le nostre valutazioni sul secondo piano quinquennale. È chiaro peraltro che le Provincie si sono trovate nella posizione che sarebbe stata altrimenti nostra, cioè quella di parte di un meccanismo nazionale che si era inceppato per le note vicende, e situazioni, impo-

nendo la necessità di ripensare un modo nuovo di fare la programmazione in Italia, posto che il primo piano, sia pure verniciato con una impostazione di legge, non ha avuto i positivi effetti previsti. Devo anche far presente al cons. Tanas che mi piace prendere nota della sua puntualizzazione sia in tema di trasporti, che in tema dell'unità sanitaria locale. Torno peraltro a dire che non è pensabile astrarre la nostra posizione di riforma e organico riassetto di un tale settore da quello che è il contesto generale. Non a caso ho sottolineato che tra i primi problemi ai quali il nuovo Governo intende mettere mano con urgenza, vi è quello della riforma del settore sanitario, nel quale la Regione si possa a un certo punto inserire e rispetto al quale, qualora non esistesse un'attuazione concreta, anche i nostri provvedimenti in materia rimarrebbero puri tentativi, svincolati dal contesto generale e quindi dispersivi, inorganici e senza effetti permanente, soprattutto. Ringrazio il cons. Agostini per certi riconoscimenti che ha voluto darmi, e anche se qua e là ha voluto apparire come il mio interprete della giornata, non ne ho a male. Credo peraltro che quando, pur essendo differenti i punti di vista e la visione politica delle cose e dei fatti, ci si trova su un piano di consenso, sia un fatto in sé positivo, perché penso che qui dentro nessuno di noi si è fatto mai vincolare in modo totale, salvo che per certi fatti e per certe circostanze, del tipo di quella odierna, dai punti di partenza. Si è trovato sempre il modo e la volontà, o almeno si è cercato di trovarli, per arrivare a momenti di convergenza e di correzione reciproca, oltre che di comprensione reciproca. Dopo queste premesse ritengo di dover trarre e chiedo scusa di eventuali omissioni, qualche conclusione. C'è il cons. Mayr che ha interpretato a metà, in parte per ra-

gioni tecniche di trasmissione e in parte perché su qualche punto mi pareva che non ci fosse necessità di chiarimento. Voglio riferirmi comunque a quello che mi pare abbia detto in materia di protezione dell'ambiente e quindi di attività svolte dal Comitato antismog. In proposito ho la sensazione che su questo tema dell'inquinamento atmosferico a Bolzano, vi sia stata o ci sia una qualche tendenza a raffigurare la situazione in un modo che va oltre la, pur non brillante, realtà effettiva. Io vorrei che queste spinte, realmente esistenti, dovute anche a ragioni di convenienza o comunque di ispirazione non strettamente scientifica, venissero viste in rapporto al lavoro che stiamo facendo noi membri del Comitato antismog, del quale fanno parte anche le Provincie. Così non casualmente abbiamo imposto certi vincoli, d'accordo anche col sindaco di Bolzano, che in base alla legge 615 ha proposto certi adempimenti a certe industrie, che o per emissioni di fluoro o di altri fatti inquinanti, erano nella condizione di influire sulla situazione d'ambiente e sulle condizioni di salute della popolazione. E non a caso, ultimamente, proprio per una di queste industrie — mi riferisco alla Magnesio — abbiamo varato un certo programma che le impone l'installazione di un impianto depuratore e l'adozione di determinate misure tecniche capaci di abbattere al 90% le emissioni esterne di prodotti nocivi alla salute e all'ambiente. Ringrazio infine il cons. Pasquali, perché ha voluto dare un riconoscimento anche di dignità politica alla relazione della Giunta. È chiaro che per la Giunta, come qualcuno ha ricordato e l'ha ricordato anche il cons. Raffaelli con molto garbo, peraltro, questo non è un momento facile, non dal punto di vista delle persone, ma in rapporto a quella tematica politico-sociale ed economica affrontata in questi anni e, in de-

finitiva, risalente al '48 di cui avevamo in comune fatto esperienza quando a suo tempo eravamo nella Giunta di centro-sinistra ciò che dico non è dettato soltanto da ragioni affettive e di nostalgia, ma dalla consapevolezza di consegnare qualche cosa di positivo, frutto di un certo lavoro che abbiamo compiuto, che noi abbiamo voluto fosse rispecchiato nella relazione, con quel tono, appunto, anche di dignità, al quale ha fatto cenno il cons. Pasquali e che mi pare costituisca un atto di riconoscimento del quale gli sono grato. Allora possiamo arrivare a una conclusione. In ordine alla affermazione del cons. Raffaelli secondo la quale nella mia relazione manca in qualsiasi tipo di auspicio per una possibile ricostituzione del centro-sinistra e una partecipazione di forze socialiste nella Giunta, rispondendo che questo non è avvenuto, così come forse il cons. Raffaelli auspicava, in quanto io non amo le domande retoriche. In questo momento a me pare che dobbiamo porre una tale domanda, in rapporto all'interrogativo, se vi siano oggi le condizioni politiche per affrontare con propositi risolutivi questo discorso. E qui prendo per buone le affermazioni fatte dal cons. Raffaelli, che, in conformità ai dirigenti del suo partito, ha affermato che in questo momento il tema non ha tutte le ragioni di essere posto e che quindi rientra tra quelli suscettibili di ulteriori valutazioni. Questo è un discorso che riguarda comunque le forze di centro-sinistra senza distinzioni, perché non è venuto sicuramente a cadere in noi l'intendimento di operare su un piano di dialogo e di intesa, nella misura in cui consideriamo queste forze socialiste rappresentative, nel senso popolare oltre che nel senso democratico, e partecipino quindi di un travaglio e perciò giustamente titolate anche a chiedere a noi. Noi a nostra volta ci riteniamo giusta-

mente titolati a non lasciarle estraniare, e a non permettere che, con qualche alibi, noi veniamo considerati ostili ad un tale dialogo che, investendo i problemi fondamentali della società, giustamente deve invece poter contare anche dell'apporto, che noi confidiamo costruttivo benché di diversa natura, delle forze socialiste. Un cenno in questo senso nella mia relazione l'ho fatto, nei limiti in cui mi pareva costruttivo e non demagogico e pietistico avviarlo. C'è forse un inciso della relazione del cons. Raffaelli che ha bisogno di una chiarificazione laddove egli afferma di non concordare su una valutazione fatta dal Presidente della Giunta circa il tempo perduto l'anno scorso sostenendo che è curioso, strano, o non coerente che quest'ultimo parli del tempo perduto in termini di ore perdute sul piano economico e di fatti che hanno una dimensione economica. Questo non era peraltro il mio intendimento, ma sicuramente questa valutazione rientrava chiaramente nell'ambito di una valutazione più generale. A me pare, cioè, che un certo tempo si sia perduto, e qui non è che voglia calcare su colpe dell'una o dell'altra parte — e spero di essermi spiegato in questo senso — e che la società italiana in questi ultimi anni abbia perduto del tempo sulla via del progresso. Io non intendevo dire che l'emergere di certe richieste può essere considerato una perdita di tempo come il cons. Raffaelli intendeva attribuirmi, in quanto non è certamente una perdita di tempo la crescita nella consapevolezza di quello che si può fare o di quello che si può essere. Dico semplicemente che occorre sapere coordinare la posizione della crescita economica e quindi anche della rivendicazione, con la possibilità e la capacità di crescita anche civile in un quadro generale di maggiore consapevolezza, e quindi di capacità di porre termini e

obiettivi compatibili tra di loro, senza intemperanze e squilibri, che in definitiva non andrebbero sicuramente a vantaggio di uno sviluppo organico della società. In questi ultimi anni sono convenuti fatti anche sotto questo aspetto controproducenti, diseducativi, e in questo senso, evidentemente, penso che la correzione possa valere per tutti e ognuno possa fare la sua parte. E chiudo con un riferimento all'Europa, che qui molti hanno ricordato, e che rappresenta, comunque, cosn. Gouthier, una recente scoperta, per il partito comunista. A me basta ricordare che un mese fa i giornali pubblicarono un certo discorso di Breznev di apertura all'Europa comunitaria, mentre la stessa mattina, il capo dei comunisti francesi, che non aveva ricevuto l'indicazione per via telegrafica, si era espresso negativamente sull'Europa comunitaria, affrettandosi poi il giorno dopo, ad una rettifica nella quale pur ribadendo di aver voluto dire quella data cosa precisava che però, in definitiva, aveva detto la stessa cosa di Breznev. Ora, queste scoperte europeistiche le posso apprezzare se sono valide e costruttive e se sono fatte, con l'intento di chiarezza, ma certamente io nutro qualche perplessità, nel considerarle, al di là dell'opinione personale che ognuno può avere, valide come volontà del partito sia nella sostanza che come atteggiamento comunque pertinente e costruttivo. Il discorso sull'unità dell'Europa, vede comunque oggi l'Italia piuttosto assente e sotto questo profilo non respingo l'accenno del cons. Gouthier a discorsi fumosi che si stanno facendo in proposito. E anche se egli non volesse dire questo, si deve certamente ricordare che anche oggi in piena campagna elettorale, il tema dell'Europa è troppo assente dominati come siamo dalle vicende di casa nostra e dalle esigenze di chiarirci i problemi quotidiani. Sicuramente convengo sul fatto che

la problematica europea deve trovare più posto nei nostri discorsi, nella prospettiva della non lontana attuazione del Parlamento europeo, e che non si debba trascurare il discorso delle strutture anche sindacali se vogliamo che il nostro sistema economico assuma nel MEC un ruolo più incisivo, e che i lavoratori, nella premessa di una unità sindacale, possano trovarsi allineati, nel contesto degli altri paesi più progrediti, anche sul piano delle strutture sindacali e quindi dei contratti di lavoro con tutte le relative implicazioni. Ho qualche dubbio sul fatto che elemento traente in questo senso possa essere il partito comunista. In ogni caso è la storia che si incaricherà di verificare le mie perplessità.

E chiudo con un discorso di fiducia. Ho accennato che ci sono in questo momento indizi di ripresa che fanno ben sperare e soprattutto propositi e atteggiamenti di riflessione. E questo è un fatto positivo. Ritengo che sapremo e in questo ho fiducia, utilizzare totalmente questo margine, ristretto, tuttavia del tutto utilizzabile, di capacità e di volontà di ripresa, per allargarlo, e per procedere al rilancio economico del nostro Paese, animati dallo spirito di competizione civile con gli altri Paesi.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: è approvato a maggioranza, con 9 astenuti.

Seconda la prassi ormai consolidata, trattiamo prima le spese.

Art. 3

È autorizzato il pagamento delle spese

della Regione per l'anno finanziario 1972 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

Sul cap. 90 della spesa ha chiesto la parola il cons. Betta.

Cap. 90

Spese per i servizi di stampa e di informazione per la documentazione dell'attività della Regione L. 31.000.000.

La parola al cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): Brevissimamente, signor Presidente, solo per dire che, malgrado i ripetuti solleciti e osservazioni fatti da parte mia e anche da parte di altre minoranze, quella pubblicazione della Regione chiamata « Cronache regionali » o « Regione cronache », rimane, cioè è diventata sempre di più un organo di informazione dell'attività della Giunta, e lo si nota benissimo nei due ultimi numeri: sta diventando esclusivamente un organo di informazione della Giunta. Ora io non voglio insegnare niente a nessuno, e non voglio neanche in genere copiare niente da nessuno, se non è il caso di imparare, ma se noi vediamo, per esempio, una pubblicazione simile, che è quella della « Regione cronache » della Emilia-Romagna, vediamo che effettivamente quella porta tutto un discorso sull'attività anche del Consiglio regionale, cioè porta avanti quelli che sono stati gli interventi, quelle che sono le esigenze di tutto un complesso, un consenso, cioè di tutte le parti politiche che rappresentano e che fan parte della Regione, e questa regione, bene o male, cercano di servire. Mi auguro che per il futuro quest'ultimo appello, in ordine di tempo, venga tenuto pre-

sente ed effettivamente si parli non esclusivamente di un'attività da parte della Giunta, che è notevole e che nessuno discute, ma anche di quella che è l'attività sia legislativa, sia di intervento nelle varie discussioni e sui vari problemi da parte delle minoranze e comunque del Consiglio intero. Era solo questo che volevo dire. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Su questo argomento io avevo qualche mese fa invitato il cons. Betta ad una amichevole sfida, quando eravamo ancora a Trento, quindi non so quando fosse esattamente...

BETTA (P.R.I.): Qualche mese fa...

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Sì, qualche mese fa, che poi è un anno fa.

Gli avevo detto: venga avanti con proposte concrete. Cioè non c'è da parte nostra nessuna obiezione a che vi sia una rappresentatività anche dell'attività del Consiglio sulla pubblicazione « Regione cronache », ma non spetta a me compiere questo lavoro, spetta a chi di dovere fare delle proposte. Per quanto riguarda certe altre regioni le dirò, caro cons. Betta, che la pubblicazione che io ricevo dell'Emilia-Romagna è una glorificazione permanente solo della Giunta.

BETTA (P.R.I.): *(Interrompe)*.

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Allora è un'altra. Comunque quella che dicevo io è sicuramente una glorificazione che va al di là di ogni cosa che noi potessimo pensare. Comunque la sfida è ancora aperta.

PRESIDENTE: La parola al cons. eBtta.

BETTA (P.R.I.): La ringrazio della precisazione. Qui, più che di una sfida, evidentemente, se pure in tono bonario e amichevole, si tratta di una collaborazione. E io senz'altro mi farò vivo al più presto con delle idee, con delle proposte, che immagino e spero che la Giunta vorrà accettare. Grazie.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 90: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

È pervenuto un emendamento a firma Benedikter, Fronza e Magnago: eliminare lo stanziamento di 128 milioni del cap. 1922, il quale viene soppresso.

La parola all'assessore per l'illustrazione dell'emendamento.

FRONZA (assessore previdenza sociale e sanità - D.C.): Si tratta della legge di integrazione dell'assegno dei ciechi. Qui vi è stata una discussione e un'interpretazione, perché ci si poteva riferire o all'art. 6 del nostro Statuto oppure al tema assistenza. Direi che da approfondimento fatto, anche con l'intervento di stamattina, si propende per una interpretazione assistenziale di questa legge; quindi è certamente competenza della Provin-

cia e va in quei capitoli che vengono passati alla Provincia mediante capitolo apposito che è stato istituito nel bilancio. Per questo motivo si propone lo stralcio e la divisione a metà fra le due Province.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento preletto: è approvato all'unanimità.

Di conseguenza viene aumentato il cap. 538, che passa da 21.680.539.100 a 21 miliardi 808.539.100.

Metto in votazione il cap. 538: è approvato all'unanimità.

Cap. 3030

Spese per l'esecuzione di opere di sistemazione idraulico-forestale di bacini montani e per la manutenzione straordinaria delle opere esistenti, nonché per l'acquisto delle attrezzature necessarie (art. 5 legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5) L. 1.550.000.000.

Su questo capitolo ha chiesto la parola il cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): Molto brevemente, signor Presidente, per chiarire che in sede di commissione io avevo chiesto su questo articolo l'elenco. Non un elenco di cose fatte, ma un elenco di quelli che erano i programmi dell'assessorato all'economia montana e foreste per le opere di sistemazione idraulico-forestale dei bacini montani per quest'anno. Non ho avuto il piacere di avere questo elenco e quindi è solo un'annotazione che voglio fare, sperando che almeno quando il bilancio sarà

discusso e approvato o disapprovato, questo elenco io possa avere. Grazie.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 3030: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Cap. 4700

Contributi per la costruzione, l'ampliamento e l'ammodernamento degli ospedali civili (art. 2 legge regionale 11 giugno 1959, n. 7 e successive modificazioni, legge regionale 20 aprile 1963, n. 14, 5 settembre 1966, n. 17 e 18 agosto 1967, n. 19) L. 125.000.000.

La parola al cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): Sempre brevemente, per chiedere al signor assessore alla previdenza sociale e sanità, se mi sa dire qualcosa, brevisimamente, in merito al programma per quest'anno, e se da questo programma gli risulti che sia incluso anche l'ampliamento previsto, progettato, e non so se completato burocraticamente, dell'ospedale di Fiemme.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Fronza.

FRONZA (assessore previdenza sociale e sanità - D.C.): Dico questo: che posso darle, entro la fine del mese, l'elenco degli ospedali che verranno finanziati con i quattro dodicesimi. Le posso dire però che fino ad oggi l'ospedale di Cavalese non ha ancora mandato il progetto relativo. È ben vero però che al 26 di questo mese c'è ancora un comitato

tecnico regionale: se arriva entro quella data, potrà essere finanziato entro il 30 aprile. Ho qualche dubbio, ma mi auguro che ciò sia fatto. Comunque non è che il tutto sia perduto, perché il rimanente dello stanziamento passa alla Provincia, e in quella sede potrà venire finanziato. Lei sa, cons. Betta, che già in sede di Cavalese ne avevamo discusso: la disponibilità per questo finanziamento, per questo mutuo agevolato c'era, però giustamente la città di Cavalese si aspettava il finanziamento nazionale e una garanzia dallo Stato. È per questo motivo che c'è stato un ritardo anche da parte dell'amministrazione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): La ringrazio delle sue precisazioni e anche dell'avermi comunicato che entro fine mese avrò questo elenco. Purtroppo gli elenchi si hanno sempre dopo, me ne dispiace. Per quanto riguarda poi il caso specifico, mi dispiace ancor più, perché sarà vero magari che si confida sulle provvidenze statali, ma penso che questo non sarebbe stato di intralcio se si fosse presentata una domanda in sede regionale. Mi ricordo appunto del discorso che abbiamo fatto, al quale seguiva una mia telefonata alla direzione dell'ospedale perché sollecitassero i tempi. Si vede, evidentemente, che questo ospedale o non ha bisogno di essere ampliato, e io non lo credo, oppure si fidano appunto sulla programmazione nazionale: che bene gliene incolga. Grazie.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 4700: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Metto in votazione l'art. 3: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 4 astenuti.

Art. 2

È approvato in lire 47.762.452.570 il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1972.

Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 3 astenuti.

Art. 1

Sono autorizzati l'accertamento e la riscossione, secondo le leggi in vigore, delle imposte e tasse istituite dalla Regione, la riscossione nei confronti dello Stato dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, modificato con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 e il versamento nella cassa della Regione delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1972, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

Metto in votazione l'art. 1: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 3 astenuti.

Art. 4

Per il raggiungimento delle finalità previste dal I. comma dell'articolo 70 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 è autorizzata, per l'esercizio finanziario 1972, la spesa di lire 21.680.539.100 che si iscrive al cap. 538 dell'annesso stato di previsione della spesa, di cui lire 10.818.059.300 a favore della Provincia di Trento e lire 10.862.479.800

a favore della Provincia di Bolzano, salvo conguaglio in proporzione al gettito delle entrate tributarie della Regione, ricavato rispettivamente nel territorio delle due Province.

A questo capitolo, di conseguenza agli emendamenti fatti per prima ai capitoli della spesa, bisogna votare un emendamento corrispondente. Alla seconda riga sostituire la cifra di 21.680.539.100 con la cifra 21 miliardi 808.539.100.

Metto in votazione questo emendamento: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Alla terza riga viene sostituita la cifra di 10.818.059.300 con la cifra di 10 miliardi 905.859.300.

Metto in votazione questo emendamento: è approvato a maggioranza con 4 astenuti.

Alla quarta riga viene sostituita la cifra di 10.862.479.800 con la cifra di 10 miliardi 902.679.800.

Metto in votazione questo emendamento: è approvato a maggioranza con 4 astenuti.

Metto in votazione l'art. 4 così emendato: è approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Art. 5

Per l'anno finanziario 1972 le somme che si iscrivono in dipendenza di speciali disposizioni legislative che demandano alla legge di bilancio di fissarne l'importo, sono autorizzate nell'ammontare indicato nell'annesso allegato n. 1.

L'allegato n. 1 deve essere emendato, e

cioè sopprimere la rubrica « Previdenza sociale e sanità » del cap. 1922 e il relativo stanziamento di 128 milioni.

Metto in votazione l'emendamento: è approvato a maggioranza, con 4 astenuti.

Metto in votazione l'art. 5 così emendato: è approvato a maggioranza, con 1 voto contrario e 4 astenuti.

Art. 6

Per l'anno finanziario 1972 le somme che si assegnano alle Province di Trento e di Bolzano in forza di disposizioni legislative che prevedono la delega alle Province medesime dell'esercizio delle funzioni amministrative, sono fissate nell'importo indicato nell'annesso allegato n. 2.

Anche qui bisogna stralciare la rubrica « Previdenza sociale e sanità », del cap. 1922 e le assegnazioni disposte a favore delle Province.

Metto in votazione questo emendamento: è approvato a maggioranza, con 5 astenuti.

Metto in votazione l'art. 6: è approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Art. 6 bis

Per l'anno finanziario 1972 le somme che si devolvono alle Province di Trento e di Bolzano sulle assegnazioni statali disposte a favore della Regione nelle materie trasferite alla competenza delle Province medesime con la legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 sono fissate nell'importo indicato nell'annesso allegato n. 3.

Metto in votazione l'art. 6 bis: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 3 astenuti.

Art. 7

La facoltà di assumere impegni a carico dei capitoli di spesa n. 631, 635, 1220, 1295, 1340, 2161, 2162, 2200, 2480, 2481, 2483, 2485, 2486, 2500, 2501, 2502, 2504, 2506, 2507, 2508, 2509, 2550, 2601, 2650, 2660, 2662, 3020, 3025, 3060, 3300, 3302, 3551, 4170, 4200, 4320 e 4470 dell'esercizio finanziario 1972 è subordinata all'accertamento sui corrispondenti capitoli dell'entrata di una somma non inferiore all'ammontare degli impegni da assumere.

Metto in votazione l'art. 7: è approvato a maggioranza, con 5 astenuti.

Art. 8

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di iscrivere somme con decreti da emanare in applicazione degli articoli 20 e 21 della legge regionale 13 aprile 1970, n. 6, sulla contabilità generale della Regione, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 1.

Metto in votazione l'art. 8: è approvato a maggioranza, con 5 astenuti.

Art. 9

I residui risultati al 1° gennaio 1972 sui capitoli aggiunti allo stato di previsione della spesa per l'esercizio 1972, soppressi nel corso

dell'esercizio in seguito alla istituzione di capitoli di competenza aventi lo stesso oggetto, si intendono trasferiti a questi capitoli. I titoli di pagamento già emessi sugli stessi capitoli aggiunti si intendono tratti a carico dei corrispondenti capitoli di nuova istituzione.

Metto in votazione l'art. 9: è approvato a maggioranza, con 5 astenuti.

Art. 10

All'inizio dell'esercizio finanziario 1972 la Giunta regionale provvederà a ripartire in articoli le somme stanziare sui capitoli n. 1570, n. 3865, n. 4100, n. 4105 e n. 4106, iscritti nello stato di previsione della spesa.

Metto in votazione l'art. 10: è approvato a maggioranza, con 3 astenuti.

Art. 11

È approvato il bilancio della Cassa regionale antincendi per l'esercizio finanziario 1972, allegato al bilancio della Regione.

Metto in votazione l'art. 11: è approvato a maggioranza, con 3 astenuti.

Art. 12

È approvato il seguente quadro generale riassuntivo del bilancio della Regione per l'anno finanziario 1972.

E N T R A T A

TITOLO I - Entrate tributarie	37.254.130.410
TITOLO II - Entrate extratributarie	8.779.322.160
TOTALE TITOLI I e II	46.033.452.570
Spese correnti	35.530.398.959
	10.503.053.611
TITOLO III - Alienazione ed ammortamento dei beni patrimoniali e rimborso di crediti	739.000.000
	46.772.452.570
Accensione di prestiti	800.000.000
TOTALE COMPLESSIVO ENTRATA	47.572.452.570

S P E S A

TITOLO I - Spese correnti	7.120.240.000
Presidenza della Giunta regionale	24.849.002.899
Finanze, patrimonio, commercio cooperazione ed enti locali	159.650.000
Agricoltura	1.000.000
Industria e miniere	353.843.060
Economia montana, foreste, caccia e pesca	381.070.000
Turismo, trasporti, credito e assistenza sociale	2.665.593.000
Previdenza sociale e sanità	35.530.398.959
TITOLO II - Spese in conto capitale	1.182.775.000
Presidenza della Giunta regionale	642.150.000
Finanze, patrimonio, commercio cooperazione ed enti locali	3.425.750.000
Agricoltura	1.880.068.024
Industria e miniere	2.897.500.000
Economia montana e foreste, caccia e pesca	514.430.000
Turismo, trasporti, credito e assistenza sociale	340.000.000
Previdenza sociale e sanità	10.882.673.024
TOTALE TITOLI I e II	10.882.673.024
Rimborso di prestiti	46.413.071.983
	1.159.380.587
TOTALE COMPLESSIVO SPESA	47.572.452.570

Qui bisogna inserire le modifiche che abbiamo apportato al bilancio, e cioè: l'importo della voce « Finanze e patrimonio, ecc. » viene aumentato da 24.849.002.899 a 24 miliardi 977.002.899.

Metto in votazione questa modifica: è approvata a maggioranza con 2 voti contrari e 3 astenuti.

L'importo della voce « Previdenza sociale e sanità » viene ridotto da 2.665.593.000 a 2.537.593.000.

Metto in votazione questa modifica: è approvata a maggioranza con 2 voti contrari e 3 astenuti.

Metto in votazione l'art. 12: è approvato a maggioranza, con 3 voti contrari e 1 astenuto.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Noi non abbiamo parlato in discussione generale e pertanto mi limito a fare alcune considerazioni in sede di dichiarazione di voto. L'atmosfera dimessa di liquidazione con la quale si sta concludendo la discussione su questo bilancio è quanto mai adatta; adatta perché — e mi sembra di aver sentito delle analoghe considerazioni anche dalle altre parti — il bilancio è vuoto o quasi vuoto, non perché ci siano cifre piccole, ma semplicemente perché mancano gran parte delle competenze che vanno a finire alle Province. Perciò il discutere sul come questo bilancio sarà gestito — parlando di bilancio di previsione — è una cosa inutile. A nostro avviso molti dei rilievi fatti dai vari banchi di questo Consesso sono da noi condivisi. Si è parlato molto di trasporti, di occupazione, di problemi di difesa dell'ambien-

te, di situazione politica, di situazione economica della nostra regione; tutte considerazioni quanto mai valide, soprattutto in questo momento che è un momento di elezioni. Comunque noi, per quanto riguarda il bilancio, dobbiamo notare che con esso non si risolvono e non si imposta neanche la soluzione dei problemi di fondo, dei problemi generali, di quei problemi che sono quanto mai congeniali all'ente pubblico; per esempio non si parla o non si prospetta la soluzione del grave problema della occupazione o meglio della disoccupazione da noi, soprattutto non si parla del fatto della esistenza di più 20 mila emigrati, il che manifesta lo stato di disagio nella nostra economia. Non si parla — e questo sarebbe proprio riferibile alla competenza regionale — di assistenza e sanità. Si prende atto del fatto che esistono, ad esempio, 23 miliardi di deficit delle casse mutue, però non si dice come si risolverà questo grave deficit. Si aspettano le riforme, si demanda al futuro la soluzione di questi problemi, che io avrei preferito fossero stati affrontati più concretamente da parte della Giunta. Proprio questo grave problema delle Casse malati non è stato assolutamente toccato, se non proprio come presa di atto. Tutti i problemi sono rinviati, perciò non penso che questo bilancio differisca dagli altri. È ancorato ancora ai vecchi schemi, agli schemi tradizionali del contributo spicciolo e dell'intervento frammentario. Per questi motivi noi non ce la sentiamo di essere favorevoli, e dico francamente che avremmo voluto essere favorevoli a questo bilancio, perché è il primo bilancio che approviamo in sede di « Pacchetto », in sede di nuova autonomia. Avremmo voluto essere favorevoli, ma non possiamo esserlo, proprio per queste carenze che noi giudichiamo fondamentali e perciò il nostro voto sarà di astensione.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Bertorelle).

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Il nostro gruppo vota contro questo bilancio. Mi è stato rilevato che nel mio intervento avrei avuto un tono particolarmente duro, che risentirebbe del momento attuale. Se con questo si è voluto dire che noi risentiamo del momento elettorale, non è del tutto esatto; se si è voluto dire invece che noi risentiamo della estrema gravità della situazione del nostro Paese e della Regione, questo è esatto. Il tono duro che può aver stupito qualcuno, anche pronunciato da me, è un tono doveroso e necessario in questo momento, quando non si può smobilizzare, non si può cedere su questioni fondamentali. Io con rammarico debbo constatare una cosa: che pur nel tono duro che riconosco di avere avuto, di dover avere avuto, mi sono strettamente attenuto ai problemi della nostra regione e del nostro Paese, a quesiti, a obiezioni, a accuse anche, non ho avuto alcuna risposta. Ho avuto la divagazione su Breznev, sul partito comunista francese, ho avuto divagazioni su modelli di società, non ho avuto una risposta sugli emigranti, sui disoccupati, sui problemi reali della nostra regione. E questo è un fatto assai grave, che se fosse solo un fatto di costume sarebbe tarascurabile, ma purtroppo è un fatto politico, è un fatto che dimostra come la D.C. senta il momento elettorale, e come sfugga dal dibattito sui problemi reali, per rincorrere invece problemi che non riguardano in modo diretto e immediato la nostra tematica, problemi che sono certo importanti, che non è il caso però che io af-

fronti in questa sede. C'è quindi una mancanza di volontà di andare avanti, di risolvere questi problemi, una mancanza di volontà di rispondere ai quesiti che l'opposizione, l'opposizione comunista in particolare, in questo dibattito ha sollevato. Ed è per questo, ripeto, che il nostro giudizio è fermamente e duramente negativo, e per questo voteremo contro.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Dieser Haushalt darf wohl als ein Haushalt des Überganges bezeichnet werden. Ich kann feststellen, daß ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt worden ist und der Haushalt spiegelt dieses Einvernehmen über die Art und Weise und über die Termine des Überganges wider. Ich muß gleichzeitig aber auch feststellen, daß nicht alles geklärt ist, daß nicht alle Posten, die zurückbehalten worden sind, einwandfrei in die verbleibende Zuständigkeit der Region gehören, daß es noch einer gründlicheren Auseinandersetzung bedarf zwischen der Fürsorge « assistenza » einerseits und der Vorsorge « previdenza » andererseits im Regionalhaushalt. Im großen und ganzen hat der Übergang jedoch bisher funktioniert, so daß für die Zukunft gute Aussicht besteht, wobei besonder hinsichtlich der vermögensrechtlichen und der langfristigen Verpflichtungen die Auseinandersetzung noch bevorsteht und dafür guter Wille auf beiden Seiten notwendig sein wird. Es darf angenommen werden, daß neben der Persönlichkeit guten Willens des Präsidenten Grigolli, an der Reibungslosigkeit des Überganges unsere Südtiroler Regionalassesso-

ren Müller, Vaja und Dejaco mitgewirkt haben. Sie haben ab Mai 1970, also seit dem Wiedereintritt der Südtiroler in den Regionalausschuß, ihre Pflicht hinsichtlich der übernommenen Sachgebiete, die zum größten Teil auf die Provinzen übergegangen sind, getan; sie wußten, daß sie diese Sachgebiete an die autonomen Provinzen abzugeben hatten, haben sich aber trotzdem, wie wir sagen, hineingekniet. Die Mitwirkung der Südtiroler, unserer Assessoren, im Regionalausschuß bleibt wichtig, nicht nur für die weitere Abwicklung des Übergangs auf die Provinzen, sondern für das, was die Region auf den ihr verbleibenden Sachgebieten tun wird, wobei, wie wir aus der Erklärung des Präsidenten des Regionalausschusses entnommen haben, eine erhöhte Aktivität zu erwarten ist.

Die Gruppe der Südtiroler Volkspartei stimmt für den Regionalhaushalt 1972 in der Erwartung, daß nicht nur der Übergang weiter reibungslos erfolge, sondern daß die Verteidigung der Autonomiebelange gegenüber dem Staat, ganz gleich welche Regierung aus den kommenden Wahlen hervorgeht, sei es in der Kommission für die Durchführungsbestimmungen, sei es in der interregionalen Programmierungskommission, sei es, wenn nötig, im Ministerrat und vor dem Verfassungsgerichtshof, in der Form einer gemeinsamen Front zwischen Region und beiden Provinzen erfolge.

(Questo bilancio può essere considerato il bilancio del trasferimento delle funzioni. Posso constatare che in linea di massima è stato raggiunto un accordo ed il bilancio stesso rispecchia appunto questa intesa sul modo ed i termini del passaggio delle competenze. Devo pure constatare però che non tutte le partite del bilancio trattenute, cadono ineccepibilmente nella competenza rimanente alla

Regione e che quindi si rende necessaria una approfondita discussione, per quanto riguarda il settore assistenziale e previdenziale indicato in questo documento. Il trasferimento finora tutto sommato ha funzionato e quindi vi sono buone prospettive per il futuro, dato che per quanto riguarda gli impegni a lunga scadenza, nonché quegli giuridico-patrimoniali, si deve ancora avviare la discussione, per la quale ambo le parti dovranno porre in luce necessariamente la propria buona volontà. È lecito ritenere che a parte la personalità e la buona volontà del signor Presidente Grigolli, i nostri assessori regionali Müller, Vaja e Dejaco abbiano collaborato per un trasferimento delle funzioni privo di dissidi. A partire dal maggio 1970, periodo in cui il S.V.P. è ritornato a fare parte della Giunta regionale, i menzionati assessori hanno adempiuto al proprio dovere nell'ambito dei settori affidateli, materie che per la maggior parte sono state trasferite alle Province; loro infatti sapevano che avrebbero dovuto cedere le proprie funzioni alle Province autonome, ma ciononostante si sono dedicati completamente al loro lavoro. La collaborazione dei sudtirolesi, vale a dire dei nostri assessori in seno alla Giunta, sarà anche per il futuro un fatto importante e non soltanto per l'ulteriore sviluppo del passaggio delle competenze alle Province, ma soprattutto per quanto la Regione intenderà realizzare nell'ambito della ridimensionata sfera delle proprie funzioni, in quanto abbiamo appreso dalle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale che in tal senso è lecito attendere una più intensa attività.

Il gruppo consiliare del S.V.P. approva il bilancio regionale 1972, in attesa non soltanto che il menzionato trasferimento si svolga ulteriormente senza intoppi, ma soprattutto che la tutela degli interessi autonomistici av-

venga nella forma di un fronte comune fra Regione e le due Province autonome, sia in sede della commissione preposta ad elaborare le norme di attuazione, sia della commissione programmatica interregionale e se necessario davanti al Consiglio dei Ministri ed alla Corte costituzionale, è ciò indipendentemente da qualsiasi formula di governo che potrà nascere dalle prossime elezioni.

(Assume la Presidenza il Presidente von Fioreschy).

PRESIDENTE: Se nessuno chiede la parola, prego distribuire le schede per la votazione segreta.

Si vota distintamente per Province.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Cnosiglieri della Provincia di Trento.

Votanti 23 - maggioranza richiesta 14.

16 sì

6 no

1 scheda bianca;

Consiglieri della Provincia di Bolzano.

Votanti 18 - maggioranza richiesta 13.

17 sì

1 no.

Pertanto il bilancio di previsione per l'anno 1972 è approvato.

La seduta è tolta e il Consiglio sarà riconvocato a domicilio.

(Ore 19.05).